

Pressepiegel 2021

Berichterstattung
NOVOMATIC

Erstellt von **Group Marketing & Communications**

Datum **22.02.2021 / KW 07**

Kurz' Angriff und Verteidigung

Ermittlungen. Der Kanzler will seine Reputation retten, schreibt der Staatsanwaltschaft einen Brief und will als Zeuge aussagen.

VON ANNA THALHAMMER

Wien. Dass ein Bundeskanzler einen offenen Brief an eine Behörde schreibt, hat man in Österreich so auch noch nicht gesehen. Eigentlich ist das nicht die Art und Weise, wie ein Regierungschef korrespondiert.

Die Ermittlungen der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) gegen Finanzminister Gernot Blümel haben Sebastian Kurz (beide ÖVP) stark unter Druck gebracht und zu diesem offensiven Schritt bewogen. Gegen Blümel wird wegen des Verdachts der Bestechlichkeit ermittelt. Es steht der Verdacht im Raum, dass Novomatic eine Spende gegen politische Gefallen angeboten hat. Ob Blümel das Angebot angenommen hat, ist Gegenstand von Ermittlungen. Blümel bestreitet alle Vorwürfe.

„Nachdem Akten der WKStA mit unrichtigen Annahmen, aber auch fehlerhaften Fakten nicht nur die Basis eines Verfahrens darstellen, sondern diese auch an die Öffentlichkeit gelangt sind, haben diese im In- und Ausland zu massiver medialer Berichterstattung geführt“, schreibt Kurz. Das Sorge im In- und Ausland nicht nur für einen Reputationsschaden für die Betroffenen, sondern führe vor allem im Ausland auch zu einem Reputationsschaden für die Bundesregierung und damit für die gesamte Repu-

blik Österreich. „Ich stehe Ihnen jederzeit, sieben Tage die Woche, für eine Zeugenaussage zur Verfügung, denn es ist mir ein Anliegen, dass diese fehlerhaften Fakten sowie die falschen Annahmen rasch aus der Welt geschafft werden können“, schreibt er. Ermittlungen sollen unabhängig geführt werden, „und ich würde mich darum nie öffentlich in ein Verfahren einmischen“, sagt Kurz.

Die türkise Vorhut

Kurz selbst nicht, aber seine Parteifreunde übten in den vergangenen Tagen scharfe Kritik. Da ritt die Justizsprecherin Michaela Steinacker aus und behauptete, dass „Leaks aus der WKStA ein Faktum“ seien – als Reaktion darauf, dass ein entsprechendes Ermittlungsverfahren gerade ergebnislos eingestellt wurde. Es wurde eingeleitet, weil Kurz öffentlich von WKStA-Leaks gesprochen hatte. Steinacker führte auch ein Beispiel an: So habe Blümel erst nach einem „WKStA-Leak von seinem Beschuldigten-Status aus den Medien erfahren“. Der Name war auf einer Beschuldigten-Liste aufgetaucht, die auch dem U-Ausschuss vorliegt – die Information könnte also viele Wege genommen haben.

Bemerkenswert waren auch die Auftritte der Verfassungsministerin, Karoline Edtstadler, die in harschen Worten die Arbeit der Behörde kritisierte und darum eine Reform forderte. Interessanterweise ist Edtstadler selbst stellvertretende Leiterin der WKStA – zumindest hat sie dort auf dem Papier eine Planstelle. Es steht im Raum, dass wegen ihrer öffentlichen Aussagen disziplinarrechtliche Schritte eingeleitet werden könnten.

Der Disput mit der Justiz führte auch zu Verstimmungen zwischen Türkis und Grün. Das Grün geführte Justizministerium verteidigte die Arbeit der Behörde zuletzt mehr-

fach in öffentlichen Aussendungen – worauf die ÖVP wieder antwortete und sich öffentlich über den Koalitionspartner „wunderte“. Zuletzt hat Kurz auch in einem Ministerrat deutliche Worte für die Grünen gefunden: „Seid ihr Regierungspartei oder Opposition? Ihr müsst entscheiden!“, habe er gesagt, berichtet ein dort Anwesender der „Presse“.

Die Zwickmühle

Im juristischen Sinne ist eine Hausdurchsuchung keine Anklage – im politischen aber schon, das Bild ist fatal. Dass sich das schnell auflösen lässt, ist nicht absehbar: Derartige Ermittlungen ziehen sich oft über Jahre. Zumindest so lang wird die ÖVP ihr schlechtes Image nicht los.

Der Grund für die aktuelle Kritik ist durchsichtig, inhaltlich hat Kurz nicht nur unrecht: Bei der WKStA ist in der jüngeren Vergangenheit einiges nicht gut gelaufen. Das BVT-Desaster hatte bis heute null Konsequenzen, jene Staatsanwältin, die das Chaos verursacht hat, leitet die Ermittlungen noch immer. Die Anklagen zum Stadterweiterungsfonds waren ein Flop, inklusive eines vernichtenden Urteils des Richters.

Und auch in der Causa Blümel stottert es. So wurden weder die Einleitung der Ermittlungen noch die geplante Hausdurchsuchung berichtet, wie das sein müsste. Die Grünen haben sich aber offenbar entschieden, der Behörde vorbehaltlos Rückendeckung zu geben und darüber hinwegzusehen. So wie die ÖVP für ihre Wählerklientel zuletzt politische Machtdemonstrationen ohne Rücksicht auf den Koalitionspartner durchgezogen hat (Stichwort Abschiebungen), tun das nun offenbar auch die Grünen. Sie holten in der Vergangenheit viele Stimmen mit dem Thema Antikorruptionsarbeit.

FALL BLÜMEL

Fragliche SMS

zwischen Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann und Gernot Blümel waren Ausgang der Ermittlungen. Neumann sprach von einer Spende und bat um einen Termin bei Kurz, um ein Problem in Italien zu besprechen. Blümel sagt, es gab weder Spenden noch habe er versucht, einen Termin zu organisieren.

➤ **Schlagabtausch in der Causa Casinos**

Ermittlungen:

Nach tagelangen gegenseitigen Attacken rund um die Ermittlungen in der Causa Casinos und die Hausdurchsuchung bei Minister Gernot Blümel ändert die ÖVP nun ihre Strategie. Bundeskanzler Sebastian Kurz schlägt einen freundlicheren Ton an und bietet der Staatsanwaltschaft seine Zeugenaussage an.

„Fehlerhafte Fakten und unrichtige Annahmen aus Ihren Akten, die an die Öffentlichkeit geraten, sorgen im In- und Ausland nicht nur für einen Reputationschaden für die betroffenen Personen, sondern führen vor allem im Ausland auch zu einem Reputationsschaden für die Bundesregierung und damit für die gesamte Republik Österreich“, schreibt Kanzler Kurz an die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft. Er habe „die Hoffnung, die in den Raum geworfenen Anschuldigungen nicht nur medial, sondern auch im

Rahmen einer Zeugenaussage rasch aufklären zu können“, so der ÖVP-Chef.

Damit haben die Türken, die tagelang keine Gelegenheit ausgelassen haben, den Korruptionsermittlern Fehler vorzuwerfen, den Ball an die Staatsanwaltschaft gespielt.

Unterdessen findet Finanzminister Gernot Blümel nichts Verfängliches an dem SMS, das er von Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann erhalten hat. (Darin bittet dieser um einen Termin bei Kurz, wegen einer Spende und eines Problems in Italien.) „Ich

➤ Kanzler Kurz bietet Staatsanwaltschaft Zeugenaussage an

ÖVP ändert Strategie

würde alles noch einmal so machen“, so Blümel in der „Presse“. Die Opposition gibt sich mit dem Angebot des Bundeskanzlers nicht zufrieden. Die FPÖ ortet „nackte Panik“, für die Neos sind die ÖVP-Zurufe an die Justiz „entbehrlich“.

Im Ibiza-Untersuchungsausschuss wird es bestimmt weiter heiß hergehen, diese Woche sollen neue Chats vorgelegt werden. **DV**



Foto: SEPA, Media | Martin Juen

Ich bin der Meinung, dass Ermittlungen unabhängig durch die Justiz durchgeführt werden sollten und ich würde mich deshalb auch nie öffentlich in ein Verfahren einmischen. Da aber in diesem konkreten Fall fehlerhafte Fakten und falsche Annahmen der WKStA an Medien gelangt sind, bin ich nun seit über einer Woche täglich mehrere Stunden beschäftigt, Medienanfragen aus dem In- und Ausland zu diesen falschen Anschuldigungen zu beantworten.

Ich stehe Ihnen jederzeit, sieben Tage die Woche, für eine Zeugenaussage zur Verfügung, denn es ist mir ein Anliegen, dass diese fehlerhaften Fakten sowie die falschen Annahmen rasch aus der Welt geschafft werden können.

Kanzler Kurz schrieb einen Brief an die Korruptionsstaatsanwaltschaft.

„Kronen Zeitung“, 22.02.2021



Foto: SEPA Media | Michael Indra

FPÖ-Chef Norbert Hofer fühlt sich weiterhin als Parteichef

„Starke Persönlichkeiten zulassen“

Hofer: Spenden an Politik untersagen

FPÖ-Chef Norbert Hofer sprach sich in der ORF-„Pressestunde“ dafür aus, „Spenden an die Politik insgesamt zu untersagen“, das beinhalte auch parteinahe Vereine. Allerdings: Das FPÖ-nahe Institut für Sicherheitspolitik (ISP), das von der Novomatic 200.000 Euro erhalten habe, zählt er nicht dazu.

Bei der im Herbst anstehenden Landtagswahl in Oberösterreich hofft Hofer auf ein Ergebnis „deutlich über 20 Prozent“. Beim bisher letzten Urnengang im Jahr 2015 erreichten die Freiheitlichen dort noch 30,4 Prozent der Stimmen. Zu den Ambitionen von Klubobmann Herbert Kickl auf den Chefssessel meinte Hofer: Ein guter Obmann müsse „starke Persönlichkeiten um sich herum zulassen“. Außerdem freue er sich, wenn

Spitzenpositionen in der FPÖ wieder gefragt seien.

In Sachen Corona erneuerte Norbert Hofer seine Kritik an der Pandemiebekämpfung. Die Freiheitlichen wollen eine Volksabstimmung über einen möglichen weiteren Lockdown. Allerdings ist noch immer unklar, wie genau die Fragestellung dazu aussehen soll. Um die Kapazitäten im Gesundheitssystem auszubauen, verlangte der FPÖ-Chef die Reaktivierung der Heeresspitäler.

„Standard“, 22.02.2021

Kanzler Kurz will als Zeuge vor der WKStA aussagen

Vizekanzler Kogler stärkt der Behörde den Rücken

Der Schlagabtausch zwischen der ÖVP und der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) im Zusammenhang mit der Causa Blümel ging am Wochenende weiter. Im Zentrum steht der Vorwurf der Bestechung, es gilt die Unschuldsvermutung.

Vorläufiger Höhepunkt des Disputs war am Sonntag ein Schreiben von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) an die WKStA. Darin wirft er den Korruptionsermittlern vor, "unrichtige Annahmen, aber auch fehlerhafte Fakten" als Basis des Verfahrens darzustellen.

Einmal mehr betont Kurz in dem Schreiben, dass es keine Spenden der Novomatic an die ÖVP gegeben habe. Kurz bietet der WKStA in dem Schreiben an, "sieben Tage die Woche" für eine Zeugenaussage zur Verfügung zu stehen.

Auf der anderen Seite stellte das derzeit von Vizekanzler Werner Kogler (Grüne) geführte Justizministerium klar: Ein Eintrag im Terminkalender von Novomatic-Chef Johann Graf mit dem Titel "Kurz" sei nicht der Grund für die

Hausdurchsuchung bei Blümel gewesen. Nachdem Grafts Schwiegertochter Martina Kurz angegeben hatte, sie sei mit dem Termin gemeint gewesen – nicht der Kanzler –, meinte die ÖVP, die Hausdurchsuchung bei Blümel sei nicht gerechtfertigt gewesen. Tatsächlich, so argumentieren Justizministerium wie auch andere Juristen, ist der Kalendereintrag nur ein Nebenschauplatz. Zentral und rechtlich relevant sei der medial thematisierte SMS-Verkehr zwischen Blümel und Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann.

Wegen Diskrepanzen zwischen ebendiesen SMS und Blümels Aussagen im Ibiza-U-Ausschuss zeigte die Opposition den Finanzminister nun an. Sie wirft ihm Falschaussage vor, die ÖVP wiederum spricht von falschen Vorwürfen. Blümel selbst verteidigte im Interview mit der Presse die Nachrichten, für deren Erhalt könne er nichts. Er würde "alles noch einmal so machen", sagte er. (elas)

„Österreich“, 22.02.2021

Kurz: Brief an Ermittler

Kanzler will jetzt Aussage vor den Staatsanwälten

Kanzler Kurz geht jetzt gegen die Korruptionsstaatsanwaltschaft in die Offensive.

Wien. Knalleffekt in den Ermittlungen gegen Finanzminister Gernot Blümel. Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) hat der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft WKStA angeboten, als Zeuge in der Causa auszusagen - das Schreiben liegt ÖSTERREICH vor.

Ermittlungen. Es geht um ein SMS von Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann an Blümel, in dem der Manager um einen Termin bei Kurz bittet und das Wort "Spende" vorkommt. Blümel und Neumann bestreiten, etwas Illegales getan zu haben.

Frontalangriff. Doch Kurz steht der WKStA nicht nur "jederzeit, sieben Tage die Woche, für eine Zeugenaussage zur Verfügung", der Kanzler kri-

tisiert die Anklagebehörde auch scharf.

"Fehlerhafte Fakten". So schreibt Kurz, dass "Akten der WKStA mit unrichtigen Annahmen, aber auch fehlerhaften Fakten die Basis des Verfahrens darstellen".

"Kein Treffen mit Novomatic-Gründer". "Die Behauptung, dass ich am 25. Juli 2017 den Novomatic-Eigentümer Graf getroffen habe, ist ebenfalls unrichtig", so Kurz mit Hinweis auf einen Eintrag in Grafs Kalender.

"Termine mit Neumann falsch dargestellt". Gleichzeitig betont der Kanzler, dass andere im Akt erwähnte Termine (mit Ex-Novomatic-Chef Neumann) "sehr verzerrt dargestellt" seien - es habe sich um "Diskussionsformate im größeren Kreis" gehandelt.

Ein weiterer genannter Termin habe überhaupt nicht stattgefunden.

"Keine Spenden." Gleichzeitig betont Kurz, die ÖVP habe nie Spenden von der Novomatic erhalten.

Einen Seitenhieb kann sich Kurz nicht verkneifen: "Falsche Annahmen der WKStA" hätten dazu geführt, dass er "nun seit über einer Woche täglich mehrere Stunden mit Medienanfragen () zu diesen falschen Anschuldigungen beschäftigt" sei.

Reaktionen. FPÖ-Klubchef Herbert Kickl ortet bei der ÖVP "nackte Panik". Neos-Vizeklubchef Nikolaus Scherak nannte die "Zurufe" an die Justiz "entbehrlich", die WKStA werde sich schon melden, wenn sie etwas brauche. (gü)

(Abbildung)

KEIN TREFFEN: Kurz dementiert Treffen mit Johann Graf, dem Gründer der Novomatic. "Jedenfalls nicht um mich."

„Profil“, 22.02.2021



Entscheidende Wochen

Die Razzia bei Finanzminister Blümel erschüttert die Koalition. Die Volkspartei attackiert die Korruptionsstaatsanwaltschaft. Der U-Ausschuss erwartet Chat-Protokolle von Kanzler Kurz. Erstmals stottert der türkise Machtmotor. Wird die Erfolgsformel aus 2017 dem ÖVP-Chef nun zum Verhängnis?

KOMMUNIKATOR KURZ
Zum türkisen System gehört digitale
Omnipräsenz. Nun drohen auch seine
Chats öffentlich zu werden.

VON GERNOT BAUER, EVA LINSINGER
UND CLEMENS NEUHOLD

Sebastian Kurz' Stärke ist seine Glätte. Der Mann bietet seinen Gegnern keine Angriffsflächen, seinem Publikum keine Unebenheiten. Eine solche Glätte kann auf Dauer langweilig werden. Bisher machte sie Kurz erfolgreich, so erfolgreich, dass manche Gegner aus Politik und Medien eine regelrechte Obsession gegenüber dem vorgeblich unantastbaren ÖVP-Obmann entwickelten. Sie scheinen auf den Tag zu warten, an dem der ganzen Welt bewusst wird, was sie schon immer zu wissen glauben: dass das Phänomen „Kurz“ auf einer großen Täuschung beruhe.

Diese Entzauberung des Kanzlers könnte am 11. Februar 2021 eingesetzt haben, dem Tag, an dem „Ibiza“ sich endgültig zur türkisen Affäre wandelte. Auf Anordnung der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) durchsuchten Beamte des Bundeskriminalamts die Wohnung von Finanzminister Gernot Blümel im 3. Wiener Gemeindebezirk und stellten elektronische Geräte sicher. Sein Diensthandy gab Blümel ab – und erhielt es mittlerweile zurück. Der schwerwiegende Vorwurf: Bestechung. Es gilt die Unschuldsvermutung.

Der Sachverhalt ist bekannt: Am 12. Juli 2017 hatte der damalige Chef des Glücksspielkonzerns Novomatic, Harald Neumann, eine verfängliche Textnachricht an Blümel gesendet: „Guten Morgen, hätte eine Bitte: bräuchte einen kurzen Termin bei Kurz erstens wegen Spende und zweitens bezüglich eines Problems, das wir in Italien haben!“ Der Misstrauensantrag, dem sich Blümel deswegen vergangene Woche im Parlament stellen musste, scheiterte. Die Grünen blieben koalitionsloyal.

Die ÖVP reagierte voller Furore. Die WKStA, so der Vorwurf, habe allein auf Basis einer fünf Jahre alten SMS die drastischste aller möglichen Maßnahmen gegen Blümel veranlasst. Freilich wogen die Staatsanwälte ihre Handlungsalternativen durchaus ab, wie die Anordnung der Hausdurchsuchung vom 10. Februar (gerichtlich bewilligt wurde sie bereits am 23. Dezember 2020) zeigt: Demnach sei diese „erforderlich“, weil es um „den gravierenden Tatverdacht der Bestechung eines der höchsten Beamten der Republik“ gehe. „Gelindere Mittel“ seien nicht zweckmäßig, weil „beweisrelevante Gegenstände und Daten“ vernichtet oder „aus dem Zugriffsbereich der Strafverfolgungsbehörden“ verbracht werden könnten.

Die WKStA geht davon aus, dass es 2017 als Folge der SMS von Harald Neumann eine von Blümel „mit Kurz geführte Kommunikation über ein offenkundiges Korruptionsangebot“ gab. Dieser Verdacht ergebe sich „bei einer lebensnahen Betrachtung“ und „zumindest mit dem für die Einleitung der (sic!) Ermittlungsverfahrens erforderlichen Verdachtsgrad“.

Entscheidendes fehlt allerdings im Sachverhalt, wie die Staatsanwälte schreiben: „Es kann derzeit nicht festgestellt werden, ob Sebastian Kurz das Angebot angenommen hat. Es gibt derzeit keine konkreten Anhaltspunkte dafür, dass Sebastian Kurz aufgrund des Angebots in seiner Funktion als Außenminister Handlungen setzte.“ Zu klären sei nun, „ob es zu einer finanziellen



**BESCHULDIGTER
BLÜMEL**
Seit Jahren an Kurz' Seite, bringt er nun den Kanzler in die Bredouille.

Zuwendung aus der Sphäre der Novomatic AG in die Sphäre des Sebastian Kurz und/oder der ÖVP kam“.

Erwiesen ist, dass Blümel nach dem Neumann-SMS aktiv wurde. Er bat den früheren Generalsekretär im Finanzministerium, Thomas Schmid, sich der Sache anzunehmen. Dieser übermittelte Neumann daraufhin den Namen der Leiterin der Abteilung für internationales Steuerrecht. Nach einer internen Prüfung sagt nun ein Sprecher des Finanzministeriums zu profil: „Es gab keinerlei formelle oder informelle Kontakte der Fachabteilungen zu Novomatic. Das können wir ausschließen.“ Auch ein Verständigungsverfahren mit Italien, das Thomas Schmid in seinen Chats mit Novomatic-Chef Neumann ins Spiel brachte, sei weder geprüft noch gestartet worden. Aus dem Außenministerium heißt es: „Es gibt keinerlei Indizien, dass Novomatic 2017 an das Außenministerium herangetreten ist.“

„Würde den Fall gern verteidigen“

Für Salzburgs Landeshauptmann Wilfried Haslauer erweckt die WKStA den Anschein, gezielt Politiker zu diskreditieren.



Profil: Sie sind Rechtsanwalt und ÖVP-Politiker. Wie beurteilen Sie die Causa Blümel?

Haslauer: Es hat den Anschein, dass die Hausdurchsuchung unverhältnismäßig war. Es hätte gelindere Mittel gegeben, die Staatsanwaltschaft hätte Gernot Blümel auch fragen können, ob er sein Handy zur Verfügung stellt.

Außerdem handelt es sich offenbar um eine Verwechslung: Der ominöse Termin von Novomatic fand mit Martina Kurz statt, nicht mit Sebastian Kurz. Dazu kommt: Zeitgleich zur Hausdurchsuchung werden gezielt Informationen

Das sei auch so zu verstehen, dass es keinerlei Aktivitäten des damaligen Außenministers Kurz oder des Ministeriums in besagter Causa gegeben habe.

Innerhalb der ÖVP wurde tatsächlich über das Szenario nachgedacht, die WKStA könnte auch die Wohnung des Kanzlers durchsuchen. Denn dass auch der ÖVP-Chef im Visier steht, beweist schon die Hausdurchsuchungsanordnung der WKStA, in der sein Name öfter genannt wird als jener Blümel.

Die Einschläge um den Kanzler kommen näher. Ab Montag werden SMS-Nachrichten zwischen Kurz und seinem früheren Vizekanzler Heinz-Christian Strache an den parlamentarischen Untersuchungsausschuss geliefert. Zeitnah folgen die Chats von Thomas Schmid. Der heutige Chef der Staatsbeteiligungs-Holding ÖBAG war seit jeher ein enger Vertrauter von Kurz und Blümel. Die Schmid-Chats: Das ist ein beachtliches Paket aus 300.000 Nachrichten. Ersatz-Justizminister Werner Kogler, der Alma Zadić in ihrer Babypause vertritt, stellte eine Staatsanwältin, einen IT-Experten und zwei weitere Mitarbeiter für die Aktenlieferung ab. Sie werten die Nachrichten aus und entscheiden, welche für laufende Verfahren oder den Ibiza-Untersuchungsausschuss relevant sind. „In der ÖVP herrscht Nervosität. Diese SMS werden tiefe Einblicke liefern: Wie Spenden gesammelt werden und wie das System Kurz funktioniert“, sagt David Stögmüller, grüner Abgeordneter im U-Ausschuss.

Das „System Kurz“: einheitliche Botschaften, gezielt platziert und optisch poliert; ein neuer türkiser Stil, der die frühere Kakophonie aus schwarzen Bündeln, Ländern und Ministerien ablösen sollte. Wenn

nun interne SMS in Medien zitiert, von der Opposition süffisant im Parlament verlesen werden oder in sozialen Medien zu Hashtags aufsteigen („#tuesfuermich!“), ist die Kontrolle über die Kommunikation entglitten. Und ein Ende des unfreiwilligen SMS-Striptease ist nicht in Sicht. Wie profil von NEOS und SPÖ erfuhr, einigten sich die beiden Parteien nun darauf, den seit Anfang 2020 laufenden U-Ausschuss „betreffend mutmaßliche Käuflichkeit der türkis-blauen Regierung“ – so der offizielle Name – bis 22. September zu verlängern. Das rot-pinke Stimmgewicht genügt. „Angesichts der großen Schwierigkeiten, an Akten aus dem Kanzleramt und Finanzministerium zu gelangen; und angesichts der sehr langen, offenen Ladungsliste wird man an einer Verlängerung nicht vorbeikommen“, sagt Stephanie Krisper, NEOS-Fraktionsführerin im U-Ausschuss.

Auf koalitionären Flankenschutz kann die ÖVP nicht hoffen. Im Gegenteil: Die Töne zwischen den Regierungsparteien werden rauer und rauer. Die Wunde der Abschiebung der Schulkinder, bei der die Grünen nur hilflos zusehen konnten, sitzt tief. Seither geht der Juniorpartner auf Konfrontation – beim Thema Korruption besonders lautstark. Wenig Wunder: „Saubere Umwelt, saubere Politik“ war einer der zentralen Wahlslogans der Grünen. Auf eine Punktation für ein Informationsfreiheitspaket hat sich die Regierung schon am Freitag verständigt, das Gesetz zur Abschaffung des Amtsgeheimnisses soll prompt in Begutachtung, im März der Entwurf für strenger geregelte Parteispenden folgen. Und mit der Schaffung eines Bundesstaatsanwalts haben die Ökos ein neues

aus dem Akt an die Medien gespielt – entweder mit politischer Absicht direkt aus der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) oder über den Untersuchungsausschuss. Alles zusammen macht das keinen schlanken Fuß für die WKStA und hinterlässt einen schalen Nachgeschmack.

profil: Es macht aber auch keinen schlanken Fuß für die ÖVP, wenn sie seit Tagen die Justiz und die WKStA attackiert, weil gegen einen ÖVP-Spitzenpolitiker ermittelt wird.

Haslauer: Ich würde mich hüten, Attacken auf die Justiz zu reiten, als ehemaliger Rechtsanwalt kommentiere ich auch Urteile nicht. Das ist ehernes Prinzip der Gewaltentrennung. Aber ich halte es für problematisch, wenn eine Behörde

wie die WKStA den Anschein erweckt, gezielt Politiker zu diskreditieren. Als Beschuldigter geführt zu werden, das kommt für den Finanzminister einer öffentlichen Hinrichtung gleich. Da muss der Eindruck entstehen, dass es darum geht, politische Mitbewerber schlechtzumachen.

profil: Die WKStA ist ja kein politischer Mitbewerber, sondern unabhängige Staatsanwaltschaft. Musste sie nach dem berühmten SMS – Spende und Hilfe im Steuerverfahren – nicht ermitteln?

Haslauer: Ob da ein Kausalzusammenhang besteht, ist fraglich. Aber selbst wenn: Das wäre nicht strafbar, weil Steuerverfahren in Italien nicht zu den Amtsaufgaben eines österreichischen Ministers gehören. Es wäre nur bei einem

österreichischen Steuerverfahren strafbar. Wenn ich nicht Landeshauptmann wäre – ich würde den Fall gern verteidigen! Denn: Die Persönlichkeitsrechte von Blümel werden mit den Füßen getreten.

profil: In der Corona- und Wirtschaftskrise muss der Finanzminister handlungsfähig sein. Ist Blümel das?

Haslauer: Genau das ist das Spiel: Zuerst eine überschießende Hausdurchsuchung, dann die öffentliche Vorverurteilung und dann die Frage, ob er im Amt bleiben kann. Schon Schüller der Sekundarstufe II können eine schlüssige Strafanzeige schreiben, und plötzlich ist man Beschuldigter. So kann es nicht gehen, so schießen wir uns alle heraus. Wenn das so weitergeht, wird kein vernünftiger Mensch mehr bereit sein,

ein Regierungsamt zu übernehmen. Denn derartige Ermittlungen können ewig dauern. Ex-Minister Hartwig Löger etwa wird noch Jahre als Beschuldigter geführt werden. Wir müssen eine grundsätzliche rechtspolitische Diskussion darüber führen, wie leichtfertig Strafverfolgungsbehörden Menschen in den Stand von Beschuldigten versetzen.

profil: Die Grünen attackieren die ÖVP scharf. Ist die Koalition noch arbeitsfähig?

Haslauer: Es erwartet niemand von den Grünen, dass sie den Finanzminister heiligsprechen. Aber eine andere Positionierung hätte ich mir schon erwartet: Diese verbalen Seitenhiebe befriedigen vielleicht die eigene Parteibasis, passen aber nicht zur guten Zusammenarbeit in einer Koalition.

Prestigeprojekt. In den Wirren um Blümel gab die ÖVP ihren langjährigen Widerstand gegen diese weisungsfreie Instanz auf. Ob es sich nur um ein Ablenkungsmanöver oder einen echten Sinneswandel handelt, wird sich weisen.

Für die Koalition verheißen die grünen Muskelspiele jedenfalls Ungemach. Die ÖVP tritt bereits kräftig auf die Bremse: Der Kampf gegen die Pandemie gehe vor, auf allzu konkrete Termine für die neue Transparenz werde man sich nicht festlegen. „Wir haben bei Umweltthemen nachgegeben, die NoVA (Normverbrauchsabgabe beim Kauf eines Neuwagens, Anm.) etwa wird ohnehin teurer – zu sehr können wir uns von den Grünen nicht treiben lassen“, murrte ein ÖVP-Mann aus dem Wirtschaftsflügel.

Es ist eine knifflige Lage für die ÖVP-Spitze. Die Grünen halten sich demonstrativ offen, Blümel zu einem späteren Zeitpunkt das Misstrauen auszusprechen: „Unsere rote Linie ist nicht das Strafrecht. Wenn sich die Vorwürfe erhärten, ist alles möglich“, so der Abgeordnete Stögmüller mit drohendem Unterton. Parteichef Kogler stärkt indes die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft. Sie muss die Oberstaatsanwaltschaft nicht mehr drei Tage vorab über Razzien informieren.

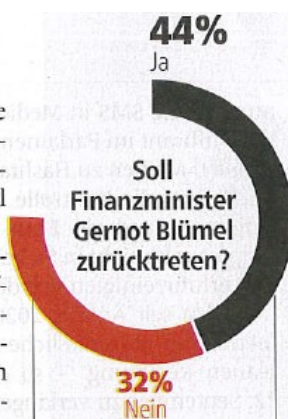
Gegen die WKStA führt die ÖVP seit Jahren einen Kleinkrieg. Als „letztklassig“, eines „Rechtsstaates unwürdig“ bezeichnet ÖVP-Klubchef Wöginger die Hausdurchsuchung bei Blümel. Der grüne Landesrat Johannes Rauch, der in Vorarlberg mit der ÖVP koalitiert, kontert scharf: „Man darf die Justiz kritisieren. Aber solche Unterstellungen rütteln an den Grundfesten des Rechtsstaates. Wir sind nicht in Polen oder Ungarn.“

Gernot Blümel wies auch vergangene Woche alle Anschuldigungen zurück. Im Gegensatz zu seinen Parteifreunden ritt er keine Attacken gegen die WKStA. Im Gegenteil: Blümel lobte deren „professionelle und sehr sensible Vorgangsweise“. Auf eine Beschwerde gegen die Hausdurchsuchung verzichtete er: „Ich will möglichst alles zur Aufklärung beitragen, ich will das Verfahren nicht verzögern, sondern beschleunigen.“

Blümel hatte bereits eine Chance zur Aufklärung – und vermasselte sie. Im Juni 2020 war er vor den U-Ausschuss geladen und wurde gefragt, ob Vertreter der Novomatic jemals an ihn herangetreten seien und Spenden in Aussicht gestellt haben. Blümels damalige Antwort „Nicht, dass ich mich erinnern könnte“ war typisch für seinen provokanten Auftritt. Satte 86 Mal konnte sich der Finanzminister nicht erinnern oder hatte „keine Wahrnehmung“. Einziger Erkenntnisgewinn aus Blümels beredtem Schweigen: Er war Minister ohne Laptop. Viel arroganter kann man einen parlamentarischen U-Ausschuss nicht behandeln (immerhin, die Schuhe zog Blümel nicht aus).

Es ist dieser gewisse Hang zur Hybris, der Spitzen-Türken anhaftet – und nun auf das System Kurz zurückfällt. Mit Blümel steht nicht irgendjemand im Zentrum einer Affäre, sondern jener Mann, der sich in der CV-Studentenverbindung „Alkuin“ nannte, nach dem Berater von Kaiser Karl dem Großen, und in der ÖVP die wichtigste Stütze von Kanzler Kurz ist.

Hybris muss man sich auch leisten können. Als Kurz seinen Sprint durch die türkisen Institutionen



PETER
HAJEK

Schuldig bei Verdacht

Die Haltung zu Gernot Blümel wird von der politischen Farbe bestimmt. ÖVP-Wähler sind gegen einen Rücktritt, SPÖ- und FPÖ-Wähler sind dafür. Grün- und NEOS-Sympathisanten halten sich grosso modo die Waage. Jeder vierte Befragte möchte aber beim derzeitigen Stand der Dinge keine Angabe machen. In einem Dilemma befindet sich die Staatsanwaltschaft, die ohne Ansehen der Person ermitteln muss, aber trotzdem mit dem nötigen Fingerspitzengefühl vorgehen sollte. Dass rund 40 Prozent jetzt für einen Rücktritt des Finanzministers plädieren, zeigt, wie schnell man mit einem (Vor-)Urteil bei der Hand ist.

Rest auf 100%: k. A. Methode: Online-Befragung Zielgruppe: Österr. Bevölkerung ab 16 Jahren, Max. Schwankungsbreite der Ergebnisse: ±4,4 Prozentpunkte, Sample: n = 500 Befragte, Feldarbeit: 15. bis 18. Februar 2021

UNIQUE research

antrat, waren die dafür notwendigen Mittel begrenzt. Schon bevor er 2011 Staatssekretär wurde, war er unermüdlich durchs Land getourt – „next generation“ hieß das Projekt. 2013 experimentierte Kurz bereits mit einem eigenen Vorzugsstimmenwahlkampf: „Wählen Sie Zukunft, wählen Sie Kurz“. Allesamt Projekte, die ins Geld gingen, allesamt nur das Vorspiel zum „Projekt Ballhausplatz“, für das Kurz das große Geld brauchte. „Im Sommer 2016 hatte sich auch zu mir durchgesprochen, dass Kurz schon in halb Österreich Meetings abhielt, um sein Programm vorzustellen und Spenden zu sammeln“, schreibt Reinhold Mitterlehner, bis Mai 2017 ÖVP-Obmann, in seinem im April 2019 erschienenen Buch „Haltung“; und weiß darin von „Sponsoren-Rallies“ von Kurz zu berichten. „profil“ berichtete schon im Mai 2017, Kurz hätte für sein Reformprojekt bereits eifrig und erfolgreich Spenden in der Industrie gesammelt.

Sein Team legte damals Listen mit Kontaktdaten von Wirtschaftsgrößen an. Wer als Spender interessant erschien, wurde in der Spalte mit der Überschrift „€“ markiert. Künftige Gönner wollte er direkt ansprechen, um gar nicht erst in den Verdacht verdeckter „ÖVP-Konten“ zu geraten. Das hatte er aus politischen Jugendtagen gelernt. Vor rund einem Jahrzehnt, erschütterten die Telekom- und die Mediaselect-Affäre die ÖVP, beides Affären um vermeintlich verdeckte Parteienfinanzierung. Politisch mündeten sie in Versprechungen „gläserner Parteikassen“ Wobei: Bei Parteienfinanzierung ist mehr erlaubt als verboten.

„Gläsern“ schaut anders aus. „Ein Teil der Großspenden – unter anderem von Heidi Goëss-Horten im Jahr 2018 – war versteckt und kam 2019 im Rechnungshofbericht ans Tageslicht“, sagt der Parteienfinanzierungsexperte Hubert Sickinger. Schon im Wahlkampf 2017 lautete die türkise Devise: „Klotzen, nicht kleckern.“ Um fast sechs Millionen Euro überschritt die ÖVP das Wahlkampfkostenlimit von sieben Millionen Euro. Der Großteil der Kurz-Rallye war auf Kredit finanziert. Doch auch die privaten ÖVP-Großspenden schossen nach oben. Insgesamt 4,4 Millionen Euro an Privatspenden gingen an ÖVP und ÖVP-Organisationen, so weit zumindest die offiziellen Angaben. Größter Einzelspender war mit 438.000 Euro die Baufirmen- und Immobiliengruppe des Tirolesers Klaus Ortner. Tochter Iris wurde später Aufsichtsrätin in der Staatsholding ÖBAG. Teresa Pagitz, Eigentümerin eines Vier-Sterne-Hotels im Salzburger Großarl, spendete zwei Mal 15.000 Euro. Ein halbes Jahr später saß sie im Aufsichtsrat des ÖBB-Personenverkehrs. Sie habe sich von den Spenden „nie Vorteile erwartet“, sagte sie im Untersuchungsausschuss.

Die Kontakte zur Wirtschaft knüpfte im Wahlkampf 2017 die PR-Beraterin Gabriela Spiegelfeld, die für Kurz Gesprächsrunden mit Managern organisierte. In solchen präsentierte Kurz im Plauderton seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen, auch um Zweifel an seiner Kompetenz zu zerstreuen. Zu einer dieser Runden war auch Novomatic-Chef Neumann geladen, wie aus den Akten der Staatsanwaltschaft hervorgeht. Spiegelfelds Ehemann wurde im März 2018 in den Aufsichtsrat der Bundesforste berufen.

Großzügige Gönner hatten es schon einmal leichter: Wer hohe Summen an eine Partei überweist, muss sich viele unangenehme Fragen gefallen lassen. Zum Beispiel: „Was war der Grund für Ihre Spende?“ Und: „Erwarten Sie dafür eine Gegenleistung?“ Oder, schlimmer: „Steht diese Spende im Zusammenhang mit Ihrer Berufung in den Aufsichtsrat eines Staatsbetriebes?“

So ehrbar die Motive mancher Spender auch sein mögen: An ihnen haftet der Verdacht, sie würden sich Sonderbehandlung durch politische Amtsträger erkaufen. Schließlich gab es in der Vergangenheit den einen oder anderen Fall – Geld gegen Insidertipps, Gesetze, Interventionen und so weiter.

Kein Wunder also, dass Geldgeber, Spendenkeiler und Parteimanager nach kreativen Wegen suchen, Summen unbemerkt in den Einflussbereich von Parteien zu verschieben. Vorbei am Rechnungshof, wie das Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache auf Ibiza ausplauderte – und damit vorbei an der Öffentlichkeit.

Die gute Nachricht für alle, die gerne anonym die politische Landschaft pflegen und pflügen: Es gibt noch immer genügend Gesetzeslücken. profil kennt sechs legale, halblegale und illegale Tricks für Polit-Mäzene, die Wert auf Diskretion legen. Das Risiko, dabei erwischt zu werden: äußerst gering.

Die Förderfinte

Nicht erst seit der Ibiza-Affäre versuchen Spender, unter dem Radar zu bleiben. Geldgeber wie die Kärntner Milliardärin Heidi Horten, die im Wahlkampf 2017 mehrere Hunderttausend Euro an die ÖVP überwiesen, nutzten einen Trick, um einer sofortigen Meldung an den Rechnungshof zu entkommen: Sie stückelten die Spenden in Tranchen unter 50.000 Euro.

Geteilte Spenden sind seit einer Gesetzesnovelle (2019) verboten, Großspenden ebenso. Unternehmen und Privatisers dürfen jährlich maximal 7500 Euro an eine Partei überweisen. Ab einem Betrag von 2500 Euro wird der Name der Gönner veröffentlicht. Doch es gibt eine völlig legale Tarnung: eine Förder-

VON JAKOB WINTER

mitgliedschaft bei einer Partei. Bis zu einem Betrag von 7499 Euro bleiben Förderer anonym.

Wer mehr überweisen will, aber eine Namensnennung auf der Website des Rechnungshofes lieber vermeidet, sollte sich eine nahestehende Organisation der Partei anlassen. Etwa den Verein GewerkschaftlerInnen in der SPÖ oder die Freiheitliche Wirtschaft. Die Höhe der Fördermitgliedschaft könnte – theoretisch – mehrere Zehntausend Euro betragen, trotzdem bliebe der Name des Förderers geheim. Die Vorfeldorganisation könnte das Geld dann ganz offiziell an die Partei weiterleiten. Im Rechenschaftsbericht wäre nur angeführt, wie viel die SPÖ von dem Gewerkschafter-Verein bekommen hätte, nicht aber, woher das Geld ursprünglich stammt.

Die Ibiza-Masche

Strache plauderte die Möglichkeit zum anonymen Parteiensponsoring auf der Finca in Ibiza aus –, obwohl der Mitschnitt vor bald zwei Jahren öffentlich wurde, ist die Masche noch immer legal: *„Es gibt ein paar sehr Vermögende. (...) Die zahlen aber nicht an die Partei, sondern an einen gemeinnützigen Verein. (...) Dadurch hast du keine Meldungen an den Rechnungshof.“*

Im Rechenschaftsbericht der Parteien tauchen nur offizielle Vorfeldorganisationen auf, die in den Parteistatuten verankert sind – etwa der Ring Freiheitlicher Jugend. Vereine im Umfeld von Parteien, die offiziell nichts mit der Partei zu tun haben, sind von der Rechenschaftspflicht nicht umfasst. Und eignen sich deshalb ideal als Spendenwaschmaschinen. Dass im Vorstand dieser Vereine ausschließlich Parteigänger sitzen – reiner Zufall! Zusätzlicher Diskretionsbonus: Anders als Unternehmen müssen Vereine keine

Bilanz veröffentlichen. Für Außenstehende sind Vereine eine Blackbox. Ausnahme: wenn der Parteichef in eine Videofalle tappt.

Und wie kommt das Geld vom Verein an die Partei? „Der nahestehende Verein, der offiziell kein nahestehender Ver-

HEINZ-CHRISTIAN STRACHE
Auf Ibiza plauderte der Ex-FPÖ-Chef einen Trick zur verdeckten Parteienfinanzierung aus, der noch immer legal ist.



Politische Landschaftspflege für Fortgeschrittene: Verschärfte Gesetze erschweren es Großspendern zwar, Gelder an Parteien zu lenken.

Doch es gibt noch immer genügend Schlupflöcher.
Eine profil-Anleitung für Lobbyisten und Konzerne.

Wie gesch

ein ist, kann selber etwas mit dem Geld machen, das zufällig der Partei nützt. Er könnte Umfragen in Auftrag geben oder Busse für den Wahlkampf anmieten. Das Geld muss nicht unbedingt als Geld in die politische Partei fließen“, erklärt Ex-Staatsanwalt und Anti-Korruptions-Experte Georg Krakow.

Der Rechnungstrick

Kosten für Veranstaltungen, Rechnungen von Druckereien oder Honorare von Beratern können von Spendern direkt berappt werden. Damit scheint die Ausgabe in den Büchern der Partei gar nicht auf.

Aufliegen kann die Zahlung trotzdem – und zwar dann, wenn die Staatsanwaltschaft zufällig den Spender filzt. Im Fall der Novomatic ist genau das passiert. Im Jahr 2017 soll der Konzern das 2000-Euro-Honorar eines Politikberaters bezahlt haben, der einen Vortrag beim niederösterreichischen ÖAAB hielt, dem Arbeitnehmer-Bund der ÖVP. Der damalige NÖAAB-Obmann ist heute Nationalratspräsident und heißt Wolfgang Sobotka. Die Sachspende dürfte rechtlich sauber gewesen sein, weil es um einen niedrigen Betrag ging.

Würde der Wert der Sachleistung die Spendenobergrenze übersteigen, wäre das zwar „illegal“, wie Mathias Huter vom Forum Informationsfreiheit meint: „Aber man wird ziemlich sicher nicht erwischt.“

Der Klub-Coup

Spendenobergrenze, Stükelungsverbot, Offenlegungspflichten – das gilt zwar für Parteien, nicht aber für die Klubs in Landtagen und im Nationalrat, die eigene Konten haben. Der Rechnungshof prüft derzeit nur die Rechenschaftsberichte der Parteien und die Verwendung der Parteienförderung. Was die Klubs dagegen mit ihren Klubförderungen anstellen, interessiert ihn nicht. Rechtlich hätten die Prüfer die Möglichkeit, auch in die Klubkassen zu blicken, doch das haben sie bisher noch nie getan. Rechnungshofpräsidentin Margit Kraker kündigte im Sommer 2020 im profil-Interview an, in ihrer verbleibenden Amts-



GEORG KRAKOW
Der Jurist kritisiert Gesetzeslücken bei der Korruptionsbekämpfung.



WOLFGANG SOBOTKA
Der Nationalratspräsident war bereits in vielen Vereinen aktiv. Mehrere davon bekamen – über unterschiedliche Wege – Geld vom Glücksspielkonzern Novomatic.

zeit (bis 2028) die Klubs jedenfalls zu durchleuchten. Bloß: „Der Rechnungshof könnte nur die widmungsgemäße Verwendung der öffentlichen Klubförderung untersuchen. Wenn aber ein Parlamentsklub andere Einnahmen hat, die nicht aus der Klubförderung stammen, sehe ich keine Grundlage, warum der Rechnungshof prüfen könnte, was damit geschieht“, erklärt Jurist Krakow.

Das heißt: Spender könnten die Landtagsklubs von ÖVP, SPÖ, FPÖ, NEOS und Grünen theoretisch in unbegrenzter Höhe subventionieren, ohne dass ihr Name irgendwo aufscheinen würde – eine besonders eklatante Lücke im Parteiengesetz. Wie realistisch ist es, dass sie von niemandem ausgenutzt wird?

Die Kandidatenbestechung

Kohle gegen erwünschte Amtshandlung – würden Bürgermeister, Landeshauptleute oder der Bundeskanzler auf einen solchen Deal einsteigen, machten sie sich strafbar. Der Tatbestand der Bestechung wäre erfüllt. Wie fast jedes österreichische Gesetz, das Korruption verhindern soll, hat auch dieses eine gewaltige Schwäche: Wer ein Amt noch nicht innehat, sondern bloß dafür kandidiert, kann nicht wegen Bestechung angeklagt werden. Wer also ganz legal einen Politiker schmieren will, der sollte sich einen ausichtsreichen Kandidaten suchen, der demnächst in ein hohes Amt gewählt wird.

„Ich kann als Spender sagen: Ich gebe dir 100.000 Euro. Und wenn du dann Amtsträger bist, machst du bitte das, was ich von dir will. Ich kaufe mir also auf Vorrat ein potenzielles Amtsgeschäft, ich weiß nur noch nicht genau, ob das ein Treffer wird. Wie im Lotto, nur dass die Wahrscheinlichkeit höher ist“, so Anti-Korruptionsexperte Krakow.

Die Darlehenstarnung

Politik ist ein teures Geschäft, insbesondere im Wahlkampf: Berater, Slogans, Plakate und Umfragen verschlingen Unsummen. Im Vorfeld von Wahlen verschulden sich viele Parteien in Millionenhöhe. Im Falle eines Wahlerfolgs winkt die öffentliche Parteienförderung, mit der die Schulden beglichen werden können.

„Für die Öffentlichkeit ist völlig unklar, bei wem, in welcher Höhe und zu welchen Konditionen sich Parteien verschulden“, kritisiert Huter vom Forum Informationsfreiheit. Darlehen und Kredite sind aus seiner Sicht ein idealer Weg zur Spendenumgehung: Während Parteien keine Spenden aus dem Ausland annehmen dürfen, fehlt ein vergleichbares Verbot bei Krediten. Möglicherweise sind österreichische Parteien von ausländischen Darlehensgebern abhängig – und die Öffentlichkeit weiß es nicht. Dazu kommt: Die Zinssätze eines Kredites könnten so niedrig gestaltet sein, dass es einer Spende gleichkäme. ■

Disclaimer: profil rät ausdrücklich davon ab, von diesen Tricks Gebrauch zu machen. Falls Sie zufällig Kenntnis von verdeckter Parteienfinanzierung erlangen: Wenden Sie sich an das Nachrichtenmagazin Ihres Vertrauens.

miert



Leitartikel Christian Rainer

christian.rainer@profil.at
Twitter: @chr_rai

Blümel schiebt ab

Über den Zusammenhang zwischen einer Hausdurchsuchung beim Finanzminister und zwei georgischen Mädchen.

Gernot Blümel hat natürlich nichts abgeschoben und niemanden. In einer ausgefuchsten Zweimarkenstrategie schiebt er nicht einmal die Verantwortung für die Perlustrierung seines gesamten Lebens qua Hausdurchsuchung auf „fehlerhafte und falsche“ Arbeit der Staatsanwaltschaft ab. Diese Worte überlässt er seinem Klubobmann, die Generalkritik an der Justiz dem Bundeskanzler. Vielmehr lobt der Finanzminister die in der Rede stehende WKStA nachdrücklich, und er schwört Kooperationswillen (uneingeschränkt gar). Geniales Abdecken des öffentlichen Diskurses, wir haben es verstanden. Und nein, er hat weder direkt noch indirekt etwas mit der Abschiebung der beiden georgischen Mädchen vor drei Wochen zu tun. Da verrichtete der Innenminister die Dreckarbeit (keine Wertung, siehe das Nachfolgende), und der Außenminister zieht die zugehörige Metaebene ein (wonach es im November ohnehin eine gesamteuropäische Flüchtlingslösung geben werde, so Schallenberg im zurückliegenden Gespräch mit profil – er meinte übrigens November 2020). Blümels letztgültige Äußerungen zum Verhältnis der Österreicher stammen aus dem Wien-Wahlkampf; wir werden sie hier nicht wiederholen; sie führen uns in die falsche Richtung.

Der Titel dieses Kommentars will also Ihre Aufmerksamkeit erheischen, liebe Leserinnen und Leser. Erwischt! Aber er stellt dennoch die Verbindung zwischen zwei Sachverhalten dar, die Österreich abseits der Corona-Krise in Atem gehalten, die in den jeweiligen Blasen auch Schnappatmung hervorgerufen haben. Die Verbindung besteht darin, dass in beiden Situationen mäßig oder schlecht geeignete Vorfälle als Hinweise auf tatsächlich vorhandene, weit ausladende Problemzonen herhalten müssen. Je nach Standpunkt wurden diese Vorfälle zur Ausschilderung dieser Zonen missbraucht oder aber sinnvoll genutzt.

Was meine ich damit? Die Abschiebung der beiden Mädchen, eines davon hier geboren, ist ein ungeeignetes Beispiel, um die österreichische Asylpolitik zu geißeln. Diese Kinder hatten niemals eine Chance auf einen Aufenthaltstitel, ihr Herkunftsland Georgien entspricht nicht dem Bild jener Vorhölle, das es inzwischen überall braucht, um erfolgreich einen Asylstatus zu erbetteln. Individuelle Gründe waren nicht gewichtig vorhanden – etwa jene Familienfehde, die nach der Wiedereinreise 2014 vorgebracht wurde. Dass die Uneinsichtigkeit der Mutter nun den Kindern zur Last fällt, ist eine Tatsache,

aber juristisch nicht ausschlaggebend. Und: Wie könnte man moralisch abgesichert verteidigen, dass diese Familie bleiben darf, während Menschen aus Syrien, dem Irak, Afghanistan zurückgeschickt werden? Nur weil den anderen die Öffentlichkeit fehlt? Man könnte nicht.

Umgekehrt ist die schlechte Passform dieses hochemotionalen Vorfalls kein Beweis dafür, dass der Umgang der Republik mit Ausländern dem entspricht, was von einer demokratisch gefestigten westlichen Industrienation erwartet werden kann. Vielmehr entspricht dieser Umgang nur dem, was der Volkspartei unter Sebastian Kurz zu fulminanten Wahlsiegen verholfen hat. Bildet dieser Umgang dann aber eben nicht doch Volkes Wille ab? Nicht unbedingt. Abgesehen davon, dass 2019 nur ein gutes Drittel der Wähler für die ÖVP stimmte: Wahlgänge polarisieren; gewählt wird auch, was am besten propagiert wurde. Das österreichische Fremdenwesen in all seinen rechtlichen Ausformungen ist eine Blaupause vergangener politischer Schlachten. Die Abschiebung der georgischen Familie war rechtens; aber der Fall taugt dazu, dieses Recht zu hinterfragen.

Die Brücke zu Blümel: Bei jener Hausdurchsuchung stützt sich die Staatsanwaltschaft auf eine Kurznachricht des damaligen Novomatic-Chefs an den damaligen VP-Wien-Chef. Der Absender verwendet das Wort „Spende“ und bittet ohne ausgeflaggten Kausalzusammenhang um einen Termin beim damaligen Außenminister Sebastian Kurz. Das riecht nicht gut. Es sieht wie ein Angebot aus. Allerdings: Bisher sind keine der WKStA vorliegenden Indizien bekannt, wonach dieses Angebot angenommen wurde. Bis auf Weiteres ist die Suppe dünn. Sie ist etwas wässrig, um eine Hausdurchsuchung – bei wem auch immer – zu rechtfertigen. Damit eignet sich der Fall derzeit auch nicht, eine Verrottung des Systems Österreich und seiner politischen Akteure vorzuführen. So wenig, wie sich jene Abschiebung als Hinweis auf ein marodes Fremdenrecht eignete.

Dessen ungeachtet ist dieses Beispiel aber ein schöner Ausgangspunkt für eine Tour durch die klandestine Realverfassung der Republik. Selbstverständlich gibt es Menschen, die sich von Spenden an Parteien Gegenleistungen erwarten, und diese Erwartungshaltung fußt auf positiven Erfahrungen. Natürlich werden Jobs an Vertrauensleute vergeben, häufig wider Eignung und an der Grenze der Legalität oder auch jenseits. Und sicherlich ist der Staatsapparat durchsetzt von Menschen, die nicht auf sachlicher Basis entscheiden, sondern mit einer höchstpersönlichen oder parteipolitischen Agenda. Ob die Durchsuchung im Hause Blümel ein geeignetes Beispiel für irgendeinen dieser Tatbestände ist, müsste sich aber erst weisen. Falls sie kein gutes Beispiel ist – wie die Abschiebung der Kinder –, kann sie dennoch einer Klärung der Verhältnisse dienen. Und allenfalls zu deren Besserung. ■



ENTSCHEIDUNGEN

„www.oe24.at“, 21.02.2021

KURZ WILL VOR STAATSANWALT AUSSAGEN

oe24 hat den kompletten Kanzler-Brief an die WKStA

**Kanzler Kurz will vor Staatsanwalt aussagen und spricht
"fehlerhaften Fakten und falsche Annahmen"**

Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) hat im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen seinen Parteikollegen und Vertrauten, Finanzminister Gernot Blümel, der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) seine Zeugenaussage angeboten. Damit wolle er die "in den Raum geworfenen Anschuldigungen" aufklären, wie der Kanzler in einem Brief an die WKStA formuliert.

Der Brief des Kanzlers im Wortlaut

An die
Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft
Dampfschiffstraße 4
1030 Wien

Wien, 21. Februar 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

in den letzten Tagen wurden Gernot Blümel, die ÖVP und auch ich persönlich medial mit einer Reihe von falschen Vorwürfen konfrontiert.

Nachdem Akten der WKStA mit unrichtigen Annahmen, aber auch fehlerhaften Fakten nicht nur die Basis eines Verfahrens darstellen, sondern diese auch an die Öffentlichkeit gelangt sind, haben diese im In- und Ausland zu massiver medialer Berichterstattung geführt.

Auch ich als Person wurde dadurch in Medien und sozialen Netzwerken mit einer Reihe an falschen Vorwürfen konfrontiert, die ich gerne klarstellen würde:

1. Die Darstellung, es hätte am 25. September 2017 einen Termin zwischen mir und Herrn Neumann zum Thema „Politische Prioritäten“ gegeben, ist falsch. Es lässt sich durch eine einfache Google-Recherche feststellen, dass ich an diesem Abend live an Wahlkampfkonfrontationen des Senders Puls 4 teilgenommen habe.

2. Die Behauptung, dass ich am 25. Juli 2017 den Novomatic Eigentümer Graf getroffen habe, ist ebenfalls unrichtig. Die Annahme, es würde sich, da „Kurz“ nur einmal im Kalender steht, wahrscheinlich um einen Termin mit mir handeln, ist mir nicht nur nicht nachvollziehbar, sondern ist vor allem definitiv falsch. Offensichtlich hat es sich um einen Termin mit der damaligen Aufsichtsrätin Martina Kurz gehandelt. Jedenfalls aber nicht um mich.

3. Ich weise Sie darauf hin, dass andere Termine, die im Akt laut Medienberichten erwähnt werden, sehr verzerrt dargestellt sind und es sich bei den angesprochenen Terminen nicht um Gesprächstermine zwischen zwei Personen, sondern um Veranstaltungen und Diskussionsformate im größeren Kreis gehandelt hat.

Zu der in den Raum gestellten Frage, ob die ÖVP Spenden von der Novomatic erhalten hat, kann ich festhalten, dass das unrichtig ist und dies auch aus den vom Rechnungshof geprüften Rechenschaftsberichten der ÖVP ersichtlich ist. Ich erlaube mir die Rechenschaftsberichte der Österreichischen Volkspartei aus den Jahren 2017 und 2018 beizulegen.

Ich bin der Meinung, dass Ermittlungen unabhängig durch die Justiz durchgeführt werden sollten und ich würde mich deshalb auch nie öffentlich in ein Verfahren einmischen. Da aber in diesem konkreten Fall fehlerhafte Fakten und falsche Annahmen der WKStA an Medien gelangt sind, bin ich nun seit über einer Woche täglich mehrere Stunden beschäftigt, Medienanfragen aus dem In- und Ausland zu diesen falschen Anschuldigungen zu beantworten.

Fehlerhafte Fakten und unrichtige Annahmen aus Ihren Akten, die an die Öffentlichkeit geraten, sorgen im In- und Ausland nicht nur für einen Reputationsschaden für die betroffenen Personen, sondern führen vor allem im Ausland auch zu einem Reputationsschaden für die Bundesregierung und damit für die gesamte Republik Österreich.

Ich habe daher die Hoffnung, die in den Raum geworfenen Anschuldigungen nicht nur medial, sondern auch im Rahmen einer Zeugenaussage rasch aufklären zu können.

Ich stehe Ihnen jederzeit, sieben Tage die Woche, für eine Zeugenaussage zur Verfügung, denn es ist mir ein Anliegen, dass diese fehlerhaften Fakten sowie die falschen Annahmen rasch aus der Welt geschafft werden können.

Mit freundlichen Grüßen

Sebastian Kurz

Beilage: Rechenschaftsberichte der ÖVP für die Jahre 2017 und 2018

"Fehlerhafte Fakten und falsche Annahmen"

"Ich stehe Ihnen jederzeit, sieben Tage die Woche, für eine Zeugenaussage zur Verfügung, denn es ist mir ein Anliegen, dass diese fehlerhaften Fakten sowie die falschen Annahmen rasch aus der Welt geschafft werden können", heißt es in dem der APA vorliegenden Schreiben. Denn diese "unrichtigen Annahmen" aus den Akten, die an die Öffentlichkeit gelangt sind, sorgten im In- und Ausland für einen Reputationsschaden für die betroffenen Personen - und auch für die Bundesregierung und damit für die gesamte Republik Österreich.

Einmal mehr hielt Kurz fest, dass die ÖVP keine Spenden von der Novomatic erhalten habe. Das sei "unrichtig" und auch aus den vom Rechnungshof geprüften Rechenschaftsberichten ersichtlich.

Zudem betonte Kurz, dass die Ermittlungen unabhängig durch die Justiz durchgeführt werden sollten, und er sich daher "auch nie öffentlich in ein Verfahren einmischen" würde, meint aber dennoch: "Da aber in diesem konkreten Fall fehlerhafte Fakten und falsche Annahmen der WKStA an Medien gelangt sind, bin ich nun seit über einer Woche täglich mehrere Stunden beschäftigt, Medienanfragen aus dem In- und Ausland zu diesen falschen Anschuldigungen zu beantworten."

Kritik der Opposition

FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl ortete in dem Brief von Kurz an die WKStA eine "durchschaubare Flucht nach vorne". Damit offenbare Kurz nur sein schlechtes Gewissen, offenbar herrsche in der ÖVP "nackte Panik", so Kickl: "Man darf gespannt sein, welche Machenschaften noch ans Licht der Öffentlichkeit treten werden, wenn der schwarz-türkise Obmann jetzt schon so reagiert." Dem Kanzler entgleite die "Message Control". "Das Motto in der Volkspartei laute jetzt: 'Rette sich, wer kann!'", feixte der FPÖ-Klubobmann.

Kurz brauche der WKStA nicht eine Zeugenaussage anbieten, sagte der NEOS-Vizeklubchef Nikolaus Scherak: "Die Ermittlerinnen und Ermittler müssen nur ohne die ständigen Angriffe aus den Reihen der ÖVP arbeiten können." Sollte eine Zeugenaussage von Kurz relevant sein, "dann wird die WKStA auch ohne Einladung des Herrn Bundeskanzler auf ihn zukommen". Die ÖVP-Zurufe in Richtung Justiz seien "entbehrlich" und müssten ein Ende haben, so Scherak.

„www.puls24.at“, 21.02.2021

Blümel zu Neumann-SMS: "Würde alles noch einmal so machen"

Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) kann an den Chatnachrichten, die er von Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann 2017 erhalten hat und die Anlass für eine Hausdurchsuchung bei ihm gewesen sind, nichts Verfängliches finden.

"Erstens kann man für das Erhalten von SMS nichts. Zweitens würde ich alles noch einmal so machen, weil die Rückschlüsse der Staatsanwaltschaft aus den Nachrichten falsch sind", sagte Blümel in einem [Interview mit "Presse am Sonntag"](#).

Er würde Unternehmen auch weiterhin im Rahmen der Gesetze helfen, schließlich gehe es um Arbeitsplätze und Wohlstand. Überdies hätten auch viele Oppositionspolitiker Probleme von Unternehmen mit der Bitte um Unterstützung an ihn als Finanzminister herangetragen. "Darüber hinaus ist klar, dass es keine Spende gegeben hat und dass ich auch keinen Termin mit Kurz vermittelt habe", so Blümel.

Bei der Hausdurchsuchung sei nicht nur sein Mobiltelefon, sondern auch ein Laptop mitgenommen worden, den er mit seiner Frau gemeinsam nütze, erklärte Blümel, der sich nach seiner Befragung im U-Ausschuss Häme gefallen lassen musste, weil er dort zu Protokoll gab, dass er seine Geschäfte als Kanzleramtsminister und Regierungskoordinator unter Türkis-Blau ohne Laptop geführt habe.

"Das kann ich beschwören, weil das mache ich nicht"

Blümel, der eidesstattlich erklärt hatte, dass es von der Novomatic weder Spenden an die Wiener ÖVP noch an vier mit ihm in Verbindung gebrachte Vereine gegeben habe, meinte in dem Interview: "Ich kann ausschließen, dass irgendwo Geld als Gegenleistung für meine politischen Handlungen geflossen ist, wo ich involviert gewesen bin oder davon gewusst habe. Das kann ich beschwören, weil das mache ich nicht."

Einmal mehr hielt er fest, dass er durch die Ermittlungen und die Tatsache, dass das Glücksspiel zu seinen Agenden gehöre, "überhaupt keine Handlungseinschränkungen" sehe. Zudem werde gerade mit dem grünen Koalitionspartner daran gearbeitet, beim Glücksspiel Lizenzvergabe und Aufsicht in eine Behörde auszulagern, die unabhängig und weisungsfrei sei, so Blümel: "damit es nicht einmal die Möglichkeit von politischer Einflussnahme gibt".

„Die Presse“, 21.02.2021

Gernot Blümel: >Ich würde alles noch einmal so machen<

Der ÖVP-Finanzminister spricht im Interview über die Hausdurchsuchung bei ihm zu Hause, sein vertrautes Verhältnis zu Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann und die verhängnisvollen Nachrichten, die sie sich geschrieben haben. Und darüber, wie sein Fall das Klima mit dem grünen Koalitionspartner belastet. @LR von Rainer Nowak und Anna Thalhammer

Worüber ärgern Sie sich mehr: Über den Inhalt der Nachrichten rund um Novomatic - oder dass man so ungeschickt gewesen ist und so etwas per SMS verschickt hat?

Gernot Blümel: Erstens kann man für das Erhalten von SMS nichts. Zweitens würde ich alles noch einmal so machen, weil die Rückschlüsse der Staatsanwaltschaft aus den Nachrichten falsch sind. Ich würde generell Unternehmen auch weiterhin im Rahmen der Gesetze helfen. Ich finde, das muss man als Politiker sogar, es geht immerhin um Arbeitsplätze und Wohlstand. Es gibt auch viele Oppositionspolitiker, die Probleme von Unternehmen mit der Bitte um Unterstützung an mich als Finanzminister herangetragen haben. Darüber hinaus ist klar, dass es keine Spende gegeben hat und dass ich auch keinen Termin mit Kurz vermittelt habe.

Es wäre hilfreich gewesen, wenn Sie auf das Spendenangebot von Novomatic-Chef Harald Neumann einfach "Nein, danke" geantwortet hätten.

Würde ich mir wünschen, dass es so ein Rück-SMS gäbe: Ja. Nur, wenn ich das per Telefon gemacht habe, ist es genauso in Ordnung. Es ist halt nicht in schriftlicher Form erfolgt.

Aber von welcher Spende wird da geredet?

Das weiß ich nicht, das müssen Sie Herrn Neumann fragen.

Der kann sich leider auch nicht erinnern. Ist Novomatic nun der böse Glücksspielkonzern, von dem die ÖVP keine Spenden will, oder das gute, österreichische Unternehmen, dem man bei Problemen helfen will?

Es ist beides zutreffend. Dass wir uns entschieden haben, von gewissen Unternehmen keine Spenden anzunehmen, kann man uns schwer vorwerfen. Auf der anderen Seite ist Novomatic ein Unternehmen, das viele Arbeitsplätze schafft und Steuern zahlt - und das wir wie jedes andere

Unternehmen nach Maßgabe der Gesetze unterstützen wollen.

Gabi Spiegelfeld, die sich für die ÖVP im Wahlkampf 2017 um Spenden gekümmert hat, dürfte das nicht gewusst haben, dass die ÖVP von Novomatic keine Spenden annimmt. Oder warum hat sie den Novomatic-Chef sonst zu einem Frühstück für potenzielle Spender eingeladen?

Ich war nicht dabei. Aber ehrlich, es gibt viele Unternehmerrunden. Ich mache das selbst auch, derzeit aufgrund der Coronapandemie virtuell - also da sehe ich kein Problem. Welche Intention Frau Spiegelfeld damit gehabt hat, weiß ich nicht. Ich war nicht ÖVP-Generalsekretär, sondern Parteichef in Wien.

Die Staatsanwaltschaft vermutet aufgrund zweideutiger Kalendereinträge schon, dass es Termine mit Kurz gegeben hat. Gehen Sie davon aus, dass der Kanzler auch bald als Beschuldigter geführt werden könnte? Ich wüsste nicht warum. Aber es hat mich auch bei mir überrascht.

Sie sind vergangene Woche noch recht cool gewesen, was die Ermittlungen betrifft, haben versprochen, an der Aufklärung mitzuhelfen. Kurz ist weniger entspannt und fordert eine Reform der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft. Finden Sie wirklich, dass das ein guter Zeitpunkt ist?

Man muss die Dinge auseinanderhalten. Es war mühsam und unangenehm, über Twitter vom Beschuldigtenstatus zu erfahren und dann medial darüber sprechen zu müssen, obwohl mir unklar war, worum es ging. Ich bin froh, dass das Gespräch bei der WKStA stattgefunden hat, weil ich seitdem weiß, dass da nichts dran ist und dass sich das auflösen wird. Gibt es darüber hinaus Themen die Justiz betreffend, die von vielen in der ÖVP als herausfordernd gesehen werden und bei denen Handlungsbedarf geor-

tet wird? Ja, offensichtlich. Aber die Themen würde ich nicht ursächlich miteinander verknüpft sehen.

Aber Ursache ist nun einmal Ihr Fall.

Ich glaube, Kurz hat schon vor einem Jahr einmal gesagt, dass er in der Justiz mit einigem nicht einverstanden ist.

Solchen SMS, bei denen es um Spende gepaart mit Intervention geht, müsste doch jeder Staatsanwalt der Welt nachgehen, oder?

Ich habe mit der Justiz so das erste Mal in meinem Leben zu tun und weiß nicht, wie das inhaltlich zu bewerten ist. Offensichtlich ist man in der WKStA der Meinung gewesen, dass es Verdachtsmomente gibt. Wenn das dann ein Richter auch noch prüft - dann findet das so statt, das ist zur Kenntnis zu nehmen.

Ist Ihr Laptop bei der Hausdurchsuchung aufgetaucht? Im U-Ausschuss haben Sie gesagt, Sie sind unsicher, ob Sie einen haben.

Es wurde ein Laptop mitgenommen, nämlich der, den ich mit meiner Frau gemeinsam nütze.

Ihr Handy wurde auch mitgenommen. Was wird da noch auftauchen? In dem aktuellen Zusammenhang würde mir nicht einfallen was.

Aber wird uns Ihr Mobiltelefon schöne Geschichten über den Aufstieg der Türkisen erzählen, oder gibt es auch andere Unternehmen, mit denen Sie so freundliche SMS schreiben?

Ich glaube, es gibt schon viele schöne Geschichten über Türkis, und es gibt auch viele Unternehmen, mit denen ich in Kontakt bin.

Die Spendenkeilerei der ÖVP war von Anfang an ein Spiel mit dem Feuer, oder? Weil ehrlich, Großspenden haben doch immer den Geruch von politischen Gegengeschäften.

Jeder, der gespendet hat, musste unterzeichnen, dass man sich kein Gegengeschäft erwarten darf - das hat Sebastian Kurz in der neuen Volks-

partei eingeführt. Und außerdem war ja alles im Rahmen der Gesetze. Die sind mittlerweile geändert worden, jetzt ist das so nicht mehr möglich. Ich finde das im Nachhinein auch in Ordnung so.

Es wird noch immer darum gestritten, wer das künftig kontrollieren soll. Die SPÖ will nicht, dass der Rechnungshof in ihre Parteifinancen schaut, weil sie dort türkise Besetzungen orten. Wer soll das also sein?
Ich bin mir sicher, da wird es im Parlament eine Lösung geben.

Sie haben eidesstaatlich erklärt, dass es weder bei der Wiener Partei noch ihr nahestehenden Vereinen Spenden gegeben hat. Man könnte das aber auch so lesen, als könnte das in St. Pölten schon wieder ganz anders sein, weil dort Gernot Blümel keine Rolle gespielt hat, oder?

Ich kann ausschließen, dass irgendwo Geld als Gegenleistung für meine politischen Handlungen geflossen ist, wo ich involviert gewesen bin oder davon gewusst habe. Das kann ich beschwören, weil das mache ich nicht.

Woher kommt eigentlich der Brauch der politischen Vereinsgründungen, den einige Parteien schon seit Ewigkeiten pflegen?

Ich glaube, Österreich ist ein Land der Freiwilligen und ein Land der Vereine. Die ÖVP ist ein historisch gewachsenes Konstrukt, das auch historisch in der Gesellschaft verwoben ist. Ich bin auch in Vereinen Mitglied, die nicht im Umfeld der ÖVP sind. Beim Musikverein und der freiwilligen Feuerwehr Moosbrunn zum Beispiel.

Wie ist eigentlich ihr Verhältnis zu Harald Neumann? Es wirkt fast intim.

Wenn man in Österreich einige Zeit in der Spitzenpolitik tätig sein darf, dann trifft man auch viele Wirtschaftsleute. Novomatic ist ein großes Unternehmen, das in vielen Bereichen Sponsorings macht - etwa im Kulturbereich. Und da trifft man eben auch immer wieder den Herrn Neumann, bei Opernpremierern oder beim Life Ball zum Beispiel. Aber das trifft auch auf andere Unternehmer zu.

Gehen Sie mit dem Herrn Neumann zusammen ins Fitnessstudio? Es gibt da so Kalendereinträge bei ihm.

Wir waren nicht gemeinsam trainieren, aber wir sind im selben Fit-

nessstudio eingeschrieben, das ist richtig. Auch den Herrn Christian Kern habe ich dort übrigens öfter getroffen.

Wenn man den Akt liest, scheint es auch so, als ob Neumann Ihnen immer wieder lästig gewesen ist, oder?

Aus dem Akt geht hervor, dass Herr Neumann damals schon öfter beim Finanzministerium angeklopft hat - und aus irgendeinem Grund nicht reagiert worden ist. Alles, was ich versucht hatte, war, einen Rückruf zu vermitteln.

Haben Sie mit dem Herrn Neumann je über die Bestellung von Aufsichtsräten bei den Casinos gesprochen?

Ich war Mitglied im Nominierungskomitee der Öbib. Da war es meine Aufgabe, gemeinsam mit anderen Vorschläge für diverse Aufsichtsräte zu machen. Welche in dieser Zeit bestellt worden sind, das ist ja aktenkundig. Darüber hinaus hat es immer wieder die verschiedensten Termine mit Unternehmern gegeben.

Offensichtlich wurde mit Novomatic auch versucht, "eine österreichische Lösung" für die Casinos zu finden. Die sind jetzt Großteils in tschechischer Hand - ist nicht so gut gelungen, oder?

Was jeder mitbekommen hatte, war, dass es zwischen den Eigentümern Schwierigkeiten gab. Und das haben die einzelnen Stakeholder auch immer wieder an die verschiedensten politischen Entscheidungsträger herangetragen, wann sie das konnten. Nachdem ich nicht zuständig gewesen bin, das zu lösen: Da hört man sich das an, nimmt es zur Kenntnis. Und das war's.

Glücksspiel gehört zu Ihren Agenden. Wollen Sie die abgeben? Sind Sie da noch handlungsfähig?

Zunächst einmal sehe ich überhaupt keine Handlungseinschränkungen. Darüber hinaus war das auch bei anderen beschuldigten Politikern im Amt keine Frage, ob man Agenden abgibt - etwa bei Werner Faymann oder Peter Kaiser. Außerdem haben wir schon vor dieser Situation im Regierungsprogramm festgelegt, dass die Vielfachrolle des Finanzministeriums aufgedrösel werden soll. Daran wird gearbeitet.

Was soll kommen und wann?

In dem Fall des Glücksspiels sollen Lizenzvergabe und Aufsicht in eine Behörde ausgelagert werden, die unabhängig und weisungsfrei ist, damit es nicht einmal die Möglichkeit von politischer Einflussnahme gibt. Wir entwickeln das gerade, werden das mit dem Koalitionspartner diskutieren und hoffentlich bald umsetzen.

Wie ist das Verhältnis mit dem gerade so?

Gut.

Das kommt bei uns anders an.

Ich würde da nicht zu viel hineininterpretieren. Ich habe jetzt schon mehrere Koalitionen erlebt, dass es immer wieder schwierige Phasen gibt, ist normal. Wenn man sich ansieht, was wir allein diese Woche etwa im Bereich der Wirtschaftshilfen auf den Weg gebracht haben, kann man das nur, wenn man gut miteinander arbeitet.

Sie spüren da kein Misstrauen?

Nicht in einem außergewöhnlichen Maß.

Sie sind auch Regierungskoordinator - in der ÖVP läuft es nicht so gut. Da wäre Wirtschaftsministerin Schramböck mit dem geflopten Kaufhaus Österreich; Ex-Arbeitsministerin Aschbacher und die Plagiatsvorwürfe. Gegen Sie wird ermittelt. Gegen Kurz vielleicht bald. Was ist da nur los?

Da werden einige Dinge, die gar nichts miteinander zu tun haben, vermischt. Insofern kann man jeden einzelnen Fall betrachten.

Auch als Finanzminister kommen keine schönen Zeiten auf Sie zu: Die Arbeitslosigkeit wird vielleicht sogar zuerst steigen statt sinken, wir erwarten eine Pleitewelle.

Ich gebe Ihnen recht, Finanzminister in der größten Pandemie seit 100 Jahren und in der größten Wirtschaftskrise seit Ende des Zweiten Weltkrieges zu sein, ist nicht witzig. Das ist eine große Herausforderung, der ich mich sehr gern stelle. Wenn man sich Daten und Fakten ansieht, ist viel gelungen. Es gab durch unsere Maßnahmen vergangenes Jahr 38 Prozent weniger Insolvenzen als im Jahr davor. Klar ist, wenn verschiedene Maßnahmen auslaufen, wird ein gewisser Nachholeffekt passieren. Wie groß der sein wird, ist noch nicht abschätzbar. Ich glaube aber, dass es in

den nächsten Jahren insgesamt zu weniger Insolvenzen kommen wird als zuvor. Ich würde also nicht von einer anstehenden Pleitewelle sprechen.

Wie kommen Sie darauf, dass es weniger Insolvenzen geben wird?

Weil es auch in den letzten Krisen immer so war. Warum? Weil die Staaten immer stark interveniert haben. Wir haben momentan ein Zinsniveau, das seit zehn Jahren sehr niedrig ist und so wie es aussieht auch niedrig bleiben wird. Das ermöglicht für viele

ein Weiterwirtschaften. Plus: Es ist extrem viel Geld in den Markt gepumpt worden, um ihn liquide zu halten. Plus: Es ist extrem viel Geld hineingepumpt worden, das nicht mehr zurückgezahlt werden muss. All diese Maßnahmen werden dazu führen, dass Druck von den Unternehmen genommen wird.

Es werden laufend Milliarden in die Wirtschaft gepumpt, aber man fragt sich schon, wer zahlt das?

Das Wachstum. Das Wichtigste ist, eine wachstumsorientierte Politik zu machen. Das geht nicht, solange es Geschäftsschließungen gibt, das ist klar. Aber, sobald die Pandemie so weit es geht bekämpft ist, werden wir ansetzen. Mit der Impfung ist hier eine Aussicht da - sie ist überhaupt ein Triumph gegen die Krankheit, der früher gekommen ist, als gedacht. Wenn die Schließungen weg sind, kommt die Wirtschaft zurück. Ich bin optimistisch, dass alles gut wird. @LU

>

„Die Presse“, 21.02.2021

Opposition zeigt Blümel an

Der Finanzminister bekommt weitere rechtliche Probleme. Er wurde wegen Falschaussagen im U-Ausschuss angezeigt. @LR von Anna Thalhammer

Die Opposition hat sich zu einer Anzeige wegen Falschaussage gegen Finanzminister Gernot Blümel zusammengetan und eine Sachverhaltsdarstellung an die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft geschickt. SPÖ, FPÖ und Neos sehen Differenzen zwischen dem, was Blümel im U-Ausschuss gesagt hat, und was die nun aufgetauchten SMS zeigen.

SPÖ, Neos und FPÖ monieren, dass Blümel angegeben habe, nicht zu wissen, ob Vertreter der Novomatic AG jemals in zeitlichem oder sachlichem Konnex zu einer möglichen Spende jemals Anliegen oder Wünsche ausgedrückt hätten. Er habe auch verschwiegen, dass er mit Novomatic über Aufsichtsratsbesetzungen in den Casinos gesprochen habe. Blümel habe behauptet, nicht zu wissen, ob es in Chats zwischen Schmid und Neumann Ende April 2019 um die Besetzung des Vorstandes der Casinos gegangen sei. Er habe auch verschwiegen, dass er mit Neumann zumindest seit 2012 in regelmäßigem Kontakt steht - und dass er tat-

sachenwidrig angegeben hat, dass er nicht wüsste, welche Themen er mit Neumann besprochen habe.

Erzürnte Opposition. "Ein U-Ausschuss ist kein Kaffeekränzchen. Falschaussagen haben Folgen, das gilt gerade auch für Minister", heißt es seitens der SPÖ zur "Presse". FPÖ-Fraktionsführer Christian Hafenecker sagt: "Die ÖVP macht unter Druck immer mehr Fehler, wie man nun auch bei Blümel sieht. Das Konstrukt der Vetternwirtschaft und Vorteilsannahme steht kurz vor dem Zusammenbruch und das ist gut so." Neos-Fraktionsführerin Stephanie Krisper sagt: "Die Wahrheitspflicht im U-Ausschuss ist - wie der Name schon sagt - keine unverbindliche Empfehlung, sondern ebenso Pflicht wie vor Gericht. Und genauso wie man vor Gericht nicht damit durchkommt, wenn man sich an wesentliche, klar belegbare Dinge einfach nicht erinnern will, sollte man hier damit auch nicht durchkommen. Dies wäre auch ein fatales Zeichen für alle künftigen Auskunftspersonen." @LU

16 **POLITIK am Sonntag**

Justiz: In der Koalition fliegen die Fetzen

Werner Kogler ließ WKStA klarstellen.

Gernot Blümel weiter unter Beschuss.

Krach wegen Blümel-Hausdurchsuchung Die ÖVP attackiert offen die Staatsanwälte Vizekanzler Kogler hält jetzt dagegen

ÖVP und Grüne streiten jetzt offen über die Hausdurchsuchung bei Minister Blümel.

Wien. Zwischen ÖVP und Grünen fliegen weiter die Fetzen. Um die Korruptionsstaatsanwaltschaft WKStA wird gestritten, als gäbe es kein Morgen. Die ÖVP ist empört, denn die WKStA ermittelt gegen den Finanzminister wegen des Verdachts der Bestechlichkeit. Blümel und der Glücksspielanbieter Novomatic bestreiten, Spenden für Interventionen erhalten bzw. geboten zu haben. Die Causa hat die Regierung an den Rand des Abgrunds manövriert: Einen Misstrauensantrag gegen Blümel haben die Grünen ja nur mit Bauchweh abgelehnt, ansonsten wäre die

Koalition geplatzt, wie Klubobfrau Sigrid Maurer erklärt (siehe rechts).

Kalendereintrag »KURZ« spaltet die Koalition

■ Freitag, 14.40 Uhr. Auftritt Verfassungsministerin Karoline Edtstadler: Angekündigt war eine Pressekonferenz zum neuen Bundesstaatsanwalt, stattdessen wiederholt die ÖVP-Ministerin den ÖVP-Vorwurf, der angebliche Hauptgrund für die Hausdurchsuchung, nämlich ein Termineintrag „KURZ“ im Kalendervon Novomatic-Gründer Johann Graf, sei weggefallen: Der Termineintrag soll ja laut Erklärung Novomatic-Aufsichtsrätin Martina Kurz gegolten haben.



Verfassungsministerin Karoline Edtstadler griff an.

■ Samstag, 9.51 Uhr. Das Justizministerium-Vertretungsminister ist Grünen-Chef Werner Kogler – kontert Edtstadler: „Der medial thematisierte Kalendereintrag „KURZ“ war kein entscheidender Grund für die Anordnung der Hausdurchsuchung“, widerspricht man der ÖVP-Darstellung. „Dieser Termin wird in der Anordnung, die zwölf Seiten umfasst, lediglich am Rande in nur einem Satz erwähnt.“

■ Samstag, 10.40 Uhr. Keine Stunde später schießt die ÖVP zurück, und wie! Die Erklärung des Ministeriums sei „irreführend“, die Akten der WKStA würden dem Minister widersprechen.

Pandemie rettet Koalition.

Zwar wurde von beiden Seiten betont, die Regierung sei keineswegs in Gefahr. Gäbe es aber nicht die Pandemie, die Regierung wäre wohl schon geplatzt. „Das hält nur noch, weil sich keiner Neuwahlen leisten kann“, so ein Insider.

Anzeige gegen Blümel. Die Opposition sorgt hingegen für noch mehr Ungemach: Sie zeigte Blümel an. Vorwurf: eine angebliche Falschaussage im Ibiza-U-Ausschuss. (gü)

Trotz Streit: Aus für Amtsgeheimnis

Einigung steht: Amtsgeheimnis wird ab 2023 abgeschafft.

EINIGUNG. Mit Verspätung hat sich die Regierung auf die Abschaffung des Amtsgeheimnisses geeinigt:

4 WOCHEN. Behörden sollen bis zu 4 Wochen Zeit haben, Anfragen zu beantworten, bei schwierigeren Auskünften 8 Wochen – gebührenfrei.

AUSNAHMEN. Das gilt nicht, wenn „Fragen der nationalen Sicherheit“ und personenbezogene Daten gefragt werden.

REGISTER. Eingerichtet wird ein Informationsregister, das Behörden, Kammern und staatsnahe Firmen umfasst. Der Rechnungshof darf Unternehmen bis 25 Prozent Staatsanteil prüfen.

POLITIK-INSIDER

VON ISABELLE DANIEL

Ministerrat: Kurz greift Grüne an

Der Kanzler sei, gelinde gesagt, „angefressen gewesen“, berichten Koalitionsinsider.

Wien. Am vergangenen Mittwoch entlud sich hinter den fest verschlossenen Türen des Kanzleramts im Ministerratssaal die Wut von Sebastian Kurz. Und diese richtete

sich gegen die Grünen: Sie sollten lieber arbeiten, statt „dauernd“ die ÖVP „anzugreifen“. „Ihr müsst euch entscheiden, ob ihr Oppositions- oder Regierungspolitik machen wollt“, ätzte der VP-Kanzler laut Sitzungsteilnehmern.



Maurer kontert. Was die anwesende grüne Klubchefin Sigrid Maurer nicht auf sich sitzen lassen wollte. Sie erneuerte daher ihre Kritik an der ÖVP: „Angriffe auf die Justiz“ seien „ein schlechter Stil“. Was wiederum die Türken geärgert habe.

Stimmung angespannt. „Schreiduelle“, wie von manchen kolportiert, habe es aber „nicht gegeben“, berichten beide Seiten inoffiziell. Der grüne Vizekanzler Werner Kogler soll den Streit jedenfalls „ruhig beobachtet“ haben. Die Stimmung in der Koalition ist

freilich bereits seit der Abstimmung von zwei Mädchen nach Georgien mehr als angespannt.

Grüne: »Das werden wir euch nicht vergessen«

Krach an der Achse. Damals soll es zwischen der bis dahin gut funktionierenden Achse zwischen Koglers Kabinettschef Stefan Wallner und dem Kommunikationschef von Kurz, Gerald Fleischmann, gekracht haben. Wallner soll der ÖVP klar gesagt haben: „Das werden wir euch nicht vergessen.“ Die Konflikte gehen weiter.



Maurer: »Dann wäre es zu Ende gewesen«

**Sigrid
Maurer**
kritisiert
die ÖVP hart.

**Grünen-Klubchefin
zu Causa Blümel &
Koalitionsklima**

» **ÖSTERREICH:** In unserem letzten Interview sagten Sie, die Koalition hält fünf Jahre. Hat sich das nach dem Streit um Abschiebungen und Blümel geändert?

SIGRID MAURER: Nein. Nur weil es Konflikte gibt, heißt das nicht, dass wir die Regierungsarbeit einstellen. Die Koalition kann bis 2024 halten.

ÖSTERREICH: Kann? Das ist also nicht sicher?

MAURER: Sicher ist nie was im Leben. Aber die Zusammenarbeit ist grundsätzlich stabil. Und nur weil es einmal einen härteren Konflikt gibt, sollte man nicht gleich die Zusammenarbeit beenden.

ÖSTERREICH: Sie haben vor der Misstrauensabstimmung gegen Finanzminister Blümel gesagt, dass die ÖVP ein gestörtes Verhältnis zum Rechtsstaat hat...

MAURER: Nein, ich habe gesagt, dass in den letzten Tagen dieser Eindruck entstanden ist.

» **ÖVP-Angriffe auf die Justiz sind nicht vertrauensbildend.** **«**

ÖSTERREICH: Die ÖVP reitet aber weiter Angriffe gegen die Justiz – Klubchef Wöginger etwa. Akzeptabel für Sie?

MAURER: Wir sind eine sehr stabile Demokratie. Wir haben Gewaltenteilung, und natürlich wird die Justiz auch diese Angriffe aushalten. Vertrau-

ensbildend ist das, denke ich, aber nicht.

ÖSTERREICH: Aber die Koalition wäre zu Ende gewesen, wenn die Grünen Blümel das Misstrauen ausgesprochen hätten?

MAURER: Ja.

ÖSTERREICH: Was müsste passieren, damit Sie ihm das Misstrauen aussprechen?

MAURER: Das wäre reine Spekulation. Die jetzige Faktenlage ist dafür nicht ausreichend, und ich habe keine Hinweise, dass sich das groß ändern würde.

ÖSTERREICH: Sie haben das Aus für das Amtsgeheimnis fixiert. Und die Parteifinanzierung? Darf der Rechnungshof künftig die Parteifinancen kontrollieren?

MAURER: Ich bin zuversichtlich, dass wir Ende März fertig sein werden. Wenn sich eine Verdachtslage ergibt – nehmen mir mal an, man will wissen, woher die Goldbarren der FPÖ kommen –, dann soll der Rechnungshof da nachschauen dürfen.

ÖSTERREICH: Sie wollen auch die Obergrenze für Wahlwerbung absenken. Was machen Sie, wenn das alles nicht kommen sollte?

MAURER: Wir sind für saubere Umwelt und saubere Politik gewählt worden. Das setzen wir auch um. Parteienfinanzierung und Informationsfreiheitsgesetz sind da zentrale Pfeiler: Die werden im ersten Halbjahr beschlossen. (gü)



„Ich hatte mein ganzes Leben verspielt“

Spieterschicksale. Auch Prominente waren der krankhaften Leidenschaft von Karten, Roulette & Co erlegen



GEORG MARKUS

Geschichten mit Geschichte

Aktuell ist das Glücksspiel durch Novomatic in aller Munde, historisch gesehen lockt es die Menschheit seit der klassischen Antike an. So fand man im Gebiet des ehemaligen Mesopotamiens sechsseitige Würfel aus Knochen und Elfenbein, die aus der Zeit um 3000 v. Chr. stammen. Auch im alten Rom setzten sich Glücksspiele, obwohl sie dort verboten waren, in allen Ständen durch. Die ersten Kartenspiele kamen im Mittelalter auf, und Maria Theresia führte die Lotterie in Österreich nach italienischem Vorbild ein, um auf diese Weise den zerrütteten Staatshaushalt zu sanieren.

Die ersten Casinos

Legendär sind die Schicksale russischer Großfürsten, die in einer Nacht am Kartentisch ganze Ländereien verloren, aber ebenso bedrückend ist das Elend der „kleinen Leute“, die an jedem Monatsersten ihren Lohn verspielten. Die Konzession für ein Spielcasino, sagt man, sei nur vergleichbar mit der Erlaubnis, Geld drucken zu dürfen. Der Roulette-tisch in seiner heutigen Form wurde im 17. Jahrhundert in Italien entwickelt, in Frankreich und Deutschland hat man Casinos abwechselnd erlaubt und verboten, wodurch Monte Carlo zum Spielerparadies werden konnte. Österreich war viel später dran, hier wurde das erste Casino 1934 im Hotel Panhans am Semmering eröffnet, wenige Wochen danach folgte der Spielbetrieb in Baden bei Wien.

Geld in die Sakkotaschen

In Monte Carlo nahmen sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts durchschnittlich 200 Personen pro Jahr das Leben, nachdem sie beim Roulette ihr Vermögen auf die falschen Zahlen gesetzt hatten. Die Casinoangestellten mussten den Leichen, die im Park vor den Spielsalons lagen, im Auftrag der Direktion Geldscheine in die Sakkotaschen stecken, damit der gute Ruf des Casinos gewahrt blieb. Man sollte annehmen, die Unglücklichen wären im monegasischen Spielerparadies aus Liebeskummer oder irgendeinem anderen Grund aus dem Leben geschieden.

Wirkliches Glück hatte hingegen der russische Großfürst Galizin, Anfang des 19. Jahrhunderts ein begeisterter Besucher Wiens, der innerhalb von zwei Stunden sein gesamtes Hab und Gut, inklusive aller Schlösser und deren Inventar, am Kartentisch verspielt hatte. Als selbst seine Pferde weg waren, bestand er auf der Feststellung, dass er deren wertvolles silberbeschlagenes Geschirr nicht mit eingesetzt hatte. Sein vom Glück ver-

wöhnter Gegner wollte den bankrott gegangenen Fürsten nicht noch mehr demütigen, und so spielte man eine weitere Runde, diesmal ums Geschirr. Dann passierte das Unglaubliche: Galizin gewann, man spielte weiter und der Fürst hatte, als der Morgen graute, seinen gesamten Besitz zurückgeholt.

Lessing und Schiller

Berühmte Spieler waren Gottfried Ephraim Lessing und Friedrich Schiller, der dem Kartenspiel so verfallen war, dass er den Satz prägte: „Der Mensch spielt nur, wo er in voller Bedeutung des Wortes Mensch ist, und er ist nur da ganz Mensch, wo er spielt.“

Katharina Schrratt verlor an den Roulette-tischen von Monte Carlo alljährlich so hohe Summen, dass sie die Heimreise erst antreten konnte, wenn ihr von Kaiser Franz Joseph aus Wien telegrafisch Geld überwiesen worden war. Er musste sie regelrecht auslösen, weil seine Freundin meist nicht einmal mehr in der Lage war, die Bahnkarte zu kaufen.

Zwölf Millionen Dollar

Der italienische Filmstar Vittorio De Sica starb schwer verschuldet, denn er hatte seine Millionengagen zeitlebens nur einer Bank anvertraut: der Spielbank. Zwölf Millionen Dollar verzockte sein Kollege Omar Sharif, der gesagt haben soll, er spiele lieber Bridge als eine schlechte Rolle. Dabei nahm er manch schlechte Rolle an, um seine Spielschulden begleichen zu können.

Fürs Bacara-Spiel begeisterte sich Frank Sinatra, der am Sands-Hotel in Las Vegas beteiligt war, in dem er auch als Sänger auftrat. Als der Mil-



Haushofer Roulette-Gewinner im Casino von Monte Carlo, um 1910: Solche Glückspilze sind in der Realität freilich eher die Ausnahme



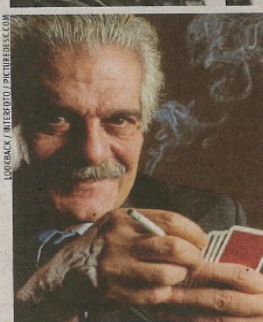
Fjodor Dostojewski, Autor des Romans „Der Spieler“ war selbst ein krankhafter Spieler

Der Kaiser musste sie im Casino auslösen: Roulette-spielerin Katharina Schrratt



Starb schwer verschuldet: der Schauspieler und Roulette-spieler Vittorio De Sica (links)

Gewann 20 Millionen Schilling in österreichischen Casinos: Playboy Gunter Sachs



„Ich spielte lieber Bridge als eine schlechte Rolle“: Schauspieler Omar Sharif (links) verlor 12 Millionen Dollar

Casino in Las Vegas musste zusperrern, weil er nicht mehr auftrat: Frank Sinatra



liardär Howard Hughes in den 1960er-Jahren das Sands mit seiner Spielhölle kaufte, gab er den Auftrag, Sinatra als Casinospieler nur noch einen Kredit von 3000 Dollar pro Nacht zu gewähren, während sein Limit unter dem früheren Management unbegrenzt war. Sinatra stieg aus dem Vertrag aus und trat statt im Sands im Konkurrenzbetrieb Caesars Palace auf. Die Folge war der tiefe Fall des Sands, das 1996 zusperren musste.

20 Millionen Schilling

Von einem ist noch zu berichten, der am Spieltisch das große Geld gemacht hat: der Playboy Gunther Sachs kassierte in den 1980er-Jahren in den Casinos von Salzburg, Seefeld und Baden mehr als 20 Millionen Schilling (wie viel er zu anderen Zeiten verloren hat, ist nicht überliefert).

Von solchem Glück träumt man eher als vom Unglück der Verlierer, deren Schicksal nirgendwo so brillant beschrieben ist wie in Dostojewskis Roman *Der Spieler*, in dem der Titelheld vom existenzvernichtenden Fieber spricht, das ihn befiel: „Abends ließ mir die Furcht eiskalt über den Rücken und ich begann, an Händen und Füßen zu zittern. Mit Entsetzen kam mir plötzlich zum Bewusstsein, was es jetzt für mich bedeutete, wenn ich verlieren würde. Ich hatte mein ganzes Leben verspielt.“

Alles verpfändet

Dostojewski wusste, wovon er schrieb, war er doch selbst dermaßen vom Spielteufel besessen, dass sogar seine Kleidungsstücke, der Schmuck seiner Frau und die Eheringe verpfändet wurden.

georg.markus@kurier.at



„www.leadersnet.at“, 21.02.2021

Das "Novomatic Forum" gehört nicht mehr der Novomatic

OLN NEWS, MEDIEN, FINANZ & IMMO, LEADERSNET.TV, KULTUR | 21.02.2021

Der Glücksspielkonzern hat das Gebäude zwischen Karlsplatz und Naschmarkt um einen zweistelligen Millionenbetrag verkauft.



© LEADERSNET/Mikkelsen

Novomatic hat sich das "Novomatic Forum" verkauft: Wie der Branchendienst *Immo 7 News* am Freitag berichtet, hat der Glücksspielkonzern das Art-Deco-Gebäude zwischen Karlsplatz und Naschmarkt gegenüber der Wiener Secession für rund 25 Millionen Euro an die LNR Projektentwicklung veräußert. Novomatic hat den Deal gegenüber der Nachrichtenagentur APA bestätigt.

Novomatic hatte die ehemalige Zentrale des Verkehrsbüros im Jahr 2007 für einen kolportierten Preis von rund zehn Millionen gekauft und in der Folge für Veranstaltungen genutzt und für diesen Zweck auch vermietet. Die Immobilie wurde 1922 bis 1923 von den Otto-Wagner-Schülern Hermann Aichinger und Heinrich Schmid errichtet. (as)

www.novomatic.com

„Österreich“, 20.02.2021

Novomatic- Forum für 25 Millionen verkauft

Novomatic-Forum
bleibt Event-Location.

Gebäude beim Naschmarkt geht an LNR Projektentwicklung

Glücksspielkonzern ordnet seine Struktur neu – und bestätigt Verkauf des Forums.

Wien. Gerüchte gab es schon länger, jetzt bestätigt der Glücksspielkonzern Novomatic den Verkauf des „Forum“-Gebäudes beim Wiener Naschmarkt. Kolportierter Preis: rund 25 Mio. Euro. Als Grund für den Verkauf nennt das Unternehmen die Konzentration auf das Kerngeschäft. Man

freue sich aber, „dass das Haus auch weiterhin ein Ort der Begegnung bleiben und für Veranstaltungen zur Verfügung stehen wird“. Laut dem Branchendienst immo7 News ist der Käufer die LNR Projektentwicklung um ihren Geschäftsführer Lukas Neugebauer. Er kaufte auch schon die alte Post im 7. Bezirk, um im 110 Jahre alten Gebäude Luxuswohnungen zu bauen.

Käufer:
LNR-
Chef
Neuge-
bauer.



Struktur. Novomatic ordnet zudem ihre Strukturen neu: Alle Vertriebsseinheiten leitet nun Jakob Rothwangl, die Produktion wird zentral von Walter Eschbacher gesteuert. Es gehe um mehr Effizienz und Synergie-Effekte.

„Kurier“, 20.02.2021

Neue Strukturen bei heimischem Glücksspielkonzern Novomatic

Der Glücksspielkonzern Novomatic hat seine Strukturen neu geordnet. Alle Vertriebs-einheiten werden unter Jakob Rothwangl, die Produktion unter Walter Eschbacher zentral gesteuert. Außerdem hat der Konzern sein „Forum“ zwischen Karlsplatz und Naschmarkt um 25 Mio. Euro verkauft hat.

➤ Verwechslung, eidesstattliche Erklärungen, falscher Termin ➤ Neuer Vorstoß

ÖVP-Duell gegen Justiz: Klare

Es ist unangenehm, vor allem für meine Frau und meine Eltern. Ich habe ihnen empfohlen, aktuell nicht so viele Medien zu lesen.

ÖVP-Finanzminister
Gernot Blümel zur
Causa Prima



Foto: SEPA Media | Martin Juen

Im politischen Match ÖVP gegen Korruptionsjäger nach der Hausdurchsuchung bei Finanzminister Gernot Blümel sind die Fronten ebenso klar wie verhärtet. Bei der Casino-Affäre geht es auch um eine vermeintliche Kurz-Namensverwechslung, eidesstattliche Erklärungen und einen nie stattgefundenen Abendtermin.

„Es ist alles sehr kompliziert“, sagte schon der frühere SPO-Kanzler Sinowatz. Für die Türkisen fußt die gerichtlich angeordnete Raz-

zia (s. auch Ausrisse re.) auf einer Namensverwechslung mit der Schwiegertochter von Novomatic-Milliardär Johann Graf, Martina Kurz.

Diese hat ja das Treffen mit dem Glücksspiel-Tycoon mit einer eidesstattlichen Erklärung bestätigt. Genau so wie Finanzminister Gernot Blümel, dass nie Spenden an die ÖVP oder parteinahe Vereine geflossen sind.

Zudem habe ein ebenfalls im Justiz-Akt befindliches Abendessen mit dem damaligen Novomatic-Chef Neumann über „Politische Prioritäten von Sebastian Kurz“ in einem feinen Innenstadtlitaniere nie stattgefunden, weil der Kanzler zeitgleich in einem TV-Wahlduell war. Also würde die Argumentation der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft „wie ein Kartenhaus zusammen brechen“.

Die angegriffenen Korruptionsjäger sehen freilich bei der Indizienkette auch die falsche Nähe des Spendenangebots, verbunden mit der Bitte um Hilfe bei Steuerproblemen in Italien, die es zu untersuchen gelte.

„Pinke Freunde“ betonen kritische Distanz

Neos und die Novomatic: „Mehrfach unverdächtig“

Nach dem Wirbel um SMS des damaligen Novomatic-Konzernsprechers an seinen Chef Neumann über eine Einladung und ein „positives Gespräch mit unseren pinken Freunden“ gehen die Neos in die Offensive. Die Betriebsführung habe nie stattgefunden, man

habe immer Wert auf kritische Distanz gelegt. „Aufgrund unserer zahlreichen Anträge für strengeres Glücksspiel sind wir mehrfach unverdächtig“, so Generalsekretär Donig. Bei den Neos würde es heißen: nichts geht, bei der ÖVP wohl eher: Ihr Einsatz bitte.

EHRlich GESAGT

HERR NIMMERWURSCHT

Es wurde entschieden, dass am 1. März entschieden werden soll, wann etwas im April entschieden werden soll.



Auch Grüne fordern nicht den Rücktritt des Bundesrates

Nach Anklage wegen Untreue: ÖVP lässt Himmer nicht fallen

Seit Tagen schießt sich die ÖVP wegen Ermittlungen gegen Finanzminister Gernot Blümel auf die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft ein. Nur leise Kritik übt die Volkspartei hingegen an der Staatsanwaltschaft Wien, die Bundesrat Harald Himmer anklagt. Fallen lässt ihn die ÖVP aber nicht.

„Bonzen quälen, Himmer wählen“ – mit diesem Slogan warb der Wiener ÖVP-Bundesrat Harald Himmer im Nationalratswahlkampf 1990 um die Gunst der Wähler. Dass sich Himmer demnächst just wegen Untreue vor Gericht verantworten wird müssen – die „Krone“ be-

richtete über die rechtskräftige Anklage der Staatsanwaltschaft Wien – sorgt für Spott und Häme.

Himmer, der die Vorwürfe bestreitet und für den die Unschuldsvermutung gilt, hat bislang nicht auf „Krone“-Anfragen reagiert. Auch von der ÖVP-Bundespartei und Wiens

ÖVP-Chef Gernot Blümel gibt es keinen Kommentar. Stattdessen rückte Wiens ÖVP-Klubobmann Markus Wölbitsch aus, stellte sich hinter Himmer und zweifelte die Anklage indirekt an.

Grünen-Klubchefin Sigrid Maurer meinte kürzlich, dass Blümel als Finanzminister abtreten muss, sollte er angeklagt werden. Ob sie auch Himmers Rücktritt fordert? Dieser sei nicht Teil der türkis-grünen Regierung, deshalb sei es „Sache der ÖVP, hier Schlüsse zu ziehen“. Sandra Schieder



Foto: www.picturedesk.com

Irmgard Griss leitet die Kindeswohl-Kommission.

für Bundesanwalt

Fronten

Gegen „kurze und schnelle Schlagzeilen“ startet die ÖVP nun ab kommenden Montag den Polit-Blog „Zur Sache“. Indes betonte Ex-Richterin und Kanzleramtsministerin Edtstadler gestern erneut die Wichtigkeit eines unabhängigen Bundesstaatsanwaltes, kritisierte zugleich mediale Vorverurteilung und verlangte die Übernahme von Kosten bei der Einstellung von „oft viel zu langen Verfahren“. CB

Gleicher Nachname, große Verwirrung: Martina & Sebastian Kurz – und der Termin bei Novomatic-Milliardär Graf. ☺

Fotos: NOVOMATIC/Sebastian Philipp, EXPA/Florian Schroetter

A. Zustandekommen des Treffens zwischen Mag. NEUMANN und KURZ bezüglich Spende?

Festzuhalten ist, dass zumindest im elektronischen Kalender des Mag. NEUMANN nach dem Chat vom 12. Juli 2017, in dem Mag. NEUMANN um ein Treffen mit KURZ mit der Bemerkung „Spende“ bat, kein solches Treffen in unmittelbarer zeitlicher Nähe eingetragen ist. Ein Termin im Terminkalender der persönlichen Sekretärin von GRAF, [REDACTED], weist aber einen Termin mit dem Betreff „Kurz“ für den 25. Juli 2017 aus.

Angemerkt wird, dass zum Zeitpunkt des Termins Mag. Martina KURZ Mitglied des Aufsichtsrats der NOVOMATIC AG war. Es findet sich jedoch bis auf diesen Termin kein anderer Termin mit „Kurz“. Nach derzeitigem Kenntnisstand ist daher kein Bezug zur Aufsichtsrätin Mag. KURZ erkennbar.

„Kurier“, 20.02.2021

Die Blümel-Akte umfasst 535 Seiten und zielt auch auf ÖVP-Chef Kurz ab

Wer wem schrieb und warum das Projekt Ballhausplatz im Fokus ist

Justiz. Der KURIER konnte Einsicht in den Akt nehmen, der zu der umstrittenen Hausdurchsuchung bei Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) führte.

Deutlich wird bei der Durchsicht, dass die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft mit ihren Ermittlungen eigentlich auf Kanzler Sebastian Kurz abzielt. Blümel war

zum nämlichen Zeitpunkt (2017) kein Amtsträger. Nur, wenn Blümel das „Spenden-Ansuchen“ von Ex-Novomatic-Boss Harald Neumann an Kurz weitergeleitet hätte – wovon die Staatsanwaltschaft ausgeht –, wird die Sache strafrechtlich relevant. Auch, wie sich die ÖVP finanziert hat, geht aus den Hunderten Seiten hervor.

POLITIK 6



Finanzminister Gernot Blümel,
Kanzler Sebastian Kurz



Die Novomatic-Akte der Staatsanwälte

Ermittlungen. Was dem Glücksspielkonzern, Gernot Blümel
und vielleicht auch Sebastian Kurz vorgeworfen wird.

Ein Blick in den 535 Seiten starken Akt



535 Seiten umfasst der Akt, in dem u. a. Chats und eMails zeigen, wie der Spielkonzern Novomatic die Nähe zur Politik gesucht hat. Im Zentrum steht dabei nicht Gernot Blümel – sondern Kanzler Kurz

K Analyse
VON IDA METZGER

Der Ermittlungsakt hat 535 Seiten. Seit Tagen wird der „Gernot Blümel“-Akt von sämtlichen politischen Parteien akribisch durchgeackert. Schon bei der Durchsicht der Anordnung zur Hausdurchsuchung ist klar: Der heutige Finanzminister fungierte gleichsam als Steigbügelhalter.

Die „KI-Person“ der Wirtschaft- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) – um es im Pandemie-Jargon zu formulieren – heißt nicht Blümel, sondern Sebastian Kurz.

42 Mal kommt der Name Sebastian Kurz in der Anordnung zur Hausdurchsuchung vor, der Name Gernot Blümel hingegen nur 23 Mal. Die WKStA benötigt Kurz vor allem in seiner Funktion als Außenminister (2013–2017), um bei Ex-Novomatic-Manager Harald Neumann und Blümel das Delikt der Bestechung und Bestechlichkeit prüfen zu können. Denn Blümel war 2017 nicht amtsführender Stadtrat in Wien – also kein Amtsträger.

Erst durch die Annahme der WKStA, dass Blümel das „Spenden-Ansuchen“ von Neumann über den damaligen Kabinettschef des Finanzministeriums an Außenminister

Kurz weitergeleitet hat, wird der Chatverlauf vom 12. Juli 2017 strafrechtlich relevant („Guten Morgen, ich hätte eine Bitte: Bräuchte einen kurzen Termin bei Kurz. erstens wegen Spende und zweitens bezüglich eines Problems, das wir in Italien haben“).

Die Gretchenfrage lautet: Hat Blümel, der langjährige Vertraute von Kurz und heutige Finanzminister, einen Vorteil für ein Amtsgeschäft angeboten bekommen?

Zur Erinnerung: Novomatic drohte in Italien eine emp-

findliche Steuernachzahlung von 40 Millionen Euro.

Ob das tatsächlich passiert ist oder nicht, kann die WKStA noch nicht mit Sicherheit behaupten. Bis jetzt gab es noch keine Zeugen- oder Beschuldigtenvernehmungen. Sie formuliert anhand von Indizien und Ausdrücken wie „lebensnahe Betrachtung“ oder „höchstwahrscheinlich“.

Wurde Kurz informiert?

So schreibt die WKStA beispielsweise über die Stunden nach dem Chatverlauf zwi-

schen Neumann, Blümel und dem damaligen Kabinettschef im Finanzministerium Thomas Schmid: „Was in diesen drei Stunden passierte, ist noch nicht im Detail bekannt. Jedenfalls gab es einen weiteren derzeit nicht näher feststellbaren Kontakt wahrscheinlich per Telefonat – zwischen Neumann und Blümel zu diesem Thema. Blümel informierte Kurz über das Angebot und akkordierte das weitere Vorgehen vor seinem Ersuchen an Schmid mit Kurz.“ Allerdings wird diese Behauptung der WKStA, dass Kurz informiert wurde, bis dato durch keinen einzigen Fund in den Chats bewiesen.

Was in den Chats gefunden wurde, ist der Versuch von Novomatic, Beziehungen auch in andere politische Lager – etwa zu Ex-SPÖ-Kanzler Alfred Gusenbauer – zu aktivieren (siehe Faksimile), um das Steuerproblem in Italien in den Griff zu bekommen.

Den Beteuerungen von Blümel, Kurz und Neumann, dass die ÖVP nie Spenden oder verdeckte Zahlungen von Novomatic angenommen habe, glaubt die WKStA nicht.

Aus Chats und eMails von Neumann geht hervor, dass man im Konzern wusste, dass die finanzielle Lage der ÖVP 2017 „ziemlich trist“ gewesen sei. In einer eMail vom 2. Juni 2017 schreibt Neumann, dass er sich bei Novomatic dafür einsetzte, dass die Konzernrichtlinie für Parteispenden geändert werden sollte. Diese sollten offengelegt werden.

Spenden an alle Parteien

Hinter dem mehrdeutigen Nachrichtenaustausch zwischen Neumann und dem damaligen Novomatic-Konzernsprecher K. („Hahaha... Pierer verdoppelt ÖVP-Spenden.“ Neumann: „Wir haben noch etwas besseres vor.“) Sprecher: „Ja [...] hab u. a. gerade den Brief

an die Parteien entworfen.“) soll laut KURIER-Informationen folgender Plan gesteckt haben: Der Ex-Novomatic-Chef wollte, dass der Konzern an alle Parteien spendet – allerdings mit der Auflage, dass der Betrag einem karitativen Zweck gewidmet werden soll.

Man wollte Parteien wie die Grünen provozieren, ob sie unter diesen Rahmenbedingungen eine Spende vom Glücksspielkonzern annehmen würden. Das Projekt wurde nicht bewilligt.

Was für die ÖVP aber jedenfalls unangenehm ist: Die WKStA hinterfragt, wie sich die Volkspartei finanziert. In den Beilagen des Strafaktes findet sich das „Projekt Ballhausplatz“ von Kurz. In diesem wollte man nach Vorbild des Bundespräsidentenwahlkampfes von Irmgard Griss Spender anwerben. Potenzielle Spender und Überlegungen zu geplanten Ministerbesetzungen finden sich ebenfalls im Akt.

Spenden sammeln war im Wahlkampf 2017 erlaubt. Nicht erlaubt: Wenn Spender dafür Posten oder Einfluss auf das Regierungsprogramm bekommen hätten. Derzeit gehen Ermittler der Frage nach, ob es finanzielle Zuwendungen über andere Konstruktionen wie Vereine und Agenturen gegeben haben könnte.

• Vertreter der NOVOMATIC AG, nämlich Mag. NEUMANN, GRAF und Mag. [REDACTED], trafen sich – teils regelmäßig – mit hochrangigen Vertretern der ÖVP, nämlich mit Mag. BLÜMEL, MBA und zumindest seit dessen Machtübernahme in der ÖVP auch mit KURZ. Diese Treffen weisen großteils einen ausdrücklich deklarierten Bezug zur CASAG auf, teilweise ist aufgrund der Chronologie und im zeitlichen Umfeld befindliche Kommunikation ein solcher sehr naheliegend.

Am 15. Mai 2017 teilte Mag. [REDACTED] Mag. NEUMANN mit, dass KURZ einen „ganz wichtigen achten Punkt vergessen“ habe, nämlich „die Finanzierung der Bundespartei.“ Dort sei es „ziemlich trist“. Die Spenden würden „überschaubar bleiben“ auch wenn KURZ ein „crowd financing wie damals grüss anstrebe“ (ON 1118 S.4). Mag. NEUMANN war somit bekannt, dass Sebastian KURZ finanzielle Mittel benötigen würde.

Am 2. Juni 2017 setzte sich Mag. NEUMANN intern im NOVOMATIC-Konzern dafür ein, dass die Konzernrichtlinien zu Parteispenden insofern geändert werden sollten, dass offene Parteispenden zulässig sein sollten (ON 1118 S.6).

Machtübernahme und Spenden: Faksimile aus dem Akt und der Anordnung zur Razzia bei Blümel

„Standard“, 20.02.2021

Österreichisches Roulette

Novomatics guter Draht zur Politik ist seit Jahren ein Thema für Ermittler und Medien. Über Berater, Aufsichtsräte und viel Geld verschafft sich Europas größter Glücksspielkonzern Gehör. Meistens nicht auf die sanfte Tour.

Renate Graber, Andreas Schnauder



Fotos: Picturedesk.com / Alex Iskakov, APN / Helmut Springer (3)

Harald Neumann ist nicht der erste Novomatic-Chef, der gute Verbindungen zur Politik unterhielt.

Es waren hitzige Tage im Juli 2006 im österreichischen Parlament. Dort wurde am letzten Sitzungstag vor der Sommerpause und kurz vor der Nationalratswahl überfallsartig ein Antrag eingebracht, mit dem das Monopol der Casinos Austria im zukunftssträchtigen Onlineglücksspiel geknackt werden sollte. Auch ein gewisser Karl-Heinz Grasser war in die Nacht- und Nebel-Aktion involviert. Beim Finanzminister der ÖVP-BZÖ-Koalition war zuvor dessen Trauzeuge Walter Meischberger vorstellig geworden, um ihm die „Liberalisierung“ des Glücksspiels schmackhaft zu machen.

Hinter den Plänen stand die Novomatic, die sich ein Stück vom Casinos-Kuchen abschneiden wollte. Die Aktion wurde vom damaligen Konzernchef Franz Wohlfahrt orchestriert, der dann die Telekom Austria ins Boot holte. Ein teilstaatlicher Konzern als Nutznießer sollte bei der Politik gut ankommen. Letztlich stoppte Christian Konrad das Vorhaben. Der damalige Generalanwalt von Raiffeisen – der grüne Riese war Aktionär der Casinos Austria – warf sein ganzes Gewicht in die Waagschale, um die Novelle zu vereiteln.

Die ÖVP-Abgeordneten bekamen prompt kalte Füße, die von Novomatic intern „Glücksspielmonopol Game Over“ titulierte Attacke schlug fehl. Später wurde gegen Meischberger, Grasser und Wohlfahrt wegen Verdachts der Bestechung ermittelt. Teile des Lobbyistenhonorars könnten – so die These der Staatsanwälte – an Grasser weitergereicht worden sein. Das Verfahren wurde 2017 eingestellt: Trotz umfassender Befragung von Abgeordneten konnte nicht eruiert werden, wer den Abänderungsantrag verfasst und eingebracht hatte. Die meisten Auskunftspersonen hatten dazu keine Wahrnehmung.

Scheckbuchpolitik

Was bleibt, ist ein weiterer Hinweis auf die Praktiken der Novomatic, der besonders aufwendiges Lobbying nachgesagt wird. Die Dimensionen der Scheckbuchpolitik der Niederösterreicher gelten als unerreicht, die engagierten Lobbyisten als besonders einflussreich und für jede gewünschte Richtung passend. Wie gut die politische Vernetzung ist, zeigte sich unter anderem bei einer Vergabe von drei Kasinolizenzen in Ostösterreich unter dem damaligen Finanzminister Michael Spindelegger (ÖVP). Obwohl die Casinos Austria favorisiert worden war, setzte sich Novo-

matic mit zwei von drei Spielstandorten durch. Davor hatten sich dem Vernehmen nach die damaligen Landeshauptleute Erwin Pröll (ÖVP) und Michael Häupl (SPÖ) für die Gumpoldskirchner ins Zeug gelegt. Spindelegger lässt diese Darstellung dementieren und verweist zudem auf die Glücksspielzuständigkeit der damaligen Staatssekretärin Sonja Stessl (SPÖ). Die Vergabe der drei Lizenzen wurde später von Gerichten wegen Intransparenz gekippt.

Das Novo-Netz ist engmaschig. Der frühere SPÖ-Innenminister Karl Schlögl saß acht Jahre im Aufsichtsrat der Novomatic. EU-Kommissar Johannes Hahn (ÖVP) war im Vorstand des Konzerns tätig, der deutsche Ex-Finanzminister Theo Waigel wurde für die Aufsichtsratspitze der Tochter Löwen Entertainment rekrutiert. Vor drei Jahren wollte der Konzern Ex-Finanzminister Hans Jörg Schelling in Deutschland als Aufsichtsratsmitglied gewinnen. Alfred Gusenbauer wurde häufig für den Glücksspielkonzern aktiv, wenn die Kontakte des roten Ex-Kanzlers nützlich waren.

Gusenbauers Einsätze

Gusenbauer wurde auch wegen des Steuerproblems in Italien zurate gezogen, eine Nachzahlung von bis zu 60 Millionen Euro drohte. Die Nachforderung war Gegenstand der Nachricht von Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann an Gernot Blümel, die zur Hausdurchsuchung beim Finanzminister führte. Ein Novomatic-Vorstand schrieb an Gusenbauer, man prüfe, ob eher auf politischer oder Beamtenebene angesetzt werde.

Für ein besseres Entrée sollen zudem Novomatic-Zahlungen in viele Richtungen sorgen. Man sponsert so ziemlich alles, seien es kulturelle, sportliche oder karitative Einrichtungen. Parteizeitungen werden mit Inseraten bedacht, Vereine wie das FPÖ-nahe Institut für Sicherheitspolitik erhielten ebenso Kooperationszuwendungen wie das ÖVP-nahe Alois-Mock-Institut. Der frühere Pressesprecher chattete 2017 vor der Parteiübernahme durch Sebastian Kurz mit Neumann über die angebliche Intention des Unternehmers Stephan Pierer, Kleinspenden an die ÖVP verdoppeln zu wollen. Neumanns Antwort: „Wir haben noch etwas Besseres vor.“

Neumann weilt derzeit in Australien, dort muss er noch aufräumen: Unter der Ägide des als extrem ehrgeizig beschriebenen Managers hat Novomatic den australischen Branchenriesen Ainsworth Game Technology (AGT)

„Wir prüfen gerade, ob hier besser auf politischer oder Beamtenebene angesetzt werden kann.“

E-Mail eines Novomatic-Managers an Alfred Gusenbauer

übernommen, und den gilt es nun zu sanieren. Neumann hat den Novo-Chefsessel Anfang 2020 verlassen, als die Causa Casinos/Novomatic und der Verdacht des Postenschachers und Gesetzeskaufes schon länger am Köcheln waren. Australien dürfte ein Grund für die Trennung gewesen sein. Unterschiedliche Auffassungen zur Strategie des Glücksspielkonzerns – weitere Expansion auf dem Weltmarkt, wie Neumann sie anstrebte, oder Konzentration auf Europa, wofür „der Professor“ Graf war – sollen für den Abgang mitverantwortlich gewesen sein.

Neumann handelte sich bei der „Novo“ den Ruf eines Brachialmanagers ein. Seine Mitarbeiter, die ihn vor allem aus der weiten Entfernung oder Interviews in Medien kannten, band er in seine Vorhaben gar nicht oder spät ein. Mit Novomatic-Gründer Johann Graf, der sich vom Fleischhauer zu einem der reichsten Österreicher hinaufgearbeitet hat und dem auch nicht gerade Samthandschuhmethoden nachgesagt werden, krachte Neumann oft zusammen.

Im Gegensatz zu anderen Mitarbeitern habe sich der Reserveoffizier der Miliz und Vater von vier Kindern (aus zwei Ehen) bei Meinungsverschiedenheiten keine Zurückhaltung auferlegt. Trotzdem: Neumann durfte sich über drei Schenkungen von Graf freuen, einer seiner nahen Verwandten über eine.

Blaue Freunde

Seine blauen Freunde, die er über seine zweite Frau gewonnen hat, habe er für seine Vorhaben genauso genützt wie alle anderen Mitglieder seines dichtmaschigen Beziehungsnetzes, heißt es. „Wen er gekannt hat, hat er angerebet“, um zu seinen Zielen zu kommen, erklärt ein Bekannter Neumanns. Also etwa auch Blümel. Über ihn wollte Neumann einst, als er in eine Telekomaffäre involviert war, Ex-Justizminister Wolfgang Brandstetter einen Brief zukommen lassen. Ob es je dazu kam, ist aber nicht überliefert.

Intervenieren ließ der (frühere) Boxer, Golfer, Jäger und (heutige) Fitnesscenterkunde Neumann auch für einen nahen Verwandten, der beim Bundesheer den Lkw-Führerschein machen wollte. In dem Fall soll letztlich Niederösterreichs Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) geholfen haben. Auch sie ist eine Bekannte Neumanns – immerhin ist die Novomatic mit Sitz in Gumpoldskirchen einer der großen Arbeitgeber in Niederösterreich.

„Standard“, 20.02.2021



Foto: Regine Herlich

„Die Staatsanwaltschaft wird politisiert“

Werner Pleischl, Ex-Weisungsratschef, fürchtet, dass ein Bundesstaatsanwalt von allen Seiten angegriffen würde. Die WKStA tue nur ihre Arbeit.

INTERVIEW: Renate Graber

Leistet sich die Wirtschaft- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) „Verfehlungen“, wie der Kanzler sagt? Werner Pleischl, einst Generalprokurator und Chef des Weisungsrats, findet nicht.

STANDARD: Die ÖVP kritisiert die WKStA scharf, jüngster Anlass war die Hausdurchsuchung bei Finanzminister Gernot Blümel. Ein unberechtigter Angriff auf die Justiz?

Pleischl: Man kann die Justiz schon kritisieren. Jeder macht Fehler, man muss nur daraus lernen. Bei der Kritik an Hausdurchsuchungen wird aber außer Acht gelassen, dass die richterlich genehmigt waren.

STANDARD: Der Kanzler ortet Verfehlungen der WKStA. Sie auch?

Pleischl: Der Zusammenhang ist der: Ein Vertrauter des Kanzlers wird in Untersuchung gezogen, der Kanzler greift sehr massiv die WKStA an, obwohl die Hausdurchsuchung richterlich genehmigt wurde. Ich sehe überhaupt keine Verfehlungen, im Gegenteil. Es gibt rund um die Causa Ibiza Hinweise auf Spenden im sechsstelligen Bereich, das erregt den Verdacht, dass sie Gegenleistungen bezweckten. In der konkreten Mail (Novomatic-Chef Neumann an ÖVP-Wien-Chef Blümel, Anm.) ist das durch enge grammatikalische Verbindung sogar verknüpft – und daher muss die Staatsanwaltschaft dem Verdacht nachgehen.

STANDARD: Die ÖVP stellt die WKStA als rote Partie dar. Wie sieht das der rote Ex-Chef der OStA Wien und Ex-Generalprokurator Pleischl?

Pleischl: Absurd, einfach absurd. Die Staatsanwaltschaft ist nicht politisiert, sie wird politisiert. Die WKStA wird von Politikern als politisch motiviert dargestellt, weil die in Lagern denken: „Einer von uns wird in Untersuchung gezogen, und daher sind die Staatsanwälte von der anderen Seite.“

STANDARD: Sie kamen 1975 in die Justiz. Gab es dieses Lagerdenken nicht früher auch?

Pleischl: Hier geht's nicht um Kritik, sondern um Anschuldigungen. Das habe ich in dieser pauschalen und massiven Art nie erlebt. Dabei war es die ÖVP, die eine WKStA wollte. Und so eine Antikorruptionsbehörde gewinnt halt im Lauf der Zeit glücklicherweise an Eigenständigkeit. Jetzt ist das offenbar manchen zu viel geworden.

STANDARD: Ist die WKStA zu selbstbewusst geworden?

Pleischl: Sie macht zu sehr das, wofür sie da ist, denn sie muss jedem

Anfangsverdacht nachgehen. Das heißt aber noch lange nicht, dass es eine Anklage oder gar eine Verurteilung geben wird. Sie kann nicht sagen: „Oh, das ist der Finanzminister, da machen wir nichts.“ Wir sind in einem Rechtsstaat. Dazu kommt, dass die Politik die Justiz als Kampfmittel instrumentalisiert: Man macht ein furchtbares Theater, wenn jemand von einer anderen Partei in Verdacht gerät, dabei kann das jedem passieren.

STANDARD: Ex-WKStA-Staatsanwältin Christina Jilek sieht die Behörde in einem politischen Korsett. Können Sie das nachvollziehen?

Pleischl: Sie kritisierte vor allem die vielen Berichte, die die WKStA schreiben muss; Weisungen gibt's ja nicht so viele. Berichte zu schreiben ist sehr aufwendig. Und wenn man den siebenten schreiben muss, statt untersuchen zu können, muss man annehmen, dass die Oberbehörde an der Untersuchung nicht viel Freude hat. Da kann man sich schon unter Druck gesetzt fühlen.

STANDARD: In der Justiz sind zuletzt unglaubliche Dinge geschehen, auf of-

fener Bühne wurde ein Streit zwischen WKStA, OStA und dem damaligen Strafsektionschef Christian Pilnacek ausgetragen, der in gegenseitigen Anzeigen gipfelte. So was je erlebt?

Pleischl: Ich habe so etwas in mehr als 40 Jahren nicht erlebt. Es gab mehr Respekt, heute ist man lockerer und offener im Umgang, und das ist auch gut so. Aber wenn der gegenseitige Respekt ganz fehlt, schlägt sich das auch bei Diskussionen über Fachliches nieder. Man muss ja auch nicht immer einer Meinung sein. Ich war auch oft nicht einer Meinung mit Pilnacek, aber wir haben einander nie so befehligt. Ich glaube, die WKStA fühlt sich mit ihrer schwierigen Aufgabe von allen Seiten unter Druck gesetzt, und irgendwo muss der Druck raus – oder die Mitarbeiter laufen alle davon.

STANDARD: Wie ändert man das?

Pleischl: Indem man die Arbeit der WKStA anerkennt und sie nicht nur Berichte schreiben lässt. Die Ministerin hat nun einmal Ruhe hineingebracht, mit der neuen Strafsektionsleiterin dürfte es besser laufen. Es gibt halt einen grundsätzlichen Widerspruch: Die Staatsanwälte se-

hen sich als unpolitisch, sind aber der Politik weisungsgebunden. Und die Politik hat bestimmte Interessen, während die Staatsanwaltschaft ausschließlich dem Gesetz und der Gerechtigkeit zu dienen hat.

STANDARD: Die ÖVP will nun nach 20 Jahren Ablehnung die Weisungskette abschaffen und einen unabhängigen Bundesstaatsanwalt. Gut so?

Pleischl: Wenn der unabhängige Bundesstaatsanwalt der parlamentarischen Kontrolle unterliegt, wenn er sich dort für alles rechtfertigen muss, was er tut und was er nicht tut, dann tut mir diese Person schon jetzt leid. Dann ist das eine Farce, dann steht der Bundesstaatsanwalt allein auf weiter Flur da, und man wird ihn prügeln wie einen Watschenmann. Das Schlimmste wäre die Kontrolle laufender Verfahren durchs Parlament.

STANDARD: Was wäre besser?

Pleischl: Ich bin für einen Bundesstaatsanwalt, der unabhängig vom Parlament ist. Die Kontrolle seiner Schritte durch die Gerichte muss genügen, und im Nachhinein kann es dann auch Berichte ans Parlament

geben, so wie beim Rechnungshof. Wenn man eine breite Zustimmung im Parlament hat, wird sich für den Posten jemand finden, der sich auskennt. Diese Person wird auch unabhängig agieren, so wie die Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs.

STANDARD: Wer soll den Bundesstaatsanwalt kontrollieren?

Pleischl: Ein Gremium aus Rechtsprofessoren, Anwälten und Richtern, das Entscheidungen auf rechtliche Fehler hin prüfen könnte. Wo bei ich trotzdem befürchte, dass man diese Person fertigmachen wird. Ein Bundesstaatsanwalt muss ständig entscheiden, nach zwei Jahren hat er oder sie halb Österreich gegen sich. Jede Entscheidung ist auch gegen jemandes Interesse – und der kann den Bundesstaatsanwalt dann uneingeschränkt angreifen. Wer hält das zwölf Jahre aus?

WERNER PLEISCHL (70) war Richter, Leiter der Oberstaatsanwaltschaft Wien, Generalprokurator und Chef des Weisungsrats. Seit Ende 2016 ist er im Ruhestand.

Langfassung auf [derStandard.at/Innenpolitik](https://derstandard.at/Innenpolitik)
Geschäftsmodell Novomatic Seite 25

„Standard“, 20.02.2021

Die Kurz-Verwechslung war kein grober Fehler

Die ÖVP sah die Ermittlungen der WKStA zusammenbrechen, als klar wurde, dass der Novomatic-Chef nicht Kanzler Kurz, sondern seine namensgleiche Schwiegertochter getroffen hat. Juristen sehen das ganz anders.

Gabriele Scherndl, Gerald John, Sebastian Fellner

Johann Grafs Termin mit einer Person namens „Kurz“ war also definitiv eine Familienangelegenheit. Der Novomatic-Chef soll bei dem betreffenden Kalendereintrag seine Schwiegertochter Martina Kurz gemeint haben, sagt diese in einer eidesstattlichen Erklärung, nicht den damaligen Außenminister und jetzigen Kanzler Sebastian Kurz.

Es ist nicht so, als hätte die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft das nicht mitbedacht, immerhin merkte sie in einem Aktenvermerk an, dass eine Martina Kurz existiert. Und doch war es Grund genug für manche Medien und die ÖVP, der Hausdurchsuchung bei Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) die Grundlage abzuspüren. Von einer „Schlamperei“ der WKStA war da zu lesen und davon, dass diese nun „Erklärungsbedarf“ habe.

„Wie ein Kartenhaus“ seien die Ermittlungen zusammengefallen, meinte auch ÖVP-Klubobmann August Wöginger, die Opposition widersprach prompt und vehement. Die Grünen mahnten zur Ruhe und forderten, die Ermittler ihre Arbeit machen zu lassen.

„Nur ein Mosaiksteinchen“

Juristen untermauern nun den Aufschrei der Opposition. DER STANDARD hat mehrere namhafte Expertinnen und Experten um ihre Einschätzung gebeten, ob die Kurz-Verwechslung tatsächlich die Ermittlungen infrage stellt. Der Tenor der Antworten: nein.

So meint etwa Rupert Wolff, der Präsident des Österreichischen Rechtsanwaltskammertages (Örak), der Termin – egal mit wem und ob es ihn gab – spiele kaum eine Rolle. „In Wahrheit geht es aus meiner Sicht überhaupt nicht darum nachzuforschen, ob der Termin mit dem Bundeskanzler stattgefunden hat, sondern darum, ob es zu einer finanziellen Zuwendung aus der Sphäre der Novomatic in die Sphäre der ÖVP kam“, sagt Wolff und betont, dass diese Frage auch etwaige Spenden z. B. an das ÖVP-nahe Alois-Mock-Institut miteinschließe. Für alle in die Ermittlungen Involvierten gilt die Unschuldsvermutung.

Warum der Termin dann überhaupt – wenn auch nur mit zwei Zeilen – seinen Weg in die Anordnung zur Hausdurchsuchung gefunden haben könnte? Wohl zur Untermauerung, meint Wolff. Aus Sicht der ermittelnden Staatsanwaltschaft sei es nachvollziehbar, dass diese den Eindruck hatte, hier habe es Interventionen gegeben. Eine Richterin formuliert das so: „Die Smoking Gun ist das sicher nicht“, vielmehr sei der Termin „einer von vielen Hinweisen“ und „keinesfalls der Grund für die Hausdurchsuchung“.

„Es handelt sich um ein Mosaiksteinchen, das keine wesentliche Rolle für die Beurtei-



Die WKStA muss immer wieder heftige Kritik aus der Politik aushalten. Im Fall des Kurz-Termins ist sie nicht berechtigt, sagen namhafte Juristen.

lung des Sachverhalts spielt“, sagt auch Helmut Fuchs, emeritierter Professor am Institut für Strafrecht an der Universität Wien, zu dem umstrittenen Satz. Allerdings merkt er an: „Ich halte die Verdachtslage, so wie sie in der Anordnung dargelegt wird, für dünn. Als Richter hätte ich diese Hausdurchsuchung wohl nicht genehmigt.“

Fuchs weist etwa darauf hin, dass Novomatic offenbar schon Spenden an die ÖVP erwogen hat, bevor das steuerliche Problem in Italien aufgetaucht ist. Da sei es erklärbar, wenn der Unternehmenschef bei einem Termin beides besprechen wolle, ohne dass die Absicht auf ein Gegengeschäft dahinterstecke. Frank Höpfel, Professor am Strafrechtswissenschaftlichen Institut der Universität Wien, meint ebenso, die Passage zum Kurz-Termin sei „für die Hausdurchsuchung nicht relevant“.

Friedrich Forsthuber, Präsident des Landesgerichts für Strafsachen Wien, hingegen betont: Die einzige Möglichkeit, um seriös zu klären, ob die Voraussetzungen für die Hausdurchsuchung gegeben waren, wäre eine Beschwerde Blümels gegen den richterlichen Beschluss. Blümel schloss das aus, er wolle das Verfahren nicht verzögern, sagt er.

WISSEN

Unabhängiger Bundesstaatsanwalt

Jahrzehntelang hat sich die ÖVP gegen die Idee gewehrt, nun fordert sie die Einführung vehement: Nicht mehr die Justizministerin soll an der Spitze der Weisungskette für die Staatsanwälte stehen, sondern ein unabhängiger Bundesstaatsanwalt. Wie dieser neu zu schaffende Posten ausschauen soll und wer über seine Besetzung entscheidet, ist noch unklar. In einer gemeinsamen Petition fordert aber eine Reihe von namhaften Juristen die vollständige Unabhängigkeit von der Politik ein. In der aktuellen Diskussion rund um die Angriffe der Volkspartei auf die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft fordern unter anderem die Vertreterinnen von Richtern und Staatsanwälten, die Justiz „von politischen Zwischenschritten, Angriffen und Einflussnahmen frei zu halten“. Eine unabhängige Justiz sei „der Garant“ für den Rechtsstaat, man müsse ihr und den Ermittlungsbehörden aber auch die dafür notwendige Unabhängigkeit einräumen.

„www.derstandard.at“, 20.02.2021

Wie Novomatic die Scheckbuchpolitik perfektioniert hat

Novomatic verschafft sich seit Jahren mit Beratern, Aufsichtsräten und viel Geld Gehör. Meistens nicht auf die sanfte Tour

Renate Graber, Andreas Schnauder



Bei Novomatic in Gumpoldskirchen weiß man, wie man sich in mächtigen Kreisen Gehör verschafft.

Es waren hitzige Tage im Juli 2006 im österreichischen Parlament. Dort wurde am letzten Sitzungstag vor der Sommerpause und kurz vor der Nationalratswahl überfallsartig ein Antrag eingebracht, mit dem das Monopol der Casinos Austria im zukunftssträchtigen Onlineglücksspiel geknackt werden sollte. Auch ein gewisser Karl-Heinz Grasser war in die Nacht-und-Nebel-Aktion involviert. Beim Finanzminister der ÖVP-BZÖ-Koalition war zuvor dessen Trauzeuge Walter Meischberger vorstellig geworden, um ihm die "Liberalisierung" des Glücksspiels schmackhaft zu machen.

Konrad sprach ein Machtwort

Hinter den Plänen stand die Novomatic, die sich ein Stück vom Casinos-Kuchen abschneiden wollte. Die Aktion wurde vom damaligen Konzernchef Franz Wohlfahrt orchestriert, der dann die Telekom Austria ins Boot holte. Ein teilstaatlicher Konzern als Nutznießer sollte bei der Politik gut ankommen. Letztlich stoppte Christian Konrad das Vorhaben. Der damalige Generalanwalt von Raiffeisen – der grüne Riese war Aktionär der Casinos Austria – warf sein ganzes Gewicht in die Waagschale, um die Novelle zu vereiteln.

Die ÖVP-Abgeordneten bekamen prompt kalte Füße, die von Novomatic intern "Glücksspielmonopol Game Over" titulierte Attacke schlug fehl. Später wurde gegen Meischberger, Grasser und Wohlfahrt wegen Verdachts der Bestechung ermittelt. Teile des Lobbyistenhonorars könnten – so die These der Staatsanwälte – an Grasser weitergereicht worden sein. Das Verfahren wurde 2017 eingestellt: Trotz umfassender Befragung von Abgeordneten konnte nicht eruiert werden, wer den Abänderungsantrag verfasst und eingebracht hatte. Die meisten Auskunftspersonen hatten dazu keine Wahrnehmung.

Scheckbuchpolitik

Was bleibt, ist ein weiterer Hinweis auf die Praktiken der Novomatic, der besonders aufwendiges Lobbying nachgesagt wird. Die Dimensionen der Scheckbuchpolitik der Niederösterreicher gelten als unerreicht, die engagierten Lobbyisten als besonders einflussreich und für jede gewünschte Richtung passend.

Wie gut die politische Vernetzung ist, zeigte sich unter anderem bei einer Vergabe von drei Kasinolizenzen in Ostösterreich unter dem damaligen Finanzminister Michael Spindelegger (ÖVP). Ob-

wohl die Casinos Austria favorisiert worden war, setzte sich Novomatic mit zwei von drei Spielstandorten durch. Davor hatten sich dem Vernehmen nach die damaligen Landeshauptleute Erwin Pröll (ÖVP) und Michael Häupl (SPÖ) für die Gumpoldskirchner ins Zeug gelegt.

Spindelegger dementiert

Spindelegger lässt diese aus guter Quelle stammende Darstellung dementieren und verweist zudem auf die Glücksspielzuständigkeit der damaligen Staatssekretärin Sonja Stessl (SPÖ). Die Vergabe der drei Lizenzen wurde später von Gerichten wegen Intransparenz gekippt.

Das Novo-Netz ist engmaschig. Der frühere SPÖ-Innenminister Karl Schlögl saß acht Jahre im Aufsichtsrat der Novomatic. EU-Kommissar Johannes Hahn (ÖVP) war im Vorstand des Konzerns tätig, der deutsche Ex-Finanzminister Theo Waigel wurde für die Aufsichtsratsspitze der Tochter Löwen Entertainment rekrutiert. Vor drei Jahren wollte der Konzern Ex-Finanzminister Hans Jörg Schelling in Deutschland als Aufsichtsrat gewinnen. Alfred Gusenbauer wurde häufig für den Glücksspielkonzern aktiv, wenn die Kontakte des roten Ex-Kanzlers nützlich waren.

Gusenbauers Einsätze

Gusenbauer wurde auch wegen des Steuerproblems in Italien zurate gezogen, eine Nachzahlung von bis zu 60 Millionen Euro drohte. Die Nachforderung war Gegenstand der Nachricht von Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann an Gernot Blümel, die zur Hausdurchsuchung beim Finanzminister führte. Ein Novomatic-Vorstand schrieb an Gusenbauer, man prüfe, ob eher auf politischer oder Beamtenebene angesetzt werde.

Für ein besseres Entrée sollen zudem Novomatic-Zahlungen in viele Richtungen sorgen. Man sponsert so ziemlich alles, seien es kulturelle, sportliche oder karitative Einrichtungen. Parteizeitungen werden mit Inseraten bedacht, Vereine wie das FPÖ-nahe Institut für Sicherheitspolitik erhielten ebenso Kooperationszuwendungen wie das ÖVP-nahe Alois-Mock-Institut. Der frühere Pressesprecher chattete 2017 vor der Parteiübernahme durch Sebastian Kurz mit Neumann über die angebliche Intention des Unternehmers Stephan Pierer, Kleinspenden an die ÖVP verdoppeln zu wollen. Neumanns Antwort: "Wir haben noch etwas Besseres vor."

Neumann weilt derzeit in Australien, dort muss er noch aufräumen: Unter der Ägide des als extrem ehrgeizig beschriebenen Managers hat Novomatic den australischen Branchenriesen Ainsworth Game Technology (AGT) übernommen, und den gilt es nun zu sanieren. Neumann hat den Novo-Chefsessel Anfang 2020 verlassen, als die Causa Casinos/Novomatic und der Verdacht des Postenschachers und Gesetzeskaufes schon länger am Köcheln waren.

Australien als Trennungsgrund

Australien dürfte ein Grund für die Trennung gewesen sein. Unterschiedliche Auffassungen zur Strategie des Glücksspielkonzerns – weitere Expansion auf dem Weltmarkt, wie Neumann sie anstrebte, oder Konzentration auf Europa, wofür "der Professor" Graf war – sollen für den Abgang mitverantwortlich gewesen sein.

Neumann handelte sich bei der "Novo" den Ruf eines Brachialmanagers ein. Seine Mitarbeiter, die ihn vor allem aus der weiten Entfernung oder Interviews in Medien kannten, band er in seine Vorhaben gar nicht oder spät ein. Mit Novomatic-Gründer Johann Graf, der sich vom Fleischhauer zu einem der reichsten Österreicher hinaufgearbeitet hat und dem auch nicht gerade Samthandschuhmethoden nachgesagt werden, krachte Neumann oft zusammen.

Im Gegensatz zu anderen Mitarbeitern habe sich der Reserveoffizier der Miliz und Vater von vier Kindern (aus zwei Ehen) bei Meinungsverschiedenheiten keine Zurückhaltung auferlegt. Trotzdem: Neumann durfte sich über drei Schenkungen von Graf freuen, einer seiner nahen Verwandten über eine.

Blaue Freunde

Seine blauen Freunde, die er über seine zweite Frau gewonnen hat, habe er für seine Vorhaben genauso genützt wie alle anderen Mitglieder seines dichtmaschigen Beziehungsnetzes, heißt es. "Wen er gekannt hat, hat er angerebet", um zu seinen Zielen zu kommen, erklärt ein Bekannter Neumanns. Also etwa auch Blümel. Über ihn wollte Neumann einst, als er in eine Telekomaffäre involviert war, Ex-Justizminister Wolfgang Brandstetter einen Brief zukommen lassen. Ob es je dazu kam, ist aber nicht überliefert.

Intervenieren ließ der (frühere) Boxer, Golfer, Jäger und (heutige) Fitnesscenterkunde Neumann auch für einen nahen Verwandten, der beim Bundesheer den Lkw-Führerschein machen wollte. In dem Fall soll letztlich Niederösterreichs Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) geholfen haben. Auch sie ist eine Bekannte Neumanns – immerhin ist die Novomatic mit Sitz in Gumpoldskirchen einer der großen Arbeitgeber in Niederösterreich.

zwei Ehen) bei Meinungsverschiedenheiten keine Zurückhaltung auferlegt. Trotzdem: Neumann durfte sich über drei Schenkungen von Graf freuen, einer seiner nahen Verwandten über eine.

Blaue Freunde

Seine blauen Freunde, die er über seine zweite Frau gewonnen hat, habe er für seine Vorhaben genauso genützt wie alle anderen Mitglieder seines dichtmaschigen Beziehungsnetzes, heißt es. "Wen er gekannt hat, hat er angeredet", um zu seinen Zielen zu

kommen, erklärt ein Bekannter Neumanns. Also etwa auch Blümel. Über ihn wollte Neumann einst, als er in eine Telekomaffäre involviert war, Ex-Justizminister Wolfgang Brandstetter einen Brief zukommen lassen. Ob es je dazu kam, ist aber nicht überliefert.

Intervenieren ließ der (frühere) Boxer, Golfer, Jäger und (heutige) Fitnesscenterkunde Neumann auch für einen nahen Verwandten, der beim Bundesheer den Lkw-Führerschein machen wollte. In dem Fall soll letztlich Niederösterreichs Landeshaupt-

frau Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) geholfen haben. Auch sie ist eine Bekannte Neumanns – immerhin ist die Novomatic mit Sitz in Gumpoldskirchen einer der großen Arbeitgeber in Niederösterreich.

"Wir prüfen gerade, ob hier besser auf politischer oder Beamtenebene angesetzt werden kann."

E-Mail eines Novomatic-Managers an Alfred Gusenbauer

(Abbildung)

Bild: Harald Neumann ist nicht der erste Novomatic-Chef, der gute Verbindungen zur Politik unterhielt.

„APA“, 20.02.2021

Darstellung des derzeit von Werner Kogler geführten Justizministeriums widerspricht Akten der WKStA

Die Argumentationskette der WKStA fußt sehr wohl auf Kalendereintrag „Kurz“ bei Novomatic Graf

Wien (OTS) -

Die WKStA begründet ihren Verdacht und die damit verbundene Hausdurchsuchung darauf, dass Harald Neumann durch Gernot Blümel einen Termin bei Sebastian Kurz zu bekommen versucht hat, um über Spenden und ein Problem in Italien zu sprechen:

„Mag. Harald NEUMANN am 12. Juli 2017 einen Amtsträger, nämlich Sebastian KURZ in seiner Eigenschaft als Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres für die pflichtwidrige Vornahme eines Amtsgeschäfts, nämlich in dessen Funktion als Außenminister im Rahmen seiner ihm nach dem Bundesministeriengesetz zugewiesenen Aufgaben in einer Steuerangelegenheit einer Tochter der NOVOMATIC AG in Italien zu intervenieren, einen Vorteil in einem zumindest 3.000 Euro übersteigenden Wert angeboten eventualiter Mag. Gernot BLÜMEL, MBA dazu bestimmt, diesen Sebastian KURZ anzubieten, indem er Mag. BLÜMEL, MBA bat, möglichst in einer Woche einen Termin mit Sebastian KURZ „erstens wegen Spenden und zweitens wegen eines Problems, das wir in Italien haben“ zu veranlassen, gemeint eine dem NOVOMATIC-Konzern drohende Steuernachzahlung von 50 bis 60 Millionen Euro, wobei Mag. NEUMANN beabsichtigte, dass Mag. BLÜMEL, MBA Sebastian KURZ bereits anlässlich der Terminanfrage über das Spendenangebot in Kenntnis setzen würde;“

Die WKStA sieht „keinen Bezug“ zur Aufsichtsrätin Martina Kurz, weshalb sie annimmt, dass es sich beim Kalendereintrag um Sebastian Kurz handelt:

„Angemerkt wird, dass zum Zeitpunkt des Termins Mag. Martina KURZ Mitglied des Aufsichtsrats der NOVOMATIV AG war. Es findet sich jedoch bis auf diesen Termin kein anderer Termin mit „Kurz“. Nach derzeitigem Kenntnisstand ist daher kein Bezug zur Aufsichtsrätin Mag. KURZ erkennbar.“

Die WKStA weist explizit im Zusammenhang mit einem Treffen über eine Spende auf den betreffenden Kalendereintrag hin:

„A. Zustandekommen des Treffens zwischen Mag. NEUMANN und KURZ bezüglich Spende? Festzuhalten ist, dass zumindest im elektronischen Kalender des Mag. NEUMANN nach dem Chat vom 12. Juli 2017, in dem Mag. NEUMANN um ein Treffen mit KURZ mit der Bemerkung „Spende“ bat, kein solches Treffen in unmittelbarer zeitlicher Nähe eingetragen ist. Ein Termin im Terminkalender der persönlichen Sekretärin von GRAF, R. A., weist aber einen Termin mit dem Betreff „Kurz“ für den 25. Juli 2017 aus.“

Die Darstellung des Justizministeriums, das derzeit von Werner Kogler geführt wird, der falsch zugeordnete Termineintrag wäre nicht relevant, ist allein schon anhand dieser Beispiele irreführend. Die Argumentation der WKStA, dass Neumann über Blümel an einen Termin mit Kurz kommen wollte, fußt also sehr wohl auf einem Termin Grafs mit Kurz und laut der WKStA auch auf den Kalendereintrag. Aus Sicht der Volkspartei ist obendrein höchst hinterfragenswert, wie es zu derartig offensichtlichen Fehlern in einem Ermittlungsakt kommen kann.

„APA“, 20.02.2021

FPÖ – Kickl: Wo bleibt die eidesstattliche Erklärung des Kanzlers?

Kurz ist Hauptfigur im Blümel-Akt und muss dringend klare Antworten zu Spendenkeil-Aktionen geben

Wien (OTS) - In dem Akt der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft, der die Grundlage für die Hausdurchsuchung bei Finanzminister Gernot Blümel bildet, kommt der Name von Kanzler Sebastian Kurz fast doppelt so oft vor wie jener des Finanzministers. „Angesichts dieses Umstands ist eine eidesstattliche Erklärung des Kanzlers überfällig. Nachdem er (noch) nicht als Beschuldigter geführt wird, könnte man bei ihm auch mehr Vertrauen in den Wahrheitsgehalt haben, hat doch Blümel als Beschuldigter in einem Strafverfahren das Recht, die Unwahrheit zu sagen“, sagte heute der FPÖ-Klubobmann und stellvertretende Bundesparteibobmann NAbg. Herbert Kickl.

„Es mag sein, dass der umstrittene Termin mit dem Eintrag ‚Kurz‘ im Terminkalender von Novomatic-Gründer Johann Graf nicht mit dem Kanzler, sondern mit Grafs späterer Schwiegertochter stattgefunden hat. Das ist jedoch für das Gesamtbild irrelevant, wie heute auch das Justizministerium klargestellt hat“, so Kickl.

Angesichts seiner Rolle als zentrale Figur in den Ermittlungen aufgrund einer sehr substantiierten anonymen Anzeige rund um die Geldbeschaffung der ÖVP im Zuge der Machtübernahme von Sebastian Kurz sei es nun höchst an der Zeit, dass sich der Kanzler selbst in Zusammenhang mit den offenbar umfangreichen Spendenkeil-Aktionen erkläre, forderte Kickl.

„Wir wollen wissen: Welche Termine mit Personen aus dem Glücksspielbereich hat Sebastian Kurz seit 2017 wahrgenommen? In wie vielen Termin ging es dabei auch um Spenden an die ÖVP oder deren Umfeld? Wie viele Termine mit dem Zweck, Geld für die Kurz-Truppe zu gewinnen, hat es insgesamt gegeben – etwa im Rahmen sogenannter ‚Frühstücks-Treffen‘, bei denen laut Aussage der Organisatorin auch immer wieder der ehemalige Novomatic-Vorstand Neumann zu Gast war? Wer hat aller an diesen Treffen teilgenommen? Und wer davon hat der ÖVP oder Vereinen und Organisationen in ihrem politischen Nahbereich gespendet?“, nannte Kickl jene Fragen, die dringend klarer Antworten des Kanzlers bedürfen.

„APA“, 19.02.2021

Novomatic ordnet Struktur neu

Utl.: Vertrieb und Produktionsmanagement werden gebündelt

Wien/Gumpoldskirchen (APA) - Der Glücksspielkonzern Novomatic ordnet seine Strukturen neu. Sämtliche Vertriebseinheiten werden ab sofort unter der Leitung von Jakob Rothwangl gebündelt und der gesamte Produktionsbereich unter der Führung von Walter Eschbacher zentral gesteuert, teilte das Unternehmen am Freitag mit. Dabei gehe es um Effizienzsteigerung und Synergiepotenziale.

Rothwangl kam 2008 zur Novomatic, für die er im Rahmen des Markteintritts in den USA die Vertriebsorganisation mit aufbaute. Seit 2019 ist Rothwangl wieder in der Zentrale des Unternehmens als Geschäftsführer einer Tochterfirma tätig und leitet diverse internationale Projekte. Eschbacher kam 2012 zur Novomatic und ist als Prokurist für die Bereiche Einkauf, Logistik, Lager und IMS zuständig.

„APA“, 19.02.2021

NOVOMATIC baut weltweite Vertriebs- und Produktionsstruktur aus

Gumpoldskirchen (OTS) - NOVOMATIC, Europas führender Gaming-Technologiekonzern, baut das weltweite Vertriebs- und Produktionsmanagement aus. Zwei erfahrene Manager bündeln die internationalen Kompetenzen zur Stärkung der strategischen Ausrichtung.

NOVOMATIC setzt das im Vorjahr eingeleitete Transformationsprogramm weiter fort und richtet nun auch die Sales- und Produktionsstruktur strategisch neu aus. Sämtliche Vertriebseinheiten werden ab sofort unter der Leitung des international erfahrenen NOVOMATIC-Managers Jakob Rothwangl gebündelt und der gesamte Produktionsbereich unter der Führung des ausgewiesenen Logistik-Experten Walter Eschbacher zentral gesteuert. Dabei stehen Effizienzsteigerung und das Heben von Synergiepotentialen im Vordergrund.

NOVOMATIC-Vorstand Dipl.-Ing. Ryszard Presch betont: „Wir nutzen die Zeit der Pandemie auch dazu, interne Prozesse zu verbessern und die Bereiche Vertrieb und Produktion neu aufzustellen. Wir freuen uns, dass mit Jakob Rothwangl und Walter Eschbacher zwei langjährige und erfahrene NOVOMATIC-Manager die Leitung dieser beiden wichtigen Bereiche übernehmen und damit Kontinuität und Effizienz gewährleistet bleiben.“

Jakob Rothwangl, der für NOVOMATIC im Rahmen des Markteintritts in den USA die Vertriebsorganisation mit aufbaute, wechselte 2008 vom Bankensektor zum NOVOMATIC AG-Konzern. Als Geschäftsführer der NOVOMATIC Lottery Solutions GmbH war Rothwangl auch maßgeblich an der Umsetzung eines umfangreichen Restrukturierungsprogrammes für dieses Unternehmen beteiligt. Seit 2019 ist Rothwangl wieder im Headquarter von NOVOMATIC tätig, wo er u. a. als Geschäftsführer einer Tochterfirma fungiert und diverse internationale Projekte leitet.

Walter Eschbacher wechselte im Jahr 2012 zu NOVOMATIC, wo er als Prokurist die Bereiche Einkauf, Logistik, Lager und IMS verantwortet. Unter seiner Leitung wurden die Bereiche Einkauf und Lagerlogistik modernisiert. Daneben führte die Etablierung von IMS im Unternehmen zur Hebung von wesentlichen Synergien im Qualitäts- und Umweltmanagement sowie in der Arbeitssicherheit. Unter seiner Verantwortung wurden erfolgreich die ISO-Zertifizierungen für Qualität, Umwelt und Arbeitssicherheit durch- oder eingeführt.

„APA“, 19.02.2021

NEOS zu Kronenzeitung-Falschmeldung: Behaupteter Betriebsbesuch bei Novomatic hat nie stattgefunden

**Utl.: NEOS kämpfen seit Jahren an vorderster Front für strengere
Glückspielgesetze und Parteientransparenz**

Wien (OTS) - Bezugnehmend auf einen Bericht der aktuellen Kronenzeitung weisen NEOS die Falschmeldung über einen angeblichen Betriebsbesuch bei der Novomatic entschieden zurück. Der behauptete Besuch hat entgegen der Meldung der Zeitung nie stattgefunden.

Somit ist auch die weitere Berichterstattung – insbesondere der Zusammenhang mit „positiven Gesprächen“ im Zuge des nie stattgefundenen Betriebsbesuchs – objektiv falsch.

Die in dem Artikel erwähnten SMS sind weder brisant, noch neu, und wurden bereits vor Monaten im Untersuchungsausschuss thematisiert. NEOS haben in diesem Zusammenhang gestellte ähnliche Fragen bereits im Frühjahr 2020 medial geklärt, was durch eine Recherche leicht herauszufinden gewesen wäre. Zudem verweist die Oppositionspartei auf ihren jahrlangen Einsatz für strengere Glückspielgesetze und eine größere Parteientransparenz, der durch mehrere Anträge im Nationalrat und einen einzigartigen, laufenden 100% Einblick in die eigenen Spenden und Sponsorings untermauert wird.

„www.kurier.at“, 19.02.2021

"Das ist unfassbar": Opposition und Grüne empört über Wöginger

Der Frontalangriff des VP-Klubchefs ist bei den anderen Parlamentsparteien nicht gut angekommen.

ÖVP-Klubchef August Wöginger attackierte am Donnerstag in einer Pressekonferenz die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) frontal. "Schlampereien" hätten die Hausdurchsuchung bei Finanzminister Gernot Blümel ausgelöst. Durch die eidesstattliche Erklärung von Martina Kurz sei der Auslöser der WKStA-Ermittlungen wie "ein Kartenhaus" zusammengestürzt. So könne es nicht weitergehen, es brauche nun mehr Kontrolle für die WKStA - und zwar durch die Politik.

Nina Tomaselli, Grüne Fraktionsführerin im Ibiza-Untersuchungsausschuss, widersprach Wöginger. Das mutmaßliche Treffen zwischen Novomatic-Gründer Johann Graf und Sebastian Kurz sei ein absoluter Nebenschauplatz bei den Ermittlungen, betonte sie gegenüber Ö1: "Die ÖVP fährt die Strategie: Angriff ist die beste Verteidigung. Der Nachteil dieser Strategie ist, dass sie sehr durchsichtig ist. Das ist halt die nächste Nebelgranate." Die Grünen fordern alle Beteiligten auf, zur "Ruhe zu kommen" und die Ermittler ihren Job machen zu lassen. "Die haben das bisher gut gemacht", so Tomaselli.

"Verhalten der ÖVP letztklassig"

SPÖ-Abgeordneter Kai Jan Krainer meint, das Treffen zwischen Blümel und Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann sei nicht Auslöser für die Hausdurchsuchung gewesen. Man wisse zudem, dass die ÖVP "nicht besonders gerne offiziell Spenden von der Novomatic entgegen genommen hat, sondern indirekt über Vereine, über Sponsorings, über Kooperationsvereinbarungen, über Inserate oder sogenannte verdeckte Spenden", so Krainer.

Wöginger hatte das Vorgehen der WKStA als "letztklassig" bezeichnet. "Wenn etwas - mit Verlaub - letztklassig ist, dann ist es das Verhalten der ÖVP", meinte Stefanie Krisper (Neos). Es handle sich um einen Frontalangriff auf die Justiz, "von einer ehemals staatstragenden Partei", so Krisper: "Das ist für mich unfassbar."

FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl richtete via Aussendung aus: "Die Nerven in der ÖVP liegen blank."



Novomatic-Ex-Chef Neumann setzte beim Polit-Roulette offenbar auf viele Farben

➤ Blümel lobt Justiz ➤ Neue brisante SMS in Casino-Affäre

Novomatic setzte auf Neos: Einladung für „pinke Freunde“

Das Glück ist bekanntlich ein Vogerl – und Novomatic setzte beim Polit-Roulette offenbar auch auf die Farbe Pink. In sichergestellten Casino-SMS des Konzernsprechers an seinen Chef Neumann ging es um eine Einladung zur Betriebsführung an die Neos und ein „positives Gespräch mit unseren Freunden“.

„Novomatic zum Beispiel zahlt an alle drei, bamm. Das ist pragmatisch“ – das wohl bekannteste Zitat des machtbekauschten FPÖ-Chefs Strache aus dem Ibiza-Video erschüttert bis heute die heimische Innenpolitik.

Im Akt der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft tauchen nun weitere zwei brisante Kurznachrichten vom April 2019 auf. Mit der Sauberpartei Neos in der Hauptrolle. Beide SMS offenbaren ein typisches österreichisches Sittenbild. „Treffen eine Neos-Abgeordnete, die ... (Name der Redaktion bekannt) habe ich für Betriebsführung eingeladen“, schreibt der damalige Konzernsprecher an Novomatic-Boss Neumann.

Um nach dem Termin in einer weiteren Nachricht an seinen Chef zu schwärmen: „Gespräch mit unseren pinken Freunden war sehr

positiv.“ Ganz schön „krass“, wie Neos-Chefin Beate Meinl-Reisinger wohl sagen würde...

Während Finanzminister Gernot Blümel gestern die „sehr professionelle und sensible Vorgangsweise“ bei der Razzia lobte, ritt die ÖVP indes weitere Attacken gegen die Korruptionsjäger (s. Bericht unten). Christoph Budin

Zweite eidesstattliche Erklärung – Wöginger:

„Argumentation fällt wie ein Kartenhaus zusammen“

In der Causa Blümel gibt es schon die zweite eidesstattliche Erklärung. Und zwar von Martina Kurz, der Schwiegertochter von Novomatic-Milliardär Johann Graf. Dabei geht es um dessen Kalendereintrag mit dem Betreff „Kurz“. Sie habe im Juli 2017 als Mitglied des Aufsichtsrates einen Termin mit Prof. Graf gehabt

und wolle „mit dieser Klarstellung die Verwechslung aufklären“.

Für ÖVP-Klubobmann Wöginger erneut Anlass für Kritik an der Justiz. Er spricht von Schlamperei. Die Argumentation für die Hausdurchsuchung würde „wie ein Kartenhaus zusammenfallen“. Ein Griff zum Telefon hätte demnach gereicht.

„Österreich“, 19.02.2021

Falscher »Kanzler-Termin« Jetzt spricht Martina Kurz

■ Die ÖVP fordert eine Richtigstellung der WKStA

Novomatic dementiert einen angeblichen Kanzler-Termin mit einer Erklärung.

Wien. Es war eines der Indizien, warum die Korruptionsstaatsanwaltschaft WKStA eine Hausdurchsuchung bei Finanzminister Gernot Blümel durchführte: Neben der „Spenden“-SMS von Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann wird im Ermittlungsakt auf einen Eintrag „Kurz“ im Kalender von Novomatic-Gründer Johann Graf hingewiesen. Zwar schrieb die WKStA, es sei ihr bewusst, dass es auch eine

Aufsichtsrätin Martina Kurz gegeben habe, doch sei der Termin mit ihr unwahrscheinlich.

Eidesstattliche Erklärung. Am Donnerstag meldete sich Martina Kurz mit einer Erklärung zu Wort: „Ich war im Juli 2017 Mitglied des Aufsichtsrates der NOVOMATIC AG und hatte am 25.07.2017 um 13:00 Uhr einen persönlichen Termin mit Prof. Johann Graf.“ Das heißt: Der „Kurz“-Termin, auf dem die Hausdurchsuchung beruhte, hat nie stattgefunden.

Novomatic beruft. Und: Im

Gegensatz zu Blümel wird die Novomatic gegen die Hausdurchsuchungen in Berufung gehen. Jetzt liegt der Ball beim OLG Wien.

ÖVP tobt. Die ÖVP fordert eine „Richtigstellung“ der WKStA und eine offizielle Entlastung Blüfels. Für Klubchef August Wöginger sind jetzt die Vorwürfe „wie ein Kartenhaus in sich zusammengefallen“. Die Terminverwechslung ist für ihn „der Höhepunkt von Schlampereien“ in einer Reihe von Kritikpunkten gegen die WKStA und ihre Ermittlungsarbeit.



Welche(r) Kurz war bei Graf?
Martina, nicht der Kanzler.



VP-Klubchef Wöginger tobt:
„Schlamperei der WKStA.“

„Kurier“, 19.02.2021

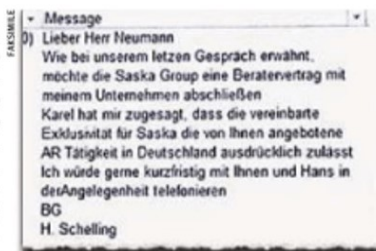


Glücksspiel: Ex-Minister Schelling ventilierte Beratungsangebote

VON ANDREA HODOSCHEK

Ehemalige Minister sind bei Unternehmen als Berater meist sehr gefragt. Der einstige Top-Manager, Unternehmer und Ex-ÖVP-Finanzminister **Hans Jörg Schelling** ist offenbar ganz besonders begehrt. Nicht nur beim russischen Energie-Giganten Gazprom, sondern auch in der Glücksspielbranche.

Unter der Ordnungsnummer 1118 findet sich im Casinos-Akt seit der Hausdurchsuchung bei Finanzminister **Gernot Blümel** ein SMS, das Schelling am 8.2.2018 an Ex-Novomatic-Chef **Harald Neumann** schickte. Darin informiert er Neumann, dass die Sazka Group mit seinem Unternehmen einen Beratervertrag abschließen wolle, siehe Faksimile. Schelling bezieht sich auf eine von Neumann



SMS von Ex-Minister Schelling (oben) an Ex-Novomatic-Boss Neumann

angebotene Aufsichtsrats-tätigkeit für Novomatic in Deutschland und ersucht um ein kurzfristiges Telefonat.

Schelling war erst knapp zwei Monate zuvor mit dem Plätzen der rot-schwarzen Regierung am 18. Dezember 2017 als Minister abgetreten. Während seiner Amtszeit hatte er intensiv mit beiden Konzernen zu

tun. Als Finanzminister war er Eigentümervertreter der teilstaatlichen Casinos Austria Gruppe, um die Novomatic und Sazka heftig ritterten, sowie oberster Aufseher über die Branche. Unmittelbar vor Schellings Abschied gab das Finanzministerium noch grünes Licht für einen weiteren Einstieg der Tschechen, was eine

österreichische Lösung für die Casag letztlich verhinderte.

Bei dieser engen Verknüpfung mit der Gaming-Branche wäre wohl eine längere Cooling-off-Phase angemessen gewesen. Doch Schelling sieht keine Unvereinbarkeit, da er weder für Sazka noch für Novomatic tätig gewesen sei. „Ich wurde aktiv gefragt, habe mir das angehört, Fragen gestellt und mich dann entschieden, beides nicht zu machen“, sagte Schelling gegenüber dem KURIER. Zwischen Interesse und es zutun, sei „doch wohl ein großer Unterschied“. Er habe viele andere Angebote von Unternehmen angehört, aber außer bei Nord Stream 2 überall abgesagt. Beim umstrittenen Pipeline-Projekt ist Schelling inzwischen nicht mehr dabei.

Das Interesse an Sazka und Novomatic dürfte doch etwas intensiver gewesen sein. Laut dem SMS-Text hatte Schelling immerhin bei „Karel“ (Sazka-Eigentümer **Karel Komarek**) die Vereinbarkeit mit einem Novomatic-Mandat abgeklöpft.

Bei Novomatic heißt es dazu, Schelling sei „in keiner Weise“ für das Unternehmen tätig gewesen, auch nicht als Aufsichtsrat einer Tochtergesellschaft. Ein Sazka-Sprecher betont, man könne nur erneut bestätigen, weder Schelling noch eine seiner Firmen stehe oder stand bei der Sazka Group unter Vertrag. Von einer möglichen Zusammenarbeit zwischen Novomatic und Schelling habe man keine Kenntnis.

andrea.hodoschek@kurier.at



„Kurier“, 19.02.2021

Am Beispiel Martina Kurz

Die breite Öffentlichkeit interessiert momentan nur ein Thema: Wann und wie können wir endlich in unsere Vor-Corona-Normalität zurückkehren? Die Bundespolitik ist seit der Hausdurchsuchung bei ÖVP-Finanzminister Gernot Blümel in einer ganz anderen Diskussion gefangen: Wie darf man mit der Justiz umgehen? Wie weit darf die Kritik an dieser Säule der Demokratie gehen?

Die Antworten darauf fallen recht unterschiedlich aus, je nachdem, durch welche parteipolitische Brille gerade geblickt wird. Dabei würde eine nüchterne Betrachtungsweise dem Ganzen guttun. Etwa am Beispiel von Frau Martina Kurz. Sie ist jene ehemalige Aufsichtsrätin des Glücksspielkonzerns Novomatic, die in diesem Fall eine große Rolle spielt. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) wusste im Vorfeld der Hausdurchsuchung bei Gernot Blümel, dass der Eintrag „Kurz“ im Kalender von Novomatic-Gründer Johann Graf diese Frau, die auch seine Schwiegertochter ist, betreffen könnte, hielt das aber nicht für wahrscheinlich. Die Begründung im Akt: In dem Kalender gab es keinen weiteren Eintrag mit „Kurz“. Also könne damit wohl nur der Bundeskanzler gemeint sein. Das passte bei den Ermittlungen zu möglichen illegalen Parteispenden an die ÖVP auch besser ins Bild. Und zum SMS von Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann an Blümel, in dem er um einen Termin mit Sebastian Kurz gebeten hatte.

LEITARTIKEL

VON MARTIN GEBHART



Das Rätsel um den Namen „Kurz“ wollte die Staatsanwaltschaft nicht wirklich lösen. Jetzt ist ihr die Betroffene zugekommen

Dieses Bild hatte sich schon im Vorjahr bei der WKStA verfestigt – der Antrag auf eine Hausdurchsuchung beim Finanzminister war bereits vor Weihnachten von einer Richterin genehmigt worden. Umgesetzt wurde alles erst viel später – am 11. Februar. Und in diesen sieben Wochen fand die Staatsanwaltschaft keine Zeit, mit Frau Martina Kurz Kontakt aufzunehmen und nachzufragen, ob sie sich am 25. Juli 2017 um 13 Uhr mit Johann Graf getroffen habe oder nicht. Mit einer eidesstattlichen Erklärung hat Martina Kurz jetzt den Termin mit ihrem Schwiegervater bestätigt und die WKStA mit sehr viel Erklärungsbedarf zurückgelassen.

Man kann ja fast nicht glauben, dass ein SMS und ein Namensrätsel reichen, um einen Minister als Beschuldigten zu führen und eine Hausdurchsuchung anzuordnen. Deswegen ist es gut möglich, dass die Staatsanwälte noch mehr in der Hinter-

hand haben, damit aber noch nicht rausrücken wollen. Wenn nicht, wenn das Ergebnis so dünn bleibt, wie es im Fall der Hausdurchsuchung im Verfassungsschutz gewesen ist, dann kann die WKStA nicht weiter unter einen Glassturz gestellt und für sakrosankt erklärt werden. Dann müssen auf dieser Seite genauso Transparenz und Konsequenzen verlangt werden, wie das – zurecht – von allen Seiten für die Politik postuliert wird.

martin.gebhart@kurier.at



„Die Presse“, 19.02.2021

Kogler lockert Berichtspflicht für die WKStA

Justiz. Der Interimsminister schafft die Verpflichtung ab, Hausdurchsuchungen drei Tage vorher an die Oberbehörde zu melden. Die ÖVP verschärft unterdessen ihre Angriffe gegen die Korruptionsstaatsanwaltschaft.

Wien. Vizekanzler Werner Kogler, derzeit interimsmäßig auch Justizminister, unterstützt die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) in den aktuellen Konflikten: Per Erlass schaffte Kogler die umstrittene Drei-Tages-Berichtspflicht an die Staatsanwaltschaftlichen Oberbehörden ab. Diese Verpflichtung, wesentliche Ermittlungsschritte wie Hausdurchsuchungen drei Tage vorher der Oberstaatsanwaltschaft zu melden, war von der Behörde als wesentliches Hindernis für effiziente Verfahren genannt worden.

Die Berichtspflicht besteht weiter, allerdings müssen Hausdurchsuchungen nicht mehr drei Tage im Voraus, sondern spätestens mit Beginn der Durchführung der Maßnahme gemeldet werden. Damit kehrt man zur früheren Praxis zurück, die Drei-Tages-Berichtspflicht war Ende 2018 unter Justizminister Josef Moser (ÖVP) eingeführt worden. Für Kogler ist es einer erster Reformschritt: Der „Entfall von vermeidbaren Berichten“ ist Teil des türkis-grünen Re-

gierungsprogramms. Es solle nicht einmal der Anschein entstehen, dass die Ermittlungen in clamorösen Strafsachen durch Berichtspflichten behindert werden, hieß es aus dem grün geführten Justizressort. Justizministerin Alma Zadić, derzeit in Babypause, hat schon eine umfassende Reform der Berichtspflichten in Auftrag gegeben. In den nächsten Wochen soll ein Gesetzesvorschlag an den Koalitionspartner übermittelt werden.

„Wie ein Kartenhaus“?

Die ÖVP setzt unterdessen ihre Attacken gegen die WKStA fort. Ausgangspunkt ist da die Hausdurchsuchung bei Finanzminister Gernot Blümel, bzw. dass die WKStA Blümel als Beschuldigten führt. Die Vorwürfe der WKStA „fallen wie ein Kartenhaus zusammen“, sagte Klubchef August Wöginger in einer eigens einberufenen Pressekonferenz. Er sprach von „Schlampereien“, „Verfehlungen“ und „falschen Vorwürfen“ der Behörde.

Wöginger bezog sich auf eine eidesstattliche Erklärung, die zu-

vor die frühere Novomatic-Aufsichtsrätin Martina Kurz abgegeben hatte: Sie und nicht Bundeskanzler Sebastian Kurz habe jenen Termin mit Novomatic-Eigentümer Johann Graf wahrgenommen, der im Hausdurchsuchungsbefehl erwähnt ist. Damit sei klar, dass die Hausdurchsuchung aufgrund einer Schlaperei der Staatsanwaltschaft angeordnet worden sei, so die Schlussfolgerung von Wöginger.

Allerdings ist dieser Kurz-Termin nur eines von vielen Indizien, die in dem Beschluss angeführt sind. Ausschlaggebend für die Ermittlungen ist ein SMS von Novomatic-Chef Harald Neumann an Blümel, in dem er einen Termin beim damaligen Außenminister Kurz will, bei dem eine Spende und ein Problem der Novomatic in Italien besprochen werden sollte. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts, Spende und Amtsgeschäft stünden in einem Zusammenhang. Blümel hatte den damaligen Generalsekretär im Finanzministerium, Thomas

Schmid, gebeten, sich um die Sache zu kümmern: „Tu es für mich“, so der Wortlaut des SMS.

Blümel hat am Donnerstag bekannt gegeben, dass er gegen die Hausdurchsuchung kein Rechtsmittel einlegen wird. Er wolle das Verfahren beschleunigen und nicht verzögern. Sehr wohl wird aber Novomatic gegen die zeitgleiche Hausdurchsuchung in ihrem Unternehmen vorgehen. Die Anordnung der Staatsanwaltschaft stütze sich lediglich auf Vermutungen, ein gelinderes Mittel hätte auch ausgereicht, so ein Anwalt des Unternehmens.

Vor Anklage gegen Strache?

Unterdessen könnte die erste Anklage in der Causa Ibiza unmittelbar bevorstehen. Das Justizministerium bestätigte einen Bericht des Standard, wonach der Vorhabensbericht der WKStA in der Causa Privatkliniken vorliegt. Strache wird dabei vorgeworfen, eine Gesetzesänderung aufgrund einer Spende in die Wege geleitet zu haben. (maf/APA)

„Die Presse“, 19.02.2021

Sidlo: "Bin aus allen Wolken gefallen"

Streit ums Geld. Der FPÖ-Mann Peter Sidlo, die Zentralfigur der Casinos-Affäre, trat im Handelsgericht Wien als Kläger auf. Er fordert von der Casinos Austria AG nun 2,3 Millionen Euro.

Wien. Der frühere Kurzzeit-Finanzvorstand der Casinos Austria AG (Casag) Peter Sidlo ist am Donnerstag vor dem Handelsgericht Wien aufgetreten. Sidlo klagt die Casag, also seine ehemalige Arbeitgeberin, weil ihn diese vorzeitig seines Postens enthoben hat. Die Forderung: 2,3 Mio. Euro.

Der Ex-Manager, einst für die FPÖ aktiv, verhehlte nun nicht, dass er auch aufgrund seiner Parteizugehörigkeit in die Vorstandsposition kommen wollte. Und er fordert nun von der Casinos, ihm sämtliche Gehaltsansprüche samt der Boni in vollständiger Höhe für die dreijährige Laufzeit des Vorstandsvertrags ausbezahlen.

Sidlo war im Dezember 2019 in Folge der Aufarbeitung der Casinos-Affäre vom Casinos-Aufsichtsrat vorzeitig abberufen worden, obwohl er erst im Mai desselben Jahres als Kandidat der Novomatic in den Vorstand gekommen war. Die Managerin Bettina Glatz-Kremsner wiederum (Sidlos Vorgängerin) war im Zuge des Vorstandsumbaus zur Generaldirektorin der Casinos aufgestiegen.

Ihm seien keine Verfehlungen seinerseits bewusst, die die vorzeitige Abberufung rechtfertigten, so Sidlo. Und er sei "aus allen Wolken gefallen", als Aufsichtsratschef Walter Rothensteiner ihn kontaktiert habe. Denn: Eine Abberufung sei bis dahin nie Thema gewesen, wenn auch die Stimmung im Unternehmen unangenehm war.

Chancen "für einen FPÖ-ler"

Wie schaffte es Sidlo in den Casinos-Vorstand? Dazu meinte der Kläger

nun: 2018 habe er Rothensteiner mitgeteilt, dass er sich für den Posten des Finanzchefs interessiere. "Ich habe ihm gesagt, ich bin ja ein FPÖ-ler und gefragt, ob es für einen FPÖ-ler die Möglichkeit gibt, in eine solche Position zu kommen." Rothensteiner habe auf diese "flapsige" Erkundung ungehalten reagiert und auf den geplanten Bestellprozess verwiesen. Schon zuvor habe er mit der damaligen Casinos-Finanzvorständin, Bettina Glatz-Kremsner (sie war auch ÖVP-Vizeparteichefin), über sein Interesse an der Position in dem teilstaatlichen Glücksspielkonzern gesprochen.

Die Richterin fragte Sidlo auch zu einer verdächtigen WhatsApp-Nachricht, die dieser dem damaligen FPÖ-Klubobmann, Johann Gudenus, geschrieben hatte. Darin war von einem "Deal" die Rede.

Hier sei gemeint gewesen, dass er mittels Geschäftspartnern, die er in der Nachricht als "Freunde" bezeichnete, den Eigentümer der tschechischen Sazka-Gruppe, Karel Komarek, von einem Rückzug überzeugen wollte. Sazka hielt damals schon maßgebliche Anteile an der Casinos. Gekommen ist es dann ganz anders. Die Novomatic verkaufte ihren Casinos-Anteil an das Glücksspiel-Konglomerat Sazka, wodurch die Gruppe Casinos-Mehrheitseigentümer wurde.

Sidlo war jedenfalls vom damaligen blauen Vizekanzler, Heinz-Christian Strache, unterstützt worden, um in die Position des Casinos-Finanzvorstands zu kommen. "Strache war über viele, viele Jahre ein Förderer von mir", führte der 47-Jährige nun aus. Strache habe viel von ihm, Sidlo, gehalten, so der Kläger, der nun als selbstständiger Unternehmensberater arbeitet.

Mehr als ein Bezirksrat Apropos Beruf bzw. Qualifikation: Schon

als Auskunftsperson im Ibiza-U-Ausschuss hatte es Sidlo "bemerkenswert" gefunden, dass er, ~ ein Mann "mit reichlich Kapitalmarkt- und Compliance-Erfahrung", medial oft als ehemaliger Wiener FPÖ-Bezirksrat abgestempelt wurde - ~ "als wäre das meine einzige Qualifikation".

Im Herbst 2018 sei er auch mit Harald Neumann, dem damaligen Novomatic-Chef, in Kontakt getreten. Auch Strache habe mit Neumann gesprochen. "Ich war aber nie ein FPÖ-Kandidat, sondern ein Kandidat, der von der Novomatic unterstützt wurde."

Und nun? Ein Vergleich zwischen dem Kläger und der Casinos scheint ausgeschlossen, solange strafrechtliche Ermittlungen gegen Sidlo laufen. Wie aus den Gesprächen der Richterin mit den Anwälten hervorging, war die Casag zuletzt nicht bereit, Sidlo mehr als drei Monatsbezüge anzubieten.

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft führt Sidlo im Casinos-Akt als einen von inzwischen 20 Beschuldigten. Es geht um Vorgänge, die sich zur Zeit der türkis-blauen Regierung abgespielt haben.

Auf der einen Seite Sidlos von der Novomatic getragene Vorstandsbestellung, auf der anderen Seite Absprachen zu Lizenzen für die Novomatic - dieser mutmaßliche Deal wird den Beschuldigten vorgeworfen. Und von diesen bestritten. Es gab in der Causa schon mehrere Hausdurchsuchungen bei FPÖ- und ÖVP-Politikern. Wann das Gericht über die Klage entscheidet, ist offen. (m. s./APA)

Täglich grüßt die Schredderaffäre

Die Opposition lässt in der strafrechtlich schon lange ad acta gelegten Causa rund um geschredderte Festplatten des Kanzleramts nicht locker. Auch im U-Ausschuss spielte das Thema am Donnerstag wieder eine prominente Rolle.

Fabian Schmid, Renate Graber



Die Festplatten des Kanzleramts sollen 320 GB gehabt haben. M. fotografierte sie vor dem Schreddern – darunter aber zwei mit je 500 GB.

Mit der Ibiza-Affäre hätten die geschredderten Videos sicher nichts zu tun – denn immerhin handle es sich um Druckerfestplatten, und ein Video könne man ja schwer ausdrucken. So argumentierte in den vergangenen 18 Monaten die ÖVP, wenn sie in der sogenannten Schredderaffäre in Bedrängnis geriet. Auch abseits des Inhalts der Festplatten war der Fall ja peinlich genug: ein langjähriger Mitarbeiter des Kanzlers, der unter falschem Namen Festplatten schreddern ließ und dann die Rechnung nicht bezahlte; das alles knapp vor der Abwahl der türkisen Regierung im Parlament nach Erscheinen des Ibiza-Videos.

Auch rund um die darauffolgenden Ermittlungen passierten merkwürdige Dinge: Als „politische Störfeuer“ umschrieb das im U-Ausschuss Christina Jilek, die damals fallführende Staatsanwältin in der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA).

Um diese Merkwürdigkeiten ging es auch am Donnerstag. Geladen war der Polizist R., der einst in der Soko Tape ermittelt hat – auch in der Schredderaffäre. Besonders bri-

sant ist die Frage, warum R. das Handy des Kurz-Mitarbeiters Arno M. nicht sichergestellt hat, obwohl klar war, dass M. das Schreddern gefilmt hatte.

Drei Versionen

Hier gibt es drei unterschiedliche Versionen: Ex-Staatsanwältin Jilek sagte im U-Ausschuss, sie habe erst nach einer „freiwilligen Nachschau“ beim Schredder erfahren, dass Polizist R. das Handy erhalten und dann zurückgegeben habe. Arno M. sagte: „Die Beamten haben mich abgeholt, der eine Beamte hat mein Handy gefordert, (...) wir sind zu mir nach Hause, und ich habe dann mein Handy wieder retourniert bekommen.“ Und Polizist R. erzählte am Donnerstag, M. habe der Einsicht in sein Handy nicht zugestimmt.

Warum die WKStA aus R.s Sicht keine Sicherstellungen angeordnet hat? Er selbst sieht „fehlendes kriminaltaktisches G'spür“ bei der Korruptionsstaatsanwaltschaft. Die plante die Anordnung zur Sicherstellung übrigens just für jenen Tag, an dem sie den Fall per Weisung abgeben musste – und zwar weil das Kanz-

leramt, damals unter Leitung von Brigitte Bierlein, festhielt, es gebe „keinen Bezug“ zur Causa Ibiza. Dadurch wurde das Verfahren – wegen der nicht bezahlten Rechnung – zum „einfachen“ Betrugsverfahren bei der Staatsanwaltschaft Wien und wurde eingestellt.

Seitdem gibt es aber immer wieder Spekulationen, dass hier Vorgänge vertuscht wurden. Diese Erzählung nährte auch die Biografie von Ermittler R.: Er hatte einst für die ÖVP bei einer Gemeinderatswahl kandidiert und FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache nach dem Erscheinen des Ibiza-Videos aufmunternde SMS geschrieben. Das würde er heute nicht mehr, sagte R. im U-Ausschuss. Seinen Eintrag auf der Webseite der ÖVP-Ortspartei habe er im Sommer 2019 löschen lassen, weil die Soko „sehr angesprochen wurde von den Medien“.

Auch die WKStA war damals äußerst unglücklich über die Personale R., es kam sogar zu einer Besprechung mit dem damaligen Justizminister Clemens Jabloner. Im Herbst 2019 schied R. dann endgültig aus der Soko aus. Die Opposition ist nach wie vor davon überzeugt, dass

die Ermittlungen nicht ordnungsgemäß abliefen. Sie verweist auf die Rechnung eines externen Dienstleisters, der zufolge sechs Festplatten mit 360 Gigabyte aus Druckern ausgebaut wurden – geschreddert hat M. jedoch drei Festplatten mit 360 GB – und zwei mit 500 GB. Diese sollen angeblich aus Laptops stammen.

Die Causa Blümel

Neuen Aufwind erhalten die Vermutungen, auf den geschredderten Festplatten hätten sich belastende Inhalte gegen Finanzminister Gernot Blümel befunden – immerhin war er unter Türkis-Blau ja Kanzleramtsminister, somit Mitbenutzer der vermeintlichen Druckerfestplatten.

Die ÖVP griff am Donnerstag erneut die WKStA an: „Wie ein Kartenhaus sind die Ermittlungen zusammengebrochen“, sagte Klubobmann August Wöginger; wobei Kenner des Akts dieser Aussage nicht folgen können. Wöginger bezog sich erneut darauf, dass der WKStA angeblich eine „Verwechslung“ passiert sei. So schrieb diese in der Ermittlungsanordnung gegen Blümel

von einem Termin im Kalender der Assistentin von Novomatic-Gründer Graf mit Betreff „Kurz“. Am Donnerstag bestätigte nun Martina Kurz, Grafs Schwiegertochter, dass sie diesen Termin wahrgenommen hat – und nicht Sebastian Kurz.

Die WKStA sprach die Möglichkeit, dass es sich um Martina Kurz handeln könnte, allerdings selbst an. Ebenso spielt der Termin für die Begründung der Hausdurchsuchung keine Rolle. Novomatic will jedenfalls Beschwerde gegen die am Firmensitz durchgeführte Hausdurchsuchung einlegen. Die Grünen setzten hingegen ein starkes Zeichen für mehr Unabhängigkeit der Korruptionsermittler. Vizekanzler Werner Kogler, der derzeit Justizministerin Alma Zadić in ihrer Baby-pause vertritt, strich per Weisung die Vorabmeldepflicht von wichtigen Maßnahmen. Bislang hat die WKStA Ermittlungsschritte wie Hausdurchsuchungen drei Tage vor deren Durchführung bei der Oberstaatsanwaltschaft (OSTA) Wien melden müssen. Das hat bei der WKStA stets für Sorgen wegen möglicher Vorwarnungen bei Betroffenen gesorgt.

„Standard“, 19.02.2021

„Bestellung darf nicht politisch erfolgen“

Die grüne Klubchefin Sigrid Maurer hofft, dass mehr Transparenz dem Anschein käuflicher Politik entgegenwirkt. Ein Generalstaatsanwalt solle unpolitisch gekürt werden.

INTERVIEW: Theo Anders

In den vergangenen Wochen ging die grüne Klubobfrau Sigrid Maurer verbal auf intensiven Konfrontationskurs mit der ÖVP. Deren Innenminister Karl Nehammer warf sie nach Kinderabschiebungen „unmenschliches“ Verhalten vor. Hinter den türkisen Attacken auf die gegen Finanzminister Gernot Blümel ermittelnde Korruptionsstaatsanwaltschaft vermutete sie ein „gestörtes Verhältnis zum Rechtsstaat“. Bei Abstimmungen bleibt Maurers grüner Klub stets auf Koalitionskurs.

STANDARD: Ihr Parteikollege David Stögmüller meint, die ÖVP reagiere so nervös auf die Ermittlungen gegen Blümel, weil an den Vorwürfen wohl einiges dran sei. Teilen Sie die Einschätzung?

Maurer: Ich bin nicht Mitglied im U-Ausschuss (im Unterschied zu Stögmüller, Anm.) und habe auch sonst keinen Aktenzugang. Daher möchte ich das nicht weiter kommentieren und vertraue auf die Staatsanwaltschaft.

STANDARD: Sie erklärten, dass Blümel aus grüner Sicht gehen muss, sofern es zu einer Anklage kommt oder sich der Verdacht gegen ihn „erhöht“. Was bedeutet Letzteres konkret, was müsste sich zeigen?

Maurer: Das wäre jetzt Spekulation. Man könnte das nur beurteilen, wenn neue Fakten auf dem Tisch liegen. Ich habe aber momentan keinen Grund, davon auszugehen, dass da noch etwas kommt.

STANDARD: Sie betonen oft, dass Sie Druck auf die ÖVP machen wollen. Aber wie gut sind Ihre Druckmittel tatsächlich? Sie brauchen die Koalition für die Umsetzung der geplanten Klimaprojekte, außerdem sind die grünen Umfragewerte derzeit schwach.

Maurer: Wir haben in der letzten Woche gesehen, wie notwendig es ist, das Vertrauen in die Politik wieder zu stärken. Der Eindruck, dass es nicht mit rechten Dingen zugeht, muss vermieden werden. Saubere Politik ist ein Eckpfeiler grüner Politik und steht im Regierungsprogramm, diese Projekte werden jetzt umgesetzt. Das betrifft die Abschaffung des Amtsgeheimnisses und die verschärften Regeln bei der Parteienfinanzierung. Wir haben der ÖVP kommuniziert, dass das jetzt rasch notwendig ist, und sie ist unseren Argumenten gefolgt.

STANDARD: Das Informationsfreiheitsgesetz war von Türkis-Grün schon für letzten Sommer angekündigt, und jetzt verkaufen Sie einen baldigen Entwurf als Erfolg?

Maurer: Wir haben im Sommer das Paket gegen Hass im Netz verhandelt. Da ist es zu einer gewissen Verzögerung bei der ÖVP gekommen, die wir jetzt aber auflösen konnten.

STANDARD: Damit sich die Behörden vom Amtsgeheimnis auf das neue System Informationsfreiheit umstellen können, wird es eine Übergangsphase brauchen. Wie lange wird sich die ziehen?

Maurer: Das wird mindestens ein Jahr sein ab dem Beschluss im Parlament.

STANDARD: Anfang 2023 wäre ein Richtwert?

Maurer: Ja.



Ein grünes Prestigeprojekt ist die Abschaffung des Amtsgeheimnisses. Bis zur Informationsfreiheit dauert es aber sicher noch mehr als ein Jahr.

STANDARD: Paktiert ist auch, dass Parteien und parteinahe Vereine transparenter werden sollen. Das ÖVP-affine, aber laut Eigendefinition unabhängige Alois-Mock-Institut stand zuletzt im Fokus – wird es mit dem künftigen Gesetz als parteinaher Verein gelten müssen?

Maurer: Das ist juristisch nicht so leicht zu lösen, weil die Definition weder zu schwammig noch zu eng sein darf. Es wird wichtiger sein, dass man bei den Parteien selbst die Transparenzregeln so verschärft, dass der Rechnungshof sich die Zahlungsflüsse an die Parteien anschauen und problematische Dinge so entdecken kann.

STANDARD: Etwas grundsätzlicher: Wenn Bürgerinnen und Bürger unzufrieden damit sind, dass eine Partei undurchsichtig agiert, müssen sie diese ja nicht wählen und können sich für eine transparentere entscheiden. Warum muss der

„Es soll nicht der Eindruck entstehen, dass die Politik sich an den Interessen von Spendern ausrichtet.“

Maurer über Regeln für Parteifinanzien.

Staat gleiche Transparenz für alle vorgeben?

Maurer: Es geht essenziell darum, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Demokratie zu stärken. Es muss verhindert werden, dass Parteien käuflich sind oder auch nur der Anschein entstehen kann, dass sie käuflich sind. Um das zu gewährleisten, müssen sich alle an dieselben Regeln halten. Es soll nicht der Eindruck entstehen, dass die Politik sich an den Interessen bestimmter Spender ausrichtet.

STANDARD: Hat es für Sie den Anschein, die ÖVP sei käuflich?

Maurer: Heinz-Christian Strache hat auf Ibiza gesagt: „Die Novomatic zahlt alle.“ Der U-Ausschuss geht nun der Frage nach, was an diesem Satz dran ist.

STANDARD: Konsens besteht plötzlich darüber, dass ein Generalstaatsanwalt statt des Justizministers an der Weisungsspitze stehen soll. Welches Modell zur Bestellung dieses Postens schwebt den Grünen vor?

Maurer: Die Ständesvertretung der Staatsanwälte hat bereits ein Modell vorgeschlagen: Der Bundespräsident würde ihm zufolge den Generalstaatsanwalt auf Vorschlag einer Kommission der Justiz ernennen. Dieses Modell finde ich interessant. Es darf jedenfalls nicht der Eindruck entstehen, dass die Bestellung politisch erfolgt.

STANDARD: Also soll es keine Zweidrittelmehrheit im Parlament für die Bestellung eines Generalstaatsanwalts brauchen?

Maurer: Ob das Parlament eingebunden wird und wie genau, ist noch Gegenstand von Diskussionen.

SIGRID MAURER (35) ist seit Anfang 2020 Klubobfrau der Grünen im Parlament. Die gebürtige Tirolerin war 2013 erstmals Abgeordnete.

„News“, 19.02.2021

TÜRKISE BAUSTELLEN



- ▲ Affäre Blümel
- ▲ Justizstreit
- ▲ Corona-Müdigkeit
- ▲ Impfverzögerungen
- ▲ Wirtschaftskrise
- ▲ Causa BVT
- ▲ Koalitionszwist

**Die Kurz-ÖVP in der Krise.
Der Anfang vom Ende?**

Probleme



ohne Ende

Bundeskanzler Sebastian Kurz und die **ÖVP** kommen derzeit nicht aus den Negativschlagzeilen: Zunehmende Kritik am Corona-Krisenmanagement durch Bevölkerung und Unternehmen, Fehler in von der Volkspartei geführten Ministerien und Missstimmigkeiten mit dem Koalitionspartner, den Grünen, setzen der Kanzlerpartei zu. Die Liste der türkisen Baustellen wird immer länger und die Opposition stärker, Kurz' Macherimage bekommt Kratzer

Von Günter Fritz und Anna Gasteiger

Fotos APA / Fohringer

JÜNGSTER AUFREGER. Dass bei ÖVP-Finanzminister Gernot Blümel eine Hausdurchsuchung stattgefunden hat und er von der WKStA als Beschuldigter geführt wird, macht die Türkisen für die Opposition noch angreifbarer

Die Probleme für ÖVP-Chef Sebastian Kurz und seine türkise Bewegung nehmen derzeit kein Ende. Kurz und die Seinen haben sozusagen einen Lauf – allerdings einen ziemlich negativen: von positiven Schlagzeilen keine Spur. Vielmehr reiht sich seit Monaten eine schlechte Nachricht an die andere, die in Summe geeignet sind, das Vertrauen der Corona-müden Wähler in die ÖVP nachhaltig zu unterminieren.

Den jüngsten Höhepunkt in Sachen Negativschlagzeilen lieferte Finanzminister Gernot Blümel. Er wird in der Causa Casinos Austria als Beschuldigter geführt, was sogar eine Hausdurchsuchung – vollzogen als „freiwillige Nachschau“ – bei ihm zur Folge hatte. Ein bisher in der Geschichte der Republik einzigartiger Vorfall in Zusammenhang mit einem amtierenden Minister. Und ein gefundenes Fressen für die Opposition.

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) ermittelt gegen Blümel wegen des Verdachts der illegalen Parteienfinanzierung durch den Glücksspielkonzern Novomatic – eine Causa, die letztlich auf das Ibiza-Video rund um Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache und dessen ehemaligen Klubobmann Johann Gudenus zurückgeht. In dem Video wurden wie berichtet einer Reihe von Unternehmen – darunter auch der Glücksspielkonzern – Parteispenden am



FEHLENDE GÄSTE. Gastronomie und Hotellerie befinden sich ebenso wie die meisten Kulturbetriebe noch bis Ostern im Lockdown. Das sorgt zunehmend für Widerstände

Rechnungshof vorbei, zum Beispiel über Vereine, nachgesagt. Was von allen Beteiligten aber wiederholt dementiert wurde.

Im konkreten Fall geht es um eine Chat-Nachricht von Ex-Novomatic-CEO Harald Neumann an Blümel, in der er um einen Termin beim damaligen Außenminister und späteren ÖVP-Chef Sebastian Kurz bittet. Inhalt: Bitte um Hilfe bei Problemen mit der Steuer in Italien sowie eine mögliche Spende. Eine Anfrage, die Blümel mit den Worten „Tu es für mich“ an den damaligen Spitzenbeamten im Finanzministerium und nunmehrigen Chef der

Staatsholding ÖBAG, Thomas Schmid, weiterleitete. Danach soll Blümel Kurz informiert haben, so die WKStA. Dass die Anfrage aus dem Juni 2017 stammt, bevor die damals ziemlich finanzgeplagte ÖVP im Oktober Nationalratswahlen zu schlagen hatte, verleiht ihr zusätzliche Brisanz.

Frühstückstreffen

Obwohl es keine Anzeichen gibt, dass Kurz seinerzeit aktiv wurde, und die ÖVP bzw. Blümel eidesstattlich erklärten, es sei keine Spende der Novomatic geflossen, wird weiter ermittelt. Zudem wurde bekannt, dass Kurz Ex-Novomatic-Chef Neumann mehrmals zum Frühstück im Hotel Sacher getroffen hat. Allerdings hätten die von PR-Beraterin Gabi Spiegelfeld organisierten Treffen „im Rahmen einer größeren Frühstücksrunde“ stattgefunden und seien „keine Vieraugengespräche“ gewesen, wie Kurz betont: Es sei normal und wichtig, dass sich der Kanzler mit führenden Unternehmern und Managern austausche.

Das ist richtig, was die generelle Optik allerdings trübt, ist, dass das Alois Mock Institut, dessen Präsident ÖVP-Grande und -Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka ist, sehr wohl Geld vom Glücksspielkonzern erhalten hat: über mehrere Jahre sollen es fast 109.000 Euro gewesen sein. Allerdings für Gegenleistungen in Form von Kooperationen, wie Sobotka selbst als Zeuge vor dem Ibiza-U-Ausschuss sagte. Dass Sobotka trotzdem weiter den U-Ausschuss leitet, brachte ihm von der Opposition immer wieder den Vorwurf der Unvereinbarkeit ein. Was er und





GRENZKONTROLLEN. Der Tiroler Wintersportort Ischgl war im Vorjahr der Corona-Hotspot Österreichs. Jetzt sind die Tiroler wegen der südafrikanischen Virusmutation in den Fokus gerückt. Die Grenzen zu Deutschland sind abgeriegelt – und auch innerösterreichisch wird streng kontrolliert. Dagegen wird ebenfalls heftig protestiert

die ÖVP prompt zurückwies. „Ein schaler Nachgeschmack bleibt mit jetzigem Wissensstand dennoch“, sagt Christoph Haselmayer, Chef des Instituts für Demoskopie und Datenanalyse (IFDD).

Sondersitzung im Parlament

SPÖ, FPÖ und Neos schossen sich am Dienstag jedenfalls in einer Sondersitzung des Parlaments geschlossen und mit heftigen Attacken auf Blümel ein. Ein Misstrauensantrag scheiterte, weil der türkische Koalitionspartner, die Grünen, nicht mitging. Der Finanzminister konterte ein weiteres Mal alle Vorwürfe.

Die Angelegenheit ist aber auch so unangenehm genug für die ÖVP und Parteichef Sebastian Kurz – auch weil, so sehen

es zumindest Politinsider, bei den Türken nichts ohne Kurz' Wissen geschieht. Und sich die Kritik an Vorkommnissen in ÖVP-geführten Ressorts – etwa im Innen- oder im Wirtschaftsministerium – zuletzt sukzessive gemehrt hat. „Die Causa Blümel ist aber die größte Geschichte, weil die Sache schon sehr nah an Sebastian Kurz herangerückt ist“, erklärt dazu Politikberater Thomas Hofer und ist damit einer Meinung mit IFDD-Chef Haselmayer: „Die Einschläge kommen immer näher an Kurz heran.“ Die Geschichte könne „potenziell sehr heikel“ werden, nur wisse man eben noch nicht, ob die Vorwürfe wirklich diese Substanz haben, ergänzt Hofer: Sollte es zu einer Anklage kommen, werde es sehr schwer sein, ihn zu halten.

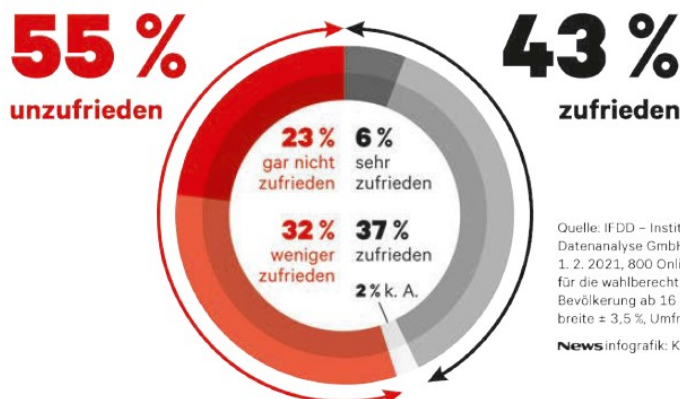
Möglicherweise treibt die ÖVP deshalb ihre Scharmützel mit der Opposition um die Justiz weiter – wobei derzeit die juristische Weiskette im Fokus steht: Nach der auf Betreiben der WKStA angeordneten Hausdurchsuchung attackiert die ÖVP die WKStA und tritt nun doch für einen politisch unabhängigen Bundesstaatsanwalt als oberste Weisungsspitze ein. Sie übernimmt damit eine alte Forderung von SPÖ, Grünen und Neos.

Terror und Abschiebungen

Für viel Aufsehen und Konfliktstoff hat auch das von Karl Nehammer geführte Innenministerium gesorgt: Vor allem das Versagen des Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) in Zusammenhang mit dem blutigen Anschlag am 2. November 2020 in Wien mit vier Toten und mehr als 20 Verletzten hat schwere interne Versäumnisse und mangelnde Kommunikation zwischen den involvierten Ermittlern bzw. Behörden zu Tage gefördert. Ansonsten wäre der Terroranschlag möglicherweise zu verhindern gewesen, sind sich Experten einig. „In vielen anderen Ländern wäre das ein Rücktrittgrund gewesen“, so Haselmayer.

Nicht so für Nehammer, der stattdessen ankündigte, das BVT zügig reformieren zu wollen. Erst vor Kurzem sorgte er erneut für Aufregung und noch mehr Empörung, indem er das gut integrierte und in Österreich geborene Kind einer Flüchtlingsfamilie sowie dessen Schwester und Mutter ►

Wie zufrieden sind Sie mit den Corona-Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung?



Quelle: IFDD – Institut für Demoskopie und Datenanalyse GmbH, Umfragezeitraum 25. 1. bis 1. 2. 2021, 800 Onlineinterviews, repräsentativ für die wahlberechtigte österreichische Bevölkerung ab 16 Jahren, max. Schwankungsbreite ± 3,5 %, Umfragezeitraum = Feldzeit
Newsinfografik: Karin Netta

in einer Nacht-und-Nebel-Aktion abschieben ließ. Das ging nicht nur vielen Wählern des grünen Koalitionspartners zu weit, sondern auch vielen ÖVPlern mit christlich-sozialen Wurzeln.

Kostspieliges Kaufhaus

Auch Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck, die ein in der Krise besonders bedeutendes Ressort führt, schaffte es, Opposition und viele Bürgerinnen und Bürger gegen sich aufzubringen: Ihre mit ÖVP-Wirtschaftskammer-Präsident Harald Mahrer gelaunchte Onlineplattform „Kaufhaus Österreich“ entpuppte sich als veritabler und kostspieliger Flop. Die Plattform, die als Antwort auf Internetgiganten wie Amazon gedacht war, erwies sich als nutzerunfreundlich, wurde nach zwei Monaten vom Netz genommen, kostete aber 1,26 Millionen Euro statt wie ursprünglich angegeben 627.000 Euro. Laut Schramböck soll sie als Händlerplattform weiterbestehen, was Kritiker eher als verzweifelte Versuch interpretieren, ein missglücktes Projekt doch noch positiv darzustellen.

Noch viel teurer ist die Regierung bislang freilich die Bewältigung der Corona-Krise gekommen: Mehr als 30 Milliarden Euro haben die Hilfsmaßnahmen für die Bevölkerung und für die Unternehmen bislang gekostet. Und damit dürfte längst noch nicht das Auslangen gefunden sein. Denn jede Woche Lockdown kostet laut WKO rund 17 Milliarden Euro. Wenn auch vor Kurzem der Handel nach vehementen



UNTER DRUCK. Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck leitet eines der wichtigsten Ressorts und steht nicht erst seit ihrem Flop mit dem Kaufhaus Österreich in der Kritik

Forderungen aus der Branche wieder aufsperrn durfte, bleiben Gastronomie, Hotels und Kultur- sowie Sportbetriebe bis voraussichtlich Ostern geschlossen. Ihr Drängen auf Öffnung fand kein Gehör. Vor allem den Tourismus, ein für Österreich im internationalen Vergleich mit einer Wertschöpfung von rund 59 Milliarden Euro und einem Anteil von 15,3 Prozent am Bruttoinlandsprodukt überproportional wichtiger Wirtschaftszweig, trifft das hart. Kein Wunder, dass prominente Branchenvertreter, insbesondere aus den Reihen der ÖVP, die jüngsten Schließungsentscheidungen so nicht hinnehmen wollen. Viele Betriebe fürchten längst um die Existenz.

Dabei steht Kanzler Kurz erst die wichtigste Bewährungsprobe bevor: Österreich droht eine Wirtschaftskrise von möglicherweise ungeahnten Dimensionen.

Neue Wirtschaftskrise droht

Schon im vierten Quartal 2020 hatte die Alpenrepublik aufgrund der starken Tourismusorientierung mit 7,8 Prozent das stärkste Wachstumsminus in der gesamten EU. Aktuell gibt es hierzulande rund 520.000 Arbeitslose und 465.000 Menschen in Kurzarbeit. Wenn demnächst staatliche Hilfsmaßnahmen für die Wirtschaft auslaufen, droht eine Pleitewelle, die die Arbeitslosenzahlen noch weiter

„In die Offensive“

Politikberater **Thomas Hofer** erklärt, wie die ÖVP versucht, den Vorwürfen gegen Finanzminister Gernot Blümel zu begegnen

Für die ÖVP gab es schon einmal angenehme Tage: Am Dienstag kamen erste Gerüchte auf, dass Finanzminister Gernot Blümel in der Causa Casinos als Beschuldigter geführt werde. Am Donnerstag wurde bei ihm eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Wenige Stunden später gab er eine kurze Pressekonferenz, die er bei der Frage nach Spenden an ÖVP-nahe Vereine abbrach, wie etwa das „Ö1-Morgenjournal“ tags darauf prominent

berichtete. Blümels Kernaussage: Die Vorwürfe seien falsch, er werde sicher nicht zurücktreten. Am Freitag legte Blümel eine eidesstattliche Erklärung ab und kündigte Klagen an. Parteimanagerin Gaby Schwarz präzisierte am Sonntag: 13 Klagen gegen Personen, die Blümel vor allem auf Social-Media-Kanälen vorverurteilt hatten. Weniger später eröffnete ÖVP-Urgestein Andreas Khol eine Diskussion über die Einführung eines Bundesstaatsanwalts.

BEOBACHTER.
Hofer sieht „einen ganzen Strang an unliebsamen Themen“



nach oben treiben könnte. Eine gewaltige Herausforderung für den neuen Arbeitsminister Martin Kocher, der seine glücklose Vorgängerin Christine Aschbacher abgelöst hat. Die musste bekanntlich wegen einer Plagiatsaffäre rund um ihre Diplomarbeit und um ihre Dissertation den Hut nehmen. Ebenfalls kein Ruhmesblatt für Kanzler Kurz, der Aschbacher in die Regierung geholt hatte.

Erschwerend für die ÖVP kommt dazu, dass die Corona-Maßnahmen der Regierung mittlerweile von einer Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt werden: 55 Prozent sind damit unzufrieden, wie eine IFDD-Exklusivumfrage für News ergeben hat. „Angesichts der Dauer der Maßnahmen, des permanenten Verschiebens von Entscheidungen, der fehlenden Planungssicherheit sowohl in den Familien als auch in den Unternehmen, der negativen ökonomischen Auswirkungen und der eingeschränkten Bewegungsfreiheit sagen viele: ‚Wir können nicht mehr‘“, beschreibt Meinungsforscher Christoph Haselmayer die Stimmung. Dass das Impfen nach Impf-Showauftritten der Spitzenpolitik zum Jahreswechsel noch immer im Schneckentempo geschieht – speziell im internationalen Vergleich –, trägt zur Zufriedenheit der Bevölkerung ebenfalls nicht wirklich bei.

Rückhalt bröckelt

Aber auch in seiner Partei kann sich Kurz des Rückhalts nicht mehr ganz so sicher sein. Das Beispiel Tirol hat gezeigt, dass mittlerweile auch offener Widerstand



IN ERKLÄRUNGSNOT. Innenminister Karl Nehammer ist für das BVT zuständig, das den Terroranschlag in Wien nicht verhindern konnte – und er verteidigt Abschiebungen von Kindern. Das regt viele auf

gegen die von Kurz geführte Regierung denkbar ist. Zwar hielt sich Kurz bei den Verschärfungen der Corona-Maßnahmen in Tirol wegen der gefährlichen südafrikanischen Virusvariante die längste Zeit zurück und ließ Gesundheitsminister Rudolf Anschober mit Engelszungen auf die renitenten Bergvölker einreden, zwar stand Landeshauptmann Günther Platter sichtlich unter Druck von Tiroler Wirtschaftsfunktionären und ließ sich zu keiner Frontalattacke gegen „seinen“ Kanzler hinreißen, aber: Kritik am Kanzler ist möglich geworden, wenn auch über die Bande. Die 150-prozentige Loyalität, mit der die Landeshauptleute in den letzten Jahren unverrückbar hinter Kurz standen, scheint geringer geworden zu sein.

„Die ÖVP ist weit entfernt von den Tagen, als fröhlich an Obmannsesseln gesägt wurde“, sagt Politikberater Thomas Hofer, „aber es sind Haarrisse zu beobachten. Wenn Sie ganz genau zugehört haben, war zum Beispiel auffällig, wie Niederösterreich Wien verteidigt hat, es gab auch relativ deutliche Kritik an den verzögerten Hilfszahlungen. Salzburger Landeshauptmann Wilfried Haslauer hatte eine deutlich andere Position zum Thema Impfvordrängen und Bürgermeister.“ Es gebe – noch – keine lauten kritischen Stimmen, beobachtet Hofer, „da ist Kurz immer noch in einer eigenen Kategorie“, aber hinter vorgehaltener Hand werde natürlich gemotzt, gerade in Wirtschaftskreisen: „Was in Tirol passiert ist, hat man ja gesehen, auch wenn der regionale Wirtschaftsbund- ▶“

So weit die nüchternen Fakten einer aufregenden Politwoche. Aber was war da genau passiert? Wie reagiert eine Partei, die derart in die Defensive gerät wie die ÖVP anlässlich der Hausdurchsuchung bei einem ihrer zentralen, Kanzler-nahen Akteure? Thomas Hofer, Politikberater und langjähriger politischer Beobachter, interpretiert die Vorgänge so: „Die ÖVP versucht nach der Schockstarre der ersten Tage, wieder in die Offensive zu kommen. Dieses alte Spiel ist in der politischen Kommunikation zentral: Wer ist gerade offensiv, wer defensiv. Das versucht die ÖVP mit den Klagsankündigungen oder dem Anstoß, über einen Bundesstaatsanwalt zu diskutieren, umzudrehen. Sie versucht, weitere Spielfelder aufzumachen und natürlich

auch den eigenen Zielgruppen zu signalisieren, dass es sich um eine Art Kampagne gegen die ÖVP handelt.“ Als erfahrener Politikbeobachter, sagt Hofer, hätte er wartet, dass die ÖVP gleich zu Beginn der Affäre die Justiz angreifen werde. Und er erinnert: 2006 war es die SPÖ, die anlässlich der Elsner-Verhaftung Einflüsse der ÖVP auf die Justiz vermutete.

Sebastian Kurz, meint Hofer, „war beim Agenda-Setting immer sehr gut, Stichwort Kapern des Migrationsthemas oder Balkanroute“. Aber jetzt gehe es um etwas anderes, quasi die entgegengesetzte Strategie: Agenda-Cutting. „Es gibt einen ganzen Strang an unliebsamen Themen, die gesamthaft ein gefährliches Image kreieren können. Die ÖVP musste auf diese

Vorwürfe reagieren und versuchen, in diesem Teilbereich andere Akzente zu setzen.“ Ebenfalls wichtig werde es in den nächsten Wochen sein, die Handlungsfähigkeit des Finanzministers unter Beweis zu stellen. „Die zweite Möglichkeit wäre, ihn zu verstecken, dann wäre aber der Vorwurf der eingeschränkten Handlungsfähigkeit, den die Opposition macht, bis zu einem gewissen Grad unterstrichen.“

Wie gefährlich die Blümel-Affäre der türkisen ÖVP werden kann, hänge von den weiteren Entwicklungen ab, sagt Politikberater Hofer. „Wir wissen eben noch nicht, ob sie wirklich diese Substanz hat. Aber wenn es wirklich zu einer Anklage kommen sollte, wird es sehr schwer sein, ihn zu halten.“

obmann mit ‚Rülpser aus Wien‘ wahrscheinlich den Gesundheitsminister gemeint hat.“ Der bequeme Polster, den Kurz sich bei der Machtergreifung in der ÖVP verschafft hat – mit der Befriedung der potenziell lästigen Bünde und Landeshauptleute –, wird dünner.

Gestörtes Koalitionsklima

Dazu kommt, dass das Koalitionsklima in den letzten Wochen einer wahren Achterbahnfahrt glich. Ende Jänner sorgte der erwähnte „Fall Tina“, die Abschiebung eines gut integrierten Mädchens und seiner Familie nach Georgien, für schweres Ächzen im Gebälk. Die Koalition stand an der Kippe und konnte nur durch einen zähneknirschenden Kompromiss gerettet werden; für die ohnehin marginalisierten Grünen ein weiterer schwerer Glaubwürdigkeitsverlust. Und für die ÖVP ein Pyrrhussieg, der zwar Sympathien (und potenziell Stimmen) aus dem rechten Lager brachte, vor allem aber auch einen gedemütigten und wütenden Koalitionspartner – kein Vorteil in unsicheren Zeiten, in denen nicht einmal die ÖVP Neuwahlen wollen kann. Im Gegenteil. Die Geschehnisse der letzten Zeit, die an der Basis für gehörigen Unmut und Kritik an der Parteispitze rund um Werner Kogler gesorgt haben, zeigen: In der Causa Blümel kann die Kanzlerpartei nun nicht auf übertriebene Schonung durch den grünen Koalitionspartner hoffen. Obwohl die Grünen beim Misstrauensvotum gegen den Finanzminister nicht mitstimmten, äußerte sich die grüne Klubobfrau Sigrid Maurer vor der entscheidenden Sitzung ungewohnt deutlich: „In den letzten Tagen mussten wir leider den Eindruck gewinnen, dass die ÖVP ein gestörtes Verhältnis zur unabhängigen Justiz hat.“



2021 ist für die ÖVP bisher ein schwarzes Jahr. Und der Nimbus von Sebastian Kurz hat Kratzer abbekommen“

Christoph Haselmayer
Der Meinungsforscher über die heurige Performance der ÖVP



KRISELNDE BEZIEHUNG. Zwischen Kanzler Sebastian Kurz und Grünen-Chef Werner Kogler (links) läuft es nicht wirklich rund. Der kleinere Koalitionspartner versucht nach den letzten Ereignissen, sich zunehmend gegenüber der ÖVP zu profilieren

Die nervösen Attacken auf die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft zeigen, dass die Kanzlerpartei ein sehr selektives Verhältnis zum Rechtsstaat hat, je nachdem, wie es ihr gerade passt.“ Überdies soll auch das Tauschgeschäft zwischen der grünen Infrastrukturministerin Leonore Gewessler und Finanzminister Blümel um weitere Hilfgelder für ÖBB und Westbahn zur Aufrechterhaltung des Vollbetriebs nicht gerade friktionsfrei verlaufen sein. Die Grünen versuchen also, gegenüber dem größeren Koalitionspartner verstärkt Profil zu zeigen – was wiederum Potenzial für neue Konflikte und regierungsinternen Streit bedeutet.

Erstarkte Opposition

Und noch weniger vornehmer klingt es, wenn FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl zur Causa Blümel im Parlament vom Leder zieht – und den Finanzminister für „handlungsunfähig“ erklärt. Fakt ist: Die Krise der ÖVP geht mit einer Stärkung der Opposition einher. Während die FPÖ versucht, Menschen abzuholen, die mit den strengen Corona-Maßnahmen unzufrieden sind, will SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner mit Kompetenz und Sachlichkeit punkten, und die Neos bieten sich als Alternative für enttäuschte Grün-Wähler an. Diese Strategien, scheint es, gehen auf: Während die Regierung in Umfragen nun

langsam zu schwächeln beginnt – die Grünen mehr als die ÖVP –, können sich die parlamentarischen Oppositionsparteien konsolidieren. Laut der jüngsten IFDD-Umfrage hat die ÖVP im Vergleich zur letzten Nationalratswahl bei der Wählerzustimmung von 37,5 auf 35 Prozent verloren; die Grünen sogar von 13,9 auf zehn Prozent – mit Tendenz nach unten. Dagegen hat die SPÖ von 21,2 auf 24 Prozent zugelegt, die FPÖ von 16,2 auf 18 Prozent und die Neos von 8,1 auf elf Prozent. Leicht machen werden es Rendi-Wagner und Co. Kanzler Kurz und seiner Regierung in den nächsten Wochen und Monaten sicherlich nicht. Der Bann ist gebrochen. Die Regierung Kurz strauchelt, und die Opposition, selbstbewusst geworden, tut das Ihre, so der Tenor der Politikbeobachter. Meinungsforscher Haselmayer: „2021 ist für die ÖVP bisher ein schwarzes Jahr. Und der Nimbus von Sebastian Kurz als unangreifbarer Kanzler hat augenscheinlich Kratzer abbekommen.“ **N**



Anna Gasteiger und Günter Fritz
Politik und Wirtschaft
Was meinen Sie?
Schreiben Sie uns!
fritz.guenter@news.at
gasteiger.anna@news.at

„www.krone.at“, 18.02.2021

KURZ-VERWECHSLUNG

ÖVP legt nach: „Eindeutige Schlamperei der WKStA“

Wenige Stunden nach der [eidesstattlichen Erklärung der ehemaligen Novomatic-Aufsichtsrätin Martina Kurz](#), wonach sie mit „Kurz“ in jenem mittlerweile berichtigten Kalendereintrag von Novomatic-Eigentümer Johann Graf gemeint gewesen sei, hat ÖVP-Klubobmann August Wöginger am Donnerstag zu einem neuen Rundumschlag gegen die Vorgehensweise der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) ausgeholt. Er sprach von „Fehlern und falschen Annahmen der WKStA“ gegenüber Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP).

Laut Wöginger werde Blümel seit Tagen mit falschen Vorwürfen konfrontiert und sprach von „Verfehlungen“ und „eindeutigen Schlampereien“ der Ermittler. Denn die bloße Annahme, dass sich Graf mit Kanzler Sebastian Kurz getroffen haben könnte, hätten laut Wöginger zur Hausdurchsuchung von Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) geführt. Diese Vorgehensweise sei für den ÖVP-Klubobmann daher „eines Rechtsstaats unwürdig“, die Beschuldigungen gegen Blümel seien „menschlich letztklassig“.

Für Debatten sorgte zuletzt ein Kalendereintrag bei Novomatic-Gründer Johann Graf über ein Treffen mit „Kurz“ in dieser Zeit. Dazu hat sich am Donnerstag die frühere Novomatic-Aufsichtsrätin Martina Kurz zu Wort gemeldet. Grafs Schwiegertochter bestätigte in einer Aussendung dessen Darstellung, wonach sie selbst und nicht der heutige Kanzler Sebastian Kurz sich am 25. Juli 2017 mit dem Glücksspiel-Milliardär getroffen habe.

„Vorwürfe brechen wie ein Kartenhaus zusammen“

Wöginger übte dabei scharfe Kritik an der WKStA: „Man hätte ja gleich vorher nachfragen können, um wen es sich beim Eintrag ‚Kurz‘ handelt. Das hat man aber nicht gemacht, stattdessen aber eine rechtswidrige Hausdurchsuchung bei Blümel gemacht“, ärgerte sich Wöginger. In Deutschland wäre so eine Vorgehensweise undenkbar. Mit der Klarstellung von Martina Kurz würden die Vorwürfe gegen Blümel nun „wie ein Kartenhaus zusammenbrechen“.

Wöginger fordert Richtigstellung

Wöginger zählte einige Fälle auf, in denen es Verfehlungen seitens der WKStA gegeben hätte (Hausdurchsuchung BVT, Abhörmanöver innerhalb der Beamtenschaft, Anzeige gegen eine Journalistin, Veröffentlichung von Leaks). Das Vorgehen im Fall Blümel sei für Wöginger der „Höhepunkt an Verfehlungen und Schlampereien“. Er fordere nun eine Richtigstellung, denn man könne nicht nur immer anschuldigen, „wenn derartige massive Verfehlungen stattfinden“.

Der ÖVP-Klubobmann betonte jedoch gleichzeitig auch, dass die rund 2700 Richter und Staatsanwälte in Österreich ihre Arbeit korrekt und gut ausführen. „Durch Schlampereien und fragwürdiges Agieren einiger weniger, wird dieses Ansehen jedoch in Misskredit gebracht.“

Blümel verzichtet auf Rechtsmittel gegen Hausdurchsuchung

Blümel selbst plant unterdessen kein Rechtsmittel gegen die Hausdurchsuchung. „Ich will das Verfahren nicht verzögern, sondern beschleunigen und deshalb werde ich davon Abstand nehmen“, sagte Blümel. Unterdessen wurden am Donnerstag weitere Details aus dem Ermittlungsakt in der Causa Casinos Austria und Novomatic, in der Blümel als Beschuldigter geführt wird, publik. So soll sich [Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann mit Blümel](#) nicht nur über mögliche Parteispenden und Treffen mit dem damaligen Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP) per SMS unterhalten haben, sondern auch über die Auswahl der ÖVP-Kandidaten für die Nationalratswahl 2017.

Die SPÖ warf der ÖVP am Donnerstag vor, mit ihren wiederholten Attacken auf die WKStA die Justiz zu schwächen. „Grundsätzlich halte ich diese Angriffe auf die Justiz einer Regierungspartei für unwürdig“, meinte SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner bei einer Pressekonferenz. Blümel habe das Amt des Finanzministers beschädigt und sei in seiner Handlungsfähigkeit eingeschränkt: „Das Budget ist die in Zahlen gegossene Politik, da braucht es Stärke.“

„www.zackzack.at“, 18.02.2021



MARTINA KURZ TAUCHT AUF

„Termin war mit mir!“

Die PR-Schlacht um Ermittlungen gegen die ÖVP geht in eine neue Runde. Ex-Novomatic-Aufsichtsrätin Martina Kurz gibt die Entlastungszeugin.

Wien/Gumpoldskirchen 18. Februar 2021 | Zwölf Seiten. So lang ist die Anordnung der Hausdurchsuchung bei Finanzminister Blümel, gegen den wegen Bestechlichkeit und Amtsmissbrauch ermittelt wird. Ein bestimmter Satz aus der Anordnung treibt die ÖVP seit Tagen um: „Am 25. Juni findet sich im Terminkalender der persönlichen Assistentin des Johann GRAF ein Termin mit dem Betreff ‘Kurz.’“

ÖVP-Politiker vom Kanzler abwärts betonen seit Tagen: Die Durchsuchung sei wegen dieses Termins angeordnet worden und beim Termin handle es um eine Verwechslung. Die Staatsanwaltschaft habe übersehen, dass die Schwiegertochter und damalige Novomatic-Aufsichtsrätin Martina Kurz heißt.

Beides ist falsch. In der seitelangen Begründung der Hausdurchsuchung ist der „Termin mit Kurz“ ein völliger Nebenaspekt. Und in einem über 500 Seiten starken Aktenvermerk der WKStA zur Causa wiesen die Ermittler selbst auf die Namensgleichheit zwischen Martina und Sebastian Kurz hin.

Graf-Schwiegertochter gibt eidesstattliche Erklärung ab

Ob der Termin nun mit Sebastian oder Martina geplant war, ist nicht erwiesen. Die Ermittler gehen davon aus, dass es sich wahrscheinlich um Sebastian handelte. Im Kalender Grafs findet sich nämlich kein einziger weiterer Termin mit seiner Schwiegertochter. Dafür hatte Novomatic-CEO Harald Neumann für Graf bei Gernot Blümel um einen Termin mit Sebastian Kurz gebeten.

Martina Kurz gab nun eine eidesstattliche Erklärung ab, der zufolge sie zum fraglichen Zeitpunkt, dem 25. 07. 2017 um 13:00 einen Termin mit ihrem Schwiegervater hatte. Das erklärte Martina Kurz' Anwalt Christopher Schank am Donnerstag.

„APA“, 18.02.2021

Parteispenden - Novomatic will gegen Hausdurchsuchung vorgehen

Utl.: Glücksspielkonzern plant Beschwerde beim Oberlandesgericht - Martina Kurz bestätigt "Verwechslung" mit Kanzler Kurz - Konzern-Chef Neumann interessierte sich für ÖVP-Kandidatensuche

Wien/Gumpoldskirchen (APA) - Während Finanzminister Gernot Blümel keine Beschwerde gegen seine Hausdurchsuchung einlegen wird, will der Glücksspielkonzern Novomatic rechtlich dagegen vorgehen. Firmenanwalt Michael Rohregger kritisierte gegenüber der APA, dass sich die Anordnung der Korruptionsstaatsanwaltschaft nur auf Vermutungen stütze und auch ein gelinderes Mittel ausgereicht hätte. Damit müsste sich in weiterer Folge das Oberlandesgericht Wien mit der Zulässigkeit der Razzia befassen.

Die Korruptionsstaatsanwaltschaft prüft, ob der Glücksspielkonzern Novomatic der ÖVP 2017 Geld im Abtausch für die Unterstützung bei einem Steuerproblem in Italien geboten hat. Für Debatten sorgte hier zuletzt ein Kalendereintrag bei Novomatic-Gründer Johann Graf über ein Treffen mit "Kurz" in dieser Zeit. Dazu hat sich am Donnerstag die frühere Novomatic-Aufsichtsrätin Martina Kurz zu Wort gemeldet. Grafs Schwiegertochter bestätigte in einer Aussendung dessen Darstellung, wonach sie selbst und nicht der heutige Kanzler Kurz sich am 25. Juli 2017 mit dem Glücksspiel-Milliardär getroffen habe.

Allerdings ist der Kalendereintrag nur ein Indiz in den Ermittlungen. Ausgangspunkt ist eine Nachricht Neumanns an Blümel vom 10. Juli 2017. Darin bittet der damalige Novomatic-Chef um einen Termin bei Kurz wegen einer Parteispende sowie "bezüglich eines Problems, das wir in Italien haben". ÖVP-Chef Sebastian Kurz war damals Außenminister, sammelte Wahlkampfspenden und absolvierte Events mit Firmenchefs, darunter auch Neumann. Gegen Blümel und zwei weitere Personen laufen Ermittlungen wegen Bestechung und Bestechlichkeit. Alle Beteiligten weisen die Vorwürfe zurück und betonten, dass kein Geld geflossen sei.

Novomatic will nun auch rechtlich gegen die Hausdurchsuchung am Firmensitz vorgehen - und zwar mit zumindest zwei Argumenten. Erstens kritisiert Anwalt Rohregger, "dass sich die Anordnung nur auf Vermutungen stützt, von denen sich bei zwei in wenigen Tagen herausgestellt hat, dass sie nicht stimmen". Denn tatsächlich habe es weder eine Spende an die ÖVP noch ein Treffen zwischen Graf und Kanzler Kurz gegeben. Und zweitens geht Rohregger davon aus, dass wegen der besonderen öffentlichen Bedeutung des Falles nicht die Staatsanwaltschaft sondern das Gericht die Razzia hätte anordnen müssen. Die Beschwerdefrist läuft bis kommenden Donnerstag.

Blümel selbst plant dagegen kein Rechtsmittel gegen die Hausdurchsuchung. "Ich will das Verfahren nicht verzögern, sondern beschleunigen und deshalb werde ich davon Abstand nehmen", sagte Blümel bei einer Pressekonferenz. Auch die von der ÖVP zuvor erhobenen Vorwürfe gegen die WKStA wiederholte Blümel nicht und lobte stattdessen deren "sehr professionelle und sehr sensible Vorgangsweise".

Indessen werden immer mehr Details über die Besprechungen Blümels mit dem früheren Novomatic-Chef Neumann bekannt. Laut von "Standard" und "Oberösterreichischen Nachrichten" veröffentlichten Chats interessierte sich dieser intensiv für die Kandidatenauswahl der ÖVP im Wahlkampf 2017. "Das sind doch keine Experten!! Sorry für die offenen Worte aber der Oktober ist zu wichtig!", schrieb er über zwei der damaligen Quereinsteiger an Blümel.

Die SPÖ warf der ÖVP am Donnerstag vor, mit ihren wiederholten Attacken auf die Korruptionsstaatsanwaltschaft die Justiz zu schwächen. "Grundsätzlich halte ich diese Angriffe auf die Justiz einer Regierungspartei für unwürdig", meinte SP-Chefin Pamela Rendi-Wagner bei einer Pressekonferenz. Blümel habe das Amt des Finanzministers beschädigt und sei in seiner Handlungsfähigkeit eingeschränkt: "Das Budget ist die in Zahlen gegossene Politik, da braucht es Stärke."

„APA“, 18.02.2021

Parteispenden - Martina Kurz bestätigt "Verwechslung"

Utl.: Laut Graf-Anwalt eidesstattliche Erklärung: Treffen am 25. Juli 2017 zwischen Novomatic-Chef und Aufsichtsrätin Martina Kurz

Wien/Gumpoldskirchen (APA) - In der Debatte um eine etwaige Namensverwechslung rund um die Ermittlungen gegen Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) hat sich am Donnerstag die frühere Novomatic-Aufsichtsrätin Martina Kurz zu Wort gemeldet. Ein Treffen von Novomatic-Chef Johann Graf mit einer Person namens "Kurz" war als einer der Gründe für die Hausdurchsuchung genannt worden. In einer eidesstattlichen Erklärung betont Martina Kurz, dass es sich um einen persönlichen Termin von ihr bei Graf gehandelt habe.

Im Akt der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) wird von den Ermittlern rund um einen entsprechenden Kalendereintrag vom 25. Juli 2017 von Graf mit "Kurz" laut Medienberichten explizit darauf hingewiesen, dass Grafs Schwiegertochter Martina Kurz heiße, man aber dennoch davon ausgehe, dass es sich um den Kanzler handle.

Am Donnerstag wandte sich nun abermals Grafs Rechtsanwalt Christopher Schrank in einer Presseaussendung an die Öffentlichkeit, um noch einmal zu betonen, dass es sich "bei dem in der Durchsuchungsanordnung der WKStA angesprochenen Termin mit dem Betreff 'Kurz' um eine Besprechung zwischen meinem Mandanten und der damaligen Aufsichtsrätin Mag. Martina Kurz gehandelt hat". Martina Kurz habe dies auch in einer eidesstattlichen Erklärung festgehalten: "Ich war im Juli 2017 Mitglied des Aufsichtsrates der NOVOMATIC AG und hatte am 25.07.2017 um 13:00 Uhr einen persönlichen Termin mit Prof. Johann Graf. Es ist mir ein Anliegen, mit dieser Klarstellung die in den letzten Tagen öffentlich kommunizierte Verwechslung aufzuklären", hieß es in der Aussendung. Die ÖVP kritisiert die WKStA seit Tagen aufs Schärfste und verweist dabei unter anderem auf diesen Aspekt. "Dass es aufgrund einer Namensverwechslung bei einem Kalendereintrag zu einer Hausdurchsuchung bei einem Regierungsmitglied gekommen ist, zeugt von wenig gewissenhafter Arbeit", hatte etwa ÖVP-Klubchef August Wöginger gemeint. Blümel selbst wiederholte bei einer Pressekonferenz am Donnerstag die Kritik an der WKStA nicht und lobte im Gegenteil die "sehr professionelle und sehr sensible Vorgangsweise".

„APA“, 18.02.2021

Causa Casinos – Stellungnahme zum Kalendereintrag mit dem Betreff "Kurz"

Wien (OTS)- Im Hinblick auf die Mutmaßung zu einem allfälligen Treffen mit Bundeskanzler Sebastian Kurz hält Dr. Christopher Schrank, Rechtsvertreter von Prof. Johann Graf, namens seines Mandanten Folgendes fest:

Mittlerweile konnte verifiziert werden, dass es sich bei dem in der Durchsuchungsanordnung der WKStA angesprochenen Termin mit dem Betreff "Kurz" um eine Besprechung zwischen meinem Mandanten und der damaligen Aufsichtsrätin Mag. Martina Kurz gehandelt hat. Frau Mag. Martina Kurz hat dies in einer eidesstattigen Erklärung wie folgt bestätigt:

"Ich war im Juli 2017 Mitglied des Aufsichtsrates der NOVOMATIC AG und hatte am 25.07.2017 um 13:00 Uhr einen persönlichen Termin mit Prof. Johann Graf. Es ist mir ein Anliegen, mit dieser Klarstellung die in den letzten Tagen öffentlich kommunizierte Verwechslung aufzuklären."

Rückfragen & Kontakt:

Dr. Christopher Schrank

Rechtsanwalt

01/522 57 00

schrank@brandltalos.com

www.brandltalos.com

„www.krone.at“, 18.02.2021

Angeblicher Novomatic-Deal: WKStA ermittelt nicht



(Bild: APA, AFP, Krone KREATIV)

Jan Krainer, SPÖ-Fraktionsführer im Ibiza-U-Ausschuss, war mit seiner Anzeige gegen Finanzminister Gernot Blümel, dessen Vorgänger Hartwig Löger (beide ÖVP), ÖBAG-Chef Thomas Schmid, Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann und andere wegen vermuteter Absprache des ÖVP-geführten Finanzministeriums mit Novomatic vor der Casinos-Austria-Hauptversammlung im Juni 2018 nicht erfolgreich. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) nimmt dazu keine Ermittlungen auf.

Die Strafverfolgungsbehörde hat keinen ausreichenden Anfangsverdacht feststellen können und nimmt deswegen keine Ermittlungen auf. Das geht aus einem Schreiben des zuständigen Oberstaatsanwalts vom 1. Februar 2021 hervor. In anderen Bereichen der Casinos-Affäre wird allerdings weiter ermittelt.

Novomatic klagte wegen Rufschädigung

Der niederösterreichische Glücksspielkonzern Novomatic hat Krainer wegen seiner öffentlich getätigten Aussagen zu dem angeblichen ÖVP-Novomatic-Deal wegen Kreditschädigung geklagt. Krainer hatte öffentlich von einem „schmutzigen Deal“ gesprochen. Dieses Verfahren am Handelsgericht Wien läuft weiter, der nächste Gerichtstermin ist Mitte Juni. Der Streitwert des Verfahrens liegt früheren Berichten zufolge bei rund 60.000 Euro.

Krainer hatte von der WKStA-Entscheidung noch keine Kenntnis, wie er am Mittwoch sagte. Dem Verfahren am Handelsgericht sieht er angesichts der Entwicklungen der vergangenen Woche „gelassener denn je“ entgegen. „Es würde mich wundern, wenn Novomatic die Klage nicht zurückzieht.“



SPÖ-Politiker Krainer hatte einen Verdacht auf einen ÖVP-Novomatic-Deal. Die WKStA sieht keinen.
(Bild: APA/Helmut Fohringer)

Krainer: Finanzministerium wolle Kontrolle über Casinos

Der SPÖ-Politiker hatte Ende September seine Anzeige eingebracht. Laut seiner Sachverhaltsdarstellung an die WKStA hatte Krainer vermutet, dass das ÖVP-geleitete Finanzministerium 2018 versucht habe, sich die Kontrolle über die Casinos Austria zu sichern. Die Novomatic sei angesichts ihrer 17,9 Prozent, die sie damals noch an der Casag hielt, das „Zünglein an der Waage“ gewesen, da sie sowohl mit der tschechischen Sazka-Gruppe als auch mit der staatlichen ÖBIB (jetzt ÖBAG) eine Mehrheit in der Casinos-Generalversammlung bilden habe können.

Verdacht auf Absprachen

Obwohl Sazka mit Novomatic eine Stimmrechtsvereinbarung geschlossen habe, sei es dem ÖVP-geführten Finanzministerium gelungen, die Novomatic dazu zu bringen, in der Hauptversammlung nicht gegen die ÖBIB zu stimmen und so „den Wunsch der ÖVP nach wesentlichem Einfluss auf die Casag zu erfüllen“. Auch die Besetzung des Aufsichtsrats sowie die Größe des Vorstands seien paktiert worden. Krainer hatte gegen die Angezeigten den Verdacht der Untreue, des Missbrauchs der Amtsgewalt, der Bestechlichkeit und der Bestechung vorgebracht. Für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung, sie haben die Vorwürfe stets vehement bestritten.

„Kurier“, 18.02.2021

Sima fehlte vor dem U-Ausschuss die Fantasie

Fragen zu Glücksspiel an SPÖ-Stadträtin

Befragung. Ihr fehle „ein bisschen die Fantasie, warum ich hier geladen bin“, hatte die Wiener SPÖ-Stadträtin Ulrike Sima am Mittwoch zu Beginn ihrer Befragung vor dem Ibiza-Untersuchungsausschuss erklärt. Immerhin kämpfe sie seit Jahren gegen illegale Automaten in Wien, für den Glücksspielkonzern Novomatic sei sie wohl „ein rotes Tuch“.

Erklärungsbedarf gab es dann aber doch, vor allem rund um die Inbetriebnahme von Video Lottery Terminals im Frühjahr 2018 im Prater. Damit sei sie nicht einverstanden gewesen, betonte Sima. Außerdem habe der damalige Finanzminister Hartwig Lö-

ger (ÖVP) das Aufstellen der Automaten genehmigt, ohne mit dem Land Kontakt aufzunehmen, so die Stadträtin.

ÖVP-Fraktionsführer Wolfgang Gerstl sprach sie in der Folge auch auf einen Chatverlauf zwischen dem Public-Affairs-Leiter von Novomatic, Stefan Krenn und dem damaligen Novomatic-Manager Harald Neumann an. Darin soll von einem Gespräch mit Sima die Rede sein. Ein solches habe laut Sima aber nie stattgefunden. Weder habe es einen Termin mit Krenn gegeben, den sie persönlich auch nicht kenne, noch habe ihr Neumann jemals Spenden angeboten oder in Aussicht gestellt.

„Kronen Zeitung“, 18.02.2021

Ereignisloser und kurzer Befragungstag im Ibiza-U-Ausschuss

Liberaler wollte Video nicht, Rote fühlte sich fehl am Platz



Wiens SPÖ-Stadträtin Ulli Sima fehlte „die Fantasie“ für ihre Ladung.

Und täglich grüßt das Murmeltier: Der Ibiza-U-Ausschuss hat sich gestern abermals mit dem erfolglosen Versuch von Ibiza-Anwalt M., das Video zu Geld zu machen, beschäftigt. Außerdem wurde die Wiener SPÖ-Stadträtin Ulli Sima zu ihrem Verhältnis zum Glücksspielkonzern Novomatic befragt.

Das Ibiza-Video zu Geld machen – diesen Versuch hatte Ibiza-Anwalt M. mehrmals erfolglos unternommen. Auch Alexander Zach, Ex-Politiker des Liberalen Forums, wurde das Video von M. für fünf Millionen Euro feilgeboten. Grund dafür ist Zachs Draht zum Unternehmer Hans Peter Haselsteiner, gegen den Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache im Video wettet. Das Angebot des Anwalts, den er aus Schultagen kenne, habe er

abgelehnt. Haselsteiner habe er nicht informiert.

Zuvor wurde die Wiener SPÖ-Stadträtin Ulli Sima befragt. Dafür, warum sie von der ÖVP geladen wurde, fehle ihr „ein bisschen die Fantasie“, sagte Sima. Später mutmaßte sie, dass sie für den Glücksspielkonzern Novomatic wohl ein „rotes Tuch“ sei, weil sie seit Jahren gegen illegale Automaten kämpfe.

Es war ein ereignisloser und kurzer Befragungstag – auch, weil der dritte Zeuge abgesagt hat. SAS, EV

**Thema
des Tages**



DORIS VETTERMANN

Missverständnisse

Die Welt ist voller Missverständnisse, jemand sagt etwas, das Gegenüber versteht es anders – schon ist der Murks da. Gernot Blümel kennt sich mit der Thematik aus. Als „ein einziges großes Missverständnis“ habe er die österreichische Medienpolitik kennengelernt, wie er, damals Kanzleramtsminister in der türkis-blauen Regierung, bei einer Enquete 2018 erklärte. Im vergangenen Herbst ortete Blümel ein weiteres Missverständnis: Nur um ein solches könne es sich beim Hinterfragen des Fixkostenzuschusses durch die EU handeln, meinte der Finanzminister.

Ein Missverständnis kann aber auch künstlich herbeigeredet werden. Oder als Behauptung missbraucht werden. So wie im Fall der ÖVP, die beharrlich behauptet, der Eintrag „Kurz“ im Kalender von Novomatic-Eigentümer Johann Graf betreffe nicht den Kanzler, sondern Grafs Schwiegertochter Martina Kurz, die damals im Aufsichtsrat der Novomatic saß. Die Türken geben auch vor, dass das niemand aufgefallen und außerdem der Grund für die Hausdurchsuchung bei Blümel gewesen sei. All dies stimmt jedoch nicht, die vermeintliche Verwechslung war keine.

Einer der ganz Großen im Missverständnis-Fach ist übrigens der ehemalige Wiener FPÖ-Obmann Hilmar Kabas. Er schimpfte im Jahr 2000 den damaligen Bundespräsident Thomas Klestil einen „Lump“ – und meinte nachher, er habe so etwas wie „Hump“ oder „Dump“ gesagt. Man kann auch nach Tirol blicken: „Widerwärtiges Luder“ müsse schließlich nicht zwingend negativ gemeint sein . . .

„Standard“, 18.02.2021

Erste Korruptionsanklage in Causa Ibiza steht bevor

Der Fall Privatkliniken wird zur Anklage gebracht – Im U-Ausschuss geht es indes um Nebenschauplätze

Wien – Fast zwei Jahre nach dem Erscheinen des Ibiza-Videos dürfte es zur ersten Anklage gegen den einstigen FPÖ-Chef und Vizekanzler Heinz-Christian Strache kommen. Dabei geht es um die Causa Privatkliniken: Strache hatte als Regierungsmitglieder dafür geworben, dass die Klinik des einstigen Glücksspielmanagers und Rennfahrers Walter Grubmüller in den sogenannten Prikras-Fonds aufgenommen wird. Dadurch konnte sie Leistungen direkt mit den Sozialversicherungen verrechnen.

Weil Grubmüller an die FPÖ gespendet und Strache auf seine Yacht eingeladen hatte, vermutete die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) Korruption. Sie ermittelte gegen insgesamt vier Personen, nun soll dem Vernehmen nach Anklage erhoben werden – allerdings nicht gegen alle bislang Beschuldigten.

Der Vorhabensbericht der WKStA wurde dem Justizministerium am 8. Februar von der Oberstaatsanwaltschaft Wien übermittelt, eine Entscheidung dürfte unmittelbar

bevorstehen. Rund um die Causa Prikras laufen nun auch Verdachtsprüfungen gegen den Ex-Finanzminister Hartwig Löger und Manager der Uniqia-Tochter Premiamed, für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung.

Bewegung bei Casinos

Auch in der Causa prima, dem Streit rund um die Besetzung des Vorstands der Casinos Austria AG (Casag), tut sich etwas – allerdings nicht im strafrechtlichen Bereich. Vielmehr findet am Donnerstag am Handelsgericht eine Verhandlung zwischen dem einstigen blauen Bezirksrat und Finanzmanager Peter Sidlo und der Casag statt. Sidlo hatte seinen ehemaligen Arbeitgeber wegen seiner vorzeitigen Abberufung als Finanzvorstand geklagt, es geht um 2,3 Millionen Euro. Vergleichsverhandlungen waren zuvor gescheitert, morgen steht die Einvernahme von Kläger Sidlo an.

Die Casag sah Sidlo nicht mehr als glaubwürdig an, weil er den Aufsichtsrat bei seiner Bestellung nicht über die Absprachen mit vor allem

freiheitlichen Politikern aufgeklärt habe. Es könnte bei der Verhandlung also auch um Sidlos Beziehungen zu FPÖ-Politikern gehen.

Eine Rolle im U-Ausschuss spielte eine Firmenveranstaltung von Sidlos einstigem Arbeitgeber, der Firma Sigma, bei der auch blaue Politiker dabei gewesen sein soll.

Einigen von Sidlos Bekannten wurde das als „40er-Feier“ von Sidlos Frau beworben, der dort eine Chanel-Handtasche überreicht wurde. „Einigen Gästen gegenüber wurde die Veranstaltung als ‚Geburtsstagsfeier‘ angekündigt, um sie auf diese Weise zur Teilnahme zu motivieren“, sagte Sidlos Anwalt Gerald Ruhri.

Hat Sidlo eine private Feier auf Kosten seiner Firma abgehalten, wie der SPÖ-Abgeordnete Christoph Matznetter im U-Ausschuss fragte? Das könne „allein deswegen schon nicht sein, weil die Einladungsliste abgestimmt war und ich als einziger Eigentümer der Sigma Investment AG dort als Vorstandsvorsitzender die Eröffnungsrede gehalten habe“, erklärte Sigma-Chef Markus Braun.

Dort geladen war am Mittwoch die Wiener Stadträtin Ulrike Sima, die über Kontakte der Novomatic zu Vertretern der Stadt Wien Auskunft geben sollte.

Sima als „rotes Tuch“

Sima sah sich selbst als „rotes Tuch“ für Novomatic, immer wieder habe es „Jammertreffen“ mit Managern des Glücksspielkonzerns oder der Casag gegeben. Sie habe diesen gesagt, sie ließe sich „nicht verhaschen“. Sima selbst wollte das kleine Glücksspiel „nie in Wien“, Spenden seien ihr keine angeboten worden. Sima wurde, ebenso wie ein früherer Politiker des Liberalen Forums, von der ÖVP geladen.

Letzterer erzählte darüber, wie ihm das Ibiza-Video angeboten worden sei. Ihm war ein Tonband vorgespielt worden, auf denen Strache und sein Vize Johann Gudenus über Hans Peter Haselsteiner und dessen „Staatsaufträge“ diskutierten. Das Material sei von ihm als „wertlos“ eingestuft worden, so der einstige Politiker, der selbst beruflich mit Haselsteiner zu tun hat. (fsc, gra)

Offene SMS-Worte

Die türkise Maschine läuft. Die Korruptionsstaatsanwaltschaft wagt es, bei Finanzminister Gernot Blümel eine Hausdurchsuchung zu machen? Das muss mit einer massiven Einschüchterungskampagne beantwortet werden. Kanzler und Parteiobmann Sebastian Kurz gibt die Parole vor, und die türkisen Gefolgsleute beten sie nach, von der ÖVP-Justizsprecherin Michaela Steinacker bis zur Ministerin Karoline Edtstadler und anderen.

Jetzt will die ÖVP vom Justizministerium wissen, „auf welche Informationen oder Hinweisen der Antrag auf Hausdurchsuchung gegründet war“. Na, zum Beispiel auf eine SMS des Novomatic-Chefs Harald Neumann an Blümel vom Sommer 2017, wo in einem Atemzug von „Termin bei Kurz“,

„Spende“ und „Problem in Italien, das wir haben“ die Rede ist. Spende sei keine geflossen, sagt die ÖVP, und Unternehmern helfe man immer. Klar, Unschuldsvermutung, aber der Manager Harald Neumann benahm sich wie einer, der in der ÖVP was zu sagen hat.

Etwas später mischte er sich in einer SMS an Blümel in die Kandidatenauswahl der ÖVP für den Wahlkampf im Oktober ein.

RAU

Dass Kurz zwei Quereinsteiger auf die Liste setzte, gefiel Neumann gar nicht. „Das sind doch keine Experten! Sorry für die offenen Worte, aber der Oktober ist zu wichtig!“. Es ist nicht bekannt, dass Blümel diese (von noch mehr abwertenden Charakteristika begleitete) Anmaßung des Novomatic-Managers zurückgewiesen hätte.



Finanzminister Gernot Blümel ist derzeit medial omnipräsent – gemeinsam mit Anschöber versprach er, dass die Koalition noch vier Jahre halten werde.

Foto: APA

Blümel im Visier der Ermittler: Vom vermeintlichen Boten zur Schlüsselfigur

Der WKStA-Akt zeigt Neumanns Praktiken auf und beleuchtet auch Kurz' Rolle

VON ANNETTE GANTNER

WIEN. Finanzminister Gernot Blümel (VP) ist derzeit omnipräsent. Jeden Tag tritt er bei Pressekonferenzen auf: am Dienstag zum Arbeitsmarkt, gestern zur Kurzarbeit, morgen zur Finanzverwaltung. Fast als würde er dem Motto folgen: „Nur keine Schwäche zeigen.“

Auch der VP-Parlamentsklub stellt sich schützend vor den angeschlagenen Minister. Am Mittwoch brachte der Klub eine Anfrage an das Justizministerium ein. Die türkisen Mandatäre wollen unter anderem wissen, welche Verdachtsmomente dazu geführt haben, dass Blümel von der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) als Beschuldigter geführt wird, und ob tatsächlich eine Spende der Novomatic an die ÖVP stattgefunden habe.

Chatverläufe, Terminkalender

535 Seiten umfasst der Akt der WKStA, in dem penibel und anhand mehrerer Chatverläufe die Vorwürfe gegen Blümel untermauert werden. Der Beschuldigterstatus geht auf das bekannte SMS vom damaligen Novomatic-Chef Harald

Neumann zurück, in dem er am 12. Juli 2017 den damaligen Wiener VP-Chef Blümel um einen „Termin bei Kurz“ bittet, „erstens wegen Spende und zweitens bezüglich eines Problems, das wir in Italien haben“. Eine Bitte, die Blümel an den damaligen Generalsekretär des Finanzressorts, Thomas Schmid, weiterreichte.

Post für den Justizminister

Schon 2014 hatte Neumann Blümel als Boten im Auge. Damals schrieb Neumann an einen Spitzenbeamten des Justizministeriums ein E-Mail. Es ging um ein gegen Neumann geführtes Strafverfahren in der Telekom-Causa. Neumann wollte diesbezüglich dem damaligen Justizminister Wolfgang Brandstetter (VP) einen Brief zukommen lassen. „Habe an Mag. Blümel gedacht, ist neuer ÖVP BundesGF und hat daher direkten Zugang oder hast du eine bessere Idee“, schreibt Neumann an den Topbeamten.

Interessant ist auch, dass Neumann sich nicht mit politischen Kommentaren zurückhielt. „Hello Gernot, nach der Opernball Lady jetzt auch Taschner. Der ist wirk-

lich kein Gewinn. Haben den eine Zeitlang beschäftigt und der ist ein echter Opportunist! Das sind doch keine Experten! Sorry für die offenen Worte aber der Oktober ist zu wichtig! lg Harald“, schreibt Neumann.

In dem Akt, der den OÖNachrichten vorliegt, finden sich zahlreiche Chats des einstigen Novomatic-CEOs mit unterschiedlichen Adressaten. Wenig hält Neumann etwa davon, dass Casinos-Managerin Bettina Glatz-Kremsner zur stellvertretenden VP-Chefin auftritt, und er kommentiert ihre vertraulichen Abfertigungsansprüche. Aus den Chats geht auch hervor, dass Sebastian Kurz als Bundeskanzler wesentlich in entscheidende Fragen der Casag (Casinos Austria) eingebunden gewesen sei.

Beim Nobelitaliener

Vielfach enthält der Akt einfach nur Terminabklärungen: etwa ein Abendessen mit Kurz, dessen Beraterin Antonia Mei-Pochtler und einer Handvoll Wirtschaftstreiber beim Nobelitaliener Fabios am 25. September 2017, zu dem auch Neumann eingeladen wurde.

In dem WKStA-Akt wird von den Ermittlern rund um einen Kalendereintrag von Novomatic-Eigentümer Johann Graf mit „Kurz“ explizit darauf hingewiesen, dass Grafs Schwiegertochter Martina Kurz heiße, man aber dennoch davon ausgehe, dass es sich um den Kanzler handle. Zuletzt hatte die ÖVP insinuiert, dass es um eine Namensverwechslung gehe.

Auch andere Kontakte

Auch gestern war die ÖVP bemüht, sich von der Causa zu distanzieren und aufzuzeigen, dass Novomatic-Kontakte nichts Ungewöhnliches seien. VP-Verfassungssprecher Wolfgang Gerstl verwies auf Kalendereinträge Grafs mit Wiens Bürgermeister Michael Ludwig, Burgenlands Landeshauptmann Hans Peter Doskozil (beide SP) und ÖGB-Chef Wolfgang Katzian.

Zumindest auf koalitionärer Ebene gestaltete sich für Blümel der gestrige Tag ruhig. Beim gemeinsamen Medienauftritt ließen Blümel und Gesundheitsminister Rudi Anschöber (Grüne) wissen, dass die Koalition gut arbeite und trotz aller Konflikte noch vier Jahre halten werde.

MENSCHEN

HARALD NEUMANN

Das Glück ist ein Vogerl

VON LUCIAN MAYRINGER

Eigentlich sollte es um Harald Neumann ruhig geworden sein. Zumindest war das vor knapp einem Jahr die Intention, als Novomatic-Gründer Johann F. Graf den Abgang des damals 58-jährigen Wienerers samt Millionenabfindung verkünden ließ. Der mit 23.000 Mitarbeitern größte Glücksspielkonzern Europas sollte nach den Verstrickungen in die Casinos-Affäre und dem Machtkampf mit der tschechischen Sazka-Gruppe wieder aus den Schlagzeilen kommen. In der Zwischenzeit ist es freilich richtig turbulent geworden, was vor allem an Neumanns SMS-Verkehr mit dem heutigen Finanzminister Gernot Blümel (VP) über Parteispenden sowie kleinere und größere Gefälligkeiten liegt.

Ein Blick auf die Karriere des hochgeschossenen Slim-Fit-Managers mit Wirtschaftsabschluss zeigt, dass in seinem Netzwerk die Politik schon lange fixer Bestandteil ist. 2003 wurde Neumann nach Stationen bei Alcatel vom damaligen Finanzminister Karl-Heinz Grasser (FP/VP) an die Spitze des Bundesrechnungszentrums gesetzt. Danach (2006) übernahm er die Leitung der Sicherheitsfirma G4S, wo Ex-Innenminister Ernst Strasser (VP) Aufsichtsrat war. Dass Neumann dort die Valora des mittlerweile (nicht rechtskräftig) in der Causa Buwog verurteilten Lobbyisten Peter Hohegger mit Aufträgen versorgte, führte zu Reibereien.

Die beste Zeit des Ex-Boxers, Golfers und Jägers begann 2014, nachdem ihn Graf zum CEO von Novomatic gemacht hatte. Neumann, der im Gegensatz zum introvertierten Gründer Graf als Alphetier und Gesellschafts-



Ex-Novomatic-Chef Neumann unter Druck Foto: APA

tiger mit Lamborghini als Dienstwagen auftrat, wird ein maßgeblicher Anteil am Aufstieg des Konzerns aus Gumpoldskirchen zugeschrieben. Dass der verwitwete vierfache Vater mit Bernhard K. den Ex-Sprecher der VP-Politiker Ernst Strasser und Wolfgang Sobotka zu Novomatic holte, könnte aber den Beginn einer Pechsträhne markieren. K. soll die Idee geboren haben, seinen ehemaligen Firmenpartner, den FP-Bezirksrat Peter Sidlo, zum Casinos-Finanzvorstand zu machen. Seither rollt die Kugel im Polit-Roulette.

Auf die Nerven gehen bis zur Kapitulation

Korruptionsjäger klagen über Behinderungen und werfen zermürbt das Handtuch. Wie unabhängig kann die österreichische Justiz arbeiten, wenn es gegen die Mächtigen geht? VON CHRISTINA PAUSACKL

In Österreich wurde wieder einmal Geschichte geschrieben, und wie so oft verheißt das wenig Gutes. Es geht um hochrangige Politiker und einen Glücksspielkonzern, um den Verdacht auf verdeckte Parteispenden und um den Vorwurf der Bestechlichkeit. Mit-tendrin: Gernot Blümel, der amtierende Finanzminister. Es geht aber auch um die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA), die Antikorruptionsbehörde, die 2011 geschaffen wurde, um solche Verdachtsfälle fernab von politischem Druck aufzuklären, und die seit Monaten davon berichtet, wie sie "von oben" unter Druck gesetzt und behindert werde.

Es geht um die ÖVP, die eine Regierungspartei, die diese Antikorruptionsbehörde jetzt offen attackiert, und um die Grünen, die andere Regierungspartei, die der ÖVP ein "selektives Verhältnis zum Rechtsstaat" vorwirft.

Es geht also um die bisher schwerste Koalitionskrise. Und um Fragen, die bis an die demokratischen Grundpfeiler reichen: Wie unabhängig kann die österreichische Justiz arbeiten, wenn die Mächtigen im Fokus von Ermittlungen stehen? Und wie ernst ist es der Republik überhaupt mit dem Kampf gegen Korruption?

Die Causa Ibiza ist längst mehr als die schmierige Geschichte um eine Videofalle in einer Finca, die zur Staatsaffäre wurde. Es gibt mittlerweile zahlreiche Nebenfronten und -stränge. Manche davon führen direkt in das Zentrum der ÖVP – und damit bis an die Spitze der Regierung. Bei Gernot Blümel, der rechten Hand von Bundeskanzler Sebastian Kurz, schaute vergangene Woche die Polizei vorbei. Eine Hausdurchsuchung bei einem amtierenden Finanzminister, der als Beschuldigter in einem Korruptionsverfahren geführt wird? Das hat es in der zweiten Republik noch nie gegeben.

Mitte 2017, so lautet der Verdacht der WKStA, soll Gernot Blümel, damals Chef der ÖVP Wien und nicht

amtsführender Stadtrat, für den Glücksspielkonzern Novomatic in den eigenen Reihen interveniert haben, um dem Unternehmen bei Steuerproblemen in Italien zu helfen. In diesem Zusammenhang steht eine Gegenleistung in Form einer "Spende" der Novomatic an die Volkspartei im Raum. Dass es diese Spende tatsächlich gab, ist durch nichts belegt.

Eines der zentralen Beweismittel der WKStA ist eine SMS, die der damalige Novomatic-CEO Harald Neumann am Morgen des 12. Juli 2017 an Gernot Blümel schickte: "Guten Morgen, hätte eine Bitte: bräuchte einen kurzen Termin bei Kurz (erstens wegen Spende) und zweitens bezüglich einen Problem (sic) das wir in Italien haben!"

Gegen Neumann besteht der Verdacht der Bestechung, Blümel wird in der Rolle des Beitragstäters vermutet. Novomatic hat in der Vergangenheit bereits wiederholt bestritten, jemals an Parteien Geld gespendet zu haben. Auch Gernot Blümel wies mehrmals alle gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurück. In einer eidesstattlichen Erklärung, die er bei einer Pressekonferenz am vergangenen Freitag verteilte, betonte er, dass von der Novomatic in seiner Zeit weder Spendengelder an die ÖVP Wien noch an die Bundespartei oder an parteinahe Vereine geflossen seien. Jeder, der anderes behauptet, werde von ihm geklagt.

Die Opposition fordert, wenig überraschend, geschlossen den Rücktritt des Finanzministers. Und Sigi Maurer, Klubobfrau des grünen Koalitionspartners, richtete der ÖVP zwar einige Unfreundlichkeiten aus, sah aber keinen Grund für weitere Schritte. Ein Misstrauensantrag im Parlament scheiterte demnach am Dienstag.

Einen Tag bevor die Hausdurchsuchung bei Gernot Blümel bekannt geworden war, hatte in Wien der parlamentarische Untersuchungsausschuss getagt und Christina Jilek in den Zeugenstand berufen. Jilek, 40 Jahre alt, führte bis vor Kurzem als Staatsan-

wältin in der WKStA das Ibiza-Verfahren. Doch Ende 2020 schmiss sie ihren Job hin. Sie habe das schwere Herzens getan, sagte sie in ihrem Eröffnungsstatement, aber es gebe zu viele "Störfeuer". Sie sei nicht bereit gewesen, ein "Feigenblatt-Verfahren" zu führen.

Im Untersuchungsausschuss schilderte sie, wie sie durch nicht nachvollziehbare Weisungen und umfassende Berichtspflichten an die Oberstaatsanwaltschaft Wien, die zuständige Fachaufsicht, von ihrer eigentlichen Arbeit abgehalten wurde, nämlich dem Ermitteln. Seit Beginn des Ibiza-Verfahrens musste die WKStA mehr als 180 Berichte schreiben. Jilek zeichnete einen Zustand der ständigen Druckausübung während der Ermittlungsarbeit, die vor allem von ihrem Vorgesetzten, Oberstaatsanwalt Johann Fuchs, ausgegangen sei. Fuchs selbst hat all diese Vorwürfe zurückgewiesen. Die grüne Justizministerin Alma Zadic wurde bereits im Mai 2020 von der WKStA informiert und um Hilfe gebeten.

Im Ausschuss sagte Jilek, sie habe intern alles versucht, um eine Lösung zu finden. "Leider ohne Erfolg." Nach ihren Erfahrungen als Oberstaatsanwältin sei es ihre "tiefste Überzeugung", dass eine "effektive, schlagkräftig und zügige Korruptionsbekämpfung" systembedingt nicht möglich sei, solange die Antikorruptionsbehörde unter politischer Aufsicht stehe. Ihr Eingangsstatement beendete Jilek mit einem Appell: "Befreien Sie die WKStA aus ihrem politischen Korsett!"

Es ist ein beklemmendes Bild, das Jilek vom Zustand der heimischen Justiz zeichnet. Ihre Kolleginnen und Kollegen aber überrascht das nicht.

Sabine Mateja, die Präsidentin der Richtervereinigung, sagt: "Mein erster Gedanke war: Was braucht es eigentlich noch an Anlässen und Problemen, die ja immer wieder auftauchen – ob das jetzt konkrete Einflussnahmen oder Behinderungen sind, wie sie Frau Jilek geschildert hat –, damit

man endlich dafür sorgt, dass die Staatsanwaltschaft unabhängig arbeiten kann?"

Gerhard Jarosch, der das Österreich-Büro der EU-Agentur für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen in Den Haag leitet und bis 2019 Präsident der Internationalen Staatsanwältevereinigung war, sagt über Jilek, die als fleißig gilt, als akribisch und engagiert: "Wenn so jemand geht, weil er es unter diesen Rahmenbedingungen nicht mehr aushält, dann müssen wir uns fragen: In was für einem System leben wir?"

Franz Fiedler, ehemaliger Rechnungshofpräsident und heute Ehrenpräsident von Transparency International Österreich, war in den 1970er-Jahren selbst Staatsanwalt. Was sich jetzt gerade abspiele, sei für ihn der Beweis dafür, "dass sich seither nichts geändert hat".

An der Spitze der Weisungskette steht in Österreich die Justizministerin. Sie hat die Personalhoheit über alle Justizangehörigen. Sogenannte clamorose Verfahren, also Fälle, die unter großem Medieninteresse stehen, unterliegen der Berichtspflicht. Staatsanwälte müssen über Ermittlungsschritte und Fortlauf des Verfahrens an die Oberstaatsanwaltschaft

beziehungsweise an das Ministerium berichten.

Die Berichtspflicht könne für die Politik ein Weg sein, um subtil Ermittlungen zu erschweren oder sie sogar zu begraben, sagt Franz Fiedler, der das selbst erlebt hat, wie er erzählt: "Die Staatsanwaltschaft legt zum Beispiel einen Anklageentwurf vor, aber dann kann von der Oberstaatsanwaltschaft oder dem Ministerin der Auftrag kommen, keine Anklage zu erheben, sondern noch weitere Zeugen einzuvernehmen. Das kann sachbezogen und im Sinne der Gesetze sein, aber in manchen Fällen ist es das nicht", sagt Fiedler. Das könne so weit getrieben werden, dass das Ministerium gar keine Weisung erteilen müsse, wenn es ein Verfahren gegen einen Prominenten einstellen wolle. "Man kann der Staatsanwaltschaft auch so lange auf die Nerven gehen, sie mit Bergen von Berichten zudecken, bis sie irgendwann kapituliert."

Christina Jilek hat kapituliert. Seit diesem Jänner ist sie Zivilrichterin am Landesgericht in ihrer Heimatstadt Graz. Die zeitraubenden Berichtspflichten, die Behinderungen bei der Aufklärung haben sie zermürbt. Ihre anklagenden Worte im Untersuchungsausschuss wären vermutlich

folgenlos geblieben, wäre nicht ausgerechnet die ÖVP durch die Hausdurchsuchung bei ihrem Finanzminister unter Druck geraten. Bislang war es die Volkspartei, die eine Reform des Justizwesens ablehnte. Einerseits attackiert sie nun die WKStA. Bundeskanzler Sebastian Kurz nennt ihr Verhalten "perfide" und unterstellt ihr "zahlreiche Verfehlungen".

Andererseits kommt Bewegung in eine jahrzehntelange Forderung von Grünen, SPÖ und Staatsanwälten: Die Einrichtung eines unabhängigen Bundesanwaltes, der statt des Justizministers an der Weisungsspitze steht. Bislang blockierte die ÖVP jeden Vorstoß in diese Richtung. Nun aber stehe man dieser Idee aufgeschlossen gegenüber, sagte der türkise Klubobmann August Wöginger. Ein Sinneswandel? Vermutlich nicht. Doch eine Debatte über eine Justizreform ist der Partei wohl lieber als eine über ihren beschuldigten Finanzminister. Immerhin.

Mehr Alpen

Werner Mang Der Schönheitschirurg operiert die Alpen-Schickeria und hat seit Corona so viel zu tun wie nie S. 28

„Financial Times“, 18.02.2021

Austria

Graft probe reaches into the highest levels of Austria's government

Prosecutors' raid on house of finance minister puts chancellor Sebastian Kurz's party on back foot



Sebastian Kurz's calculation, according to chancellery officials, is that most Austrians see the scandal — widely known as the 'Casinos Case' — as he does: politically motivated © Lisi Niesner/Reuters

Sam Jones in London 3 HOURS AGO

For weeks, rumours circulated about who Austrian prosecutors might name next in a sprawling, high-level corruption probe.

Last Thursday morning, the investigation reached the highest levels of government when a squad of fraud police accompanied by forensic experts [raided the house](#) of the country's finance minister, Gernot Blümel.

Blümel has now been formally named as a key suspect in a graft inquiry into the deep and complex relationships between Austrian lawmakers, senior officials and the Austrian gambling company Novomatic.

Blümel is as close as anyone in Austrian politics to chancellor Sebastian Kurz. In the warrant that judges approved to raid Blümel's house, the finance minister's name appeared 23 times. It named Kurz 42 times, signalling where prosecutors may look next.

A [political corruption scandal](#) sank Kurz's first government with the far-right in 2019. An equally mettlesome set of allegations — this time against allies in his own party — could prove just as damaging to his second.

The Novomatic case is a challenge to a leader whose political success was built on a promise of youth and reform — and an end to the cosy and sometimes nepotistic politics of Austria’s recent past.



Austrian finance minister Gernot Blümel holds a press conference in Vienna after the raid on his house © Lisi Niesner/Reuters
Revelations from the probe — and a parallel parliamentary inquiry — have shone an unflattering light on an enduring system of party-political patronage. It is so ingrained in Austrian politics that it has its own vocabulary: *Parteibuchwirtschaft*, or “party book economy”.

In their inquiry into Blümel, prosecutors said they were looking at whether in 2017 he agreed to help Novomatic lobby the Italian government for a €40m tax rebate, in exchange for political support in Austria. At the time, Blümel was a close confidant of Kurz, who was then Austria’s foreign minister.

Both Blümel and Novomatic have denied the allegations. However the escalating scandal has caught Kurz on the back foot, political analyst Thomas Hofer notes.

“This investigation has become a huge impediment for the government,” he said. “Blümel really is very close [to Kurz]. He’s inner circle . . . The last six weeks have been very tough.”

The year began for the Kurz’s government with the resignation of its labour minister in an embarrassing plagiarism scandal. Data meanwhile has showed the economy to be among the worst hit in Europe by the pandemic. And in early February, a damning official inquiry slated Austrian intelligence for failures that allowed [a deadly terror attack](#) to unfold in Vienna in November.

But the chancellor remains popular. Poll ratings for his Austrian People's party have slipped from 40 per cent to 37 per cent over the past two months, but are still comfortably ahead of its nearest rivals.

Kurz's calculation, according to chancellery officials, is that most Austrians see the scandal — widely known as the “Casinos Case” — as he does: politically motivated by partisan officials in law enforcement opposed to his political agenda. The evidence against Blümel, officials say, is flimsy at best.

This week Kurz has gone on the offensive, accusing [prosecutors](#) at the WKStA — the prosecuting bureau that ordered the raid on Blümel's home — of over-reach.

“There have been so many lapses that I believe there is an urgent need for change there,” he said at a Tuesday press conference.

Of 40,000 named suspects in WKStA investigations in recent years, the chancellor noted, just 400 had been convicted. An abortive raid on Austria's own intelligence agency earlier this year damaged relationships with key allies, he said.

Kurz and his ministers now say they want to create a new Federal Prosecutor's office — akin to that in Switzerland and Germany — and sweep aside the WKStA altogether. Such a change would require a constitutional amendment, but is likely to be widely supported across the political spectrum. Even Kurz's political opponents admit the existing system is prone to politicisation.

But the proposed reforms may not be enough to contain the bad headlines.

Dozens of other WKStA raids have taken place during the past few months on properties owned by former Novomatic employees. Other senior People's party politicians, including former finance minister Hartwig Löger and the head of the country's state holding company, Thomas Schmid, have also been named as suspects.

While Novomatic has denied improperly donating money to the People's party, investigators are also looking at large sums of money the company gave to dozens of small party-affiliated satellite societies, clubs and think tanks.

“They've seized so much now that they basically have the full correspondence of the government — including everything that everyone sent privately on their own phones — over the past two years,” said one political consultant closely involved with the Novomatic probe.

In parallel to the WKStA's efforts, a special investigatory committee in the Austrian parliament is also probing the case.

“It’s clear that a huge amount of political pressure is now being exerted on the corruption investigators, who are just trying to do their jobs,” said Stephanie Krisper, a parliamentarian for the liberal Neos party and a member of the investigatory committee.

“We have quite the culture of corruption and secrecy in Austria. Due to legislation being kept weak, it’s very difficult to shed light on the flow of money to parties and organisations close to them.”

Blümel was hauled in front of the committee last July. His testimony made headlines at the time when, in answer to more than 60 questions, the finance minister said he did not know or could not remember.

“In most other countries I would have said he would have to resign,” said Krisper.

“Not being able to remember over 60 times about events in the last two years paints a pretty bad picture of a finance minister. But perhaps it’s still a better picture than the one that would have emerged if he did.”

„www.isa-guide.de“, 17.02.2021

NOVOMATIC implementiert neue Vertriebs- und Produktionsstruktur

Jakob Rothwangl zum neuen VP Global Sales bestellt – Walter Eschbacher avanciert zum neuen Director Production & Logistics

Gumpoldskirchen – NOVOMATIC setzt das im Vorjahr eingeleitete

NOVOMATIC

Transformationsprogramm weiter fort und richtet nun auch den Sales- und Produktionsbereich neu aus. Mit sofortiger Wirkung werden unter der Leitung von Jakob Rothwangl sämtliche Vertriebseinheiten gebündelt und der gesamte Produktionsbereich unter der Führung von Walter Eschbacher zentral gesteuert. Dabei stehen Effizienzsteigerung und das Heben von Synergiepotentialen im Vordergrund.

NOVOMATIC-Vorstand Dipl.-Ing. Ryszard Presch betont: „Wir nutzen die Zeit der Pandemie auch dafür, um interne Prozesse zu verbessern und stellen im Zuge des im Vorjahr begonnenen Transformationsprozesses die Bereiche Vertrieb und Produktion neu auf. Wir freuen uns, dass mit Jakob Rothwangl und Walter Eschbacher zwei langjährige und erfahrene NOVOMATIC-Manager die Leitung dieser beiden wichtigen Bereiche übernehmen und damit Kontinuität und Effizienz gewährleistet bleiben.“



Walter Eschbacher, Director Production & Logistics (Foto: NOVOMATIC AG)

Im Bereich „Global Sales“ sollen künftig die Neukundengewinnung sowie eine stärkere internationale Vernetzung einerseits, als auch die noch intensivere Betreuung bestehender externer und interner Kunden andererseits, im Vordergrund stehen. Der Bereich „Production & Logistics“ wird erstmals die Fachbereiche Produktion, Einkauf, Logistik sowie die Spezialfertigungen in den Segmenten Elektronik, Tischlerei, Druckerei und Kunststofffertigung unter ein gemeinsames Dach integrieren und kann damit Abläufe schneller und effizienter gestalten.

Jakob Rothwangl, VP Global Sales NOVOMATIC AG: „Ich bedanke mich für diese Herausforderung und das mir entgegengebrachte Vertrauen, den konzernweiten Vertrieb neu organisieren und optimieren zu dürfen. Oberstes Ziel ist dabei die Maximierung der Kundenzufriedenheit durch die Entwicklung und den Vertrieb von hochqualitativen Produkten und

Dienstleistungen, die perfekt auf die Bedürfnisse unserer Kunden und ihrer Märkte abgestimmt sind.“

Walter Eschbacher, Director Production & Logistics NOVOMATIC AG: „Mit dem neuen Bereich Production & Logistics werden wesentliche zusammenhängende Bereiche unter einem Dach gebündelt, um noch rascher auf die geänderten Marktanforderungen reagieren zu können. Der Schwerpunkt meiner Tätigkeit liegt dabei auf der Etablierung neuer Abläufe in der Produktion sowie der Nutzung von Synergiepotentialen, um Lieferzeiten zu verkürzen und damit die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens und den Produktionsstandort in Österreich abzusichern.“

Jakob Rothwangl, der für NOVOMATIC in den USA gemeinsam mit den erfahrenen Industriemanagern Jens Halle und Rick Meitzler, heutiger CEO von NOVOMATIC Americas, im Rahmen des Markteintritts die Vertriebsorganisation aufbaute, wechselte 2008 vom Bankensektor zum NOVOMATIC AG-Konzern. Als Geschäftsführer der NOVOMATIC Lottery Solutions GmbH war Rothwangl auch maßgeblich an der Umsetzung eines umfangreichen Restrukturierungsprogrammes für dieses Unternehmen beteiligt. Seit 2019 ist Rothwangl wieder im Headquarter von NOVOMATIC tätig, wo er u. a. als Geschäftsführer einer Tochterfirma fungiert und diverse internationale Projekte leitet.



Jakob Rothwangl, VP Global Sales (Foto: NOVOMATIC AG)

Walter Eschbacher wechselte im Jahr 2012 zu NOVOMATIC, wo er als Prokurist die Bereiche Einkauf, Logistik, Lager und IMS verantwortet. Unter seiner Leitung wurde der Bereich Einkauf und die Lagerlogistik modernisiert. Daneben führte die Etablierung von IMS im Unternehmen zur Hebung von wesentlichen Synergien zwischen Qualitäts- und Umweltmanagement sowie Arbeitssicherheit. Unter seiner Verantwortung wurden erfolgreich die ISO-Zertifizierungen für Qualität, Umwelt und Arbeitssicherheit durch- oder eingeführt, wodurch am Standort Gumpoldskirchen u. a. eine signifikante Reduktion der Arbeitsunfälle erreicht werden konnte. Zuvor war Eschbacher erfolgreich als Manager bei namhaften österreichischen Unternehmensgruppen tätig, u. a. bei der Liebherr Austria Holding oder der ENGEL Austria GmbH.

„Wiener Zeitung“, 17.02.2021

Novomatic-Konzern hat die Finanz am Hals

Eine Steuerprüfung läuft – im Auftrag der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft.

Beim niederösterreichischen Glücksspielkonzern Novomatic und seinen rund 20 österreichischen Tochterfirmen findet derzeit eine Steuerprüfung im Auftrag der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) statt. Das berichtet die Wiener Tageszeitung „Der Standard“. Ein Novomatic-Sprecher bestätigte die steuerliche Betriebsprüfung. Es sei „völlig üblich, dass Konzerne regelmäßig und durchgängig geprüft werden, so auch Novomatic“.

Ein Anlass der Prüfung sind laut „Standard“ die Schenkungen von Novomatic-Gründer Johann Graf. Zwischen April 2009 und März 2020 hat er früheren Medienberichten zufolge der Finanz 157 Schenkungsverträge gemeldet, bedacht hat er Verwandte, Freunde und Ex-Mitarbeiter. Die WKStA ermittelt gegen 21 Personen und einen Verband wegen Verdachts auf Abgabenhinterziehung, wie im August des Vorjahres bekannt wurde. Sie alle weisen die Vorwürfe zurück.

Laut einem Gutachten des Wirtschaftsprüfungsunternehmens KPMG, das Graf vorlegte, stammt das Geld aus versteuerten Gewinnausschüttungen, die von 2009 bis 2019 rund 271 Millionen Euro betrugen und von denen er nach Steuern rund zwei Drittel verschenkt habe. Das wären also rund 130 Millionen Euro.

Abseits dessen sollen sich die Steuerprüfer unter anderem für von der Novomatic beantragte Forschungsprämien interessieren, berichtet der „Standard“. Mit der Prämie können Unternehmen 14 Prozent ihrer jährlichen Forschungs- und Entwicklungskosten geltend machen; der Staat möchte so die Forschungsaktivitäten ankurbeln.

Ex-Novomatic-Chef Neumann weilt derzeit in Australien

Indes ist Harald Neumann, der frühere Konzernchef von Novomatic, „seit geraumer Zeit“ aus beruflichen Gründen in Australien, wie sein Anwalt Norbert Wess am Dienstag bestätigte. Laut „Ku-



Anlass der Steuerprüfung im Konzern sollen Schenkungen des Firmengründers Johann Graf sein.
Foto: apa / Rober Jäger

rier“ saniert er derzeit den australischen Branchenriesen Ainsworth Game Technology (AGT), dessen Übernahme er als Novomatic-Chef vorangetrieben hatte.

Neumann wird in der Causa Casinos von der WKStA als Beschuldigter geführt – ebenso wie Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache, Ex-Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP), Öbag-Chef Thomas Schmid und nun auch Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP). Für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung, sie haben die Vorwürfe bisher stets zurückgewiesen.

Laut Wess hat der Australien-Aufenthalt von Neumann mit der Causa Blümel „überhaupt nichts zu tun“. Neumann sei, „deutlich“ bevor „diese Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Vorwurf“ gegen den Finanzminister begonnen hätten, nach Down Under gereist. Er stehe den Strafverfolgungsbehörden selbstverständlich im Rahmen seiner Möglichkeiten zur Verfügung. Die WKStA wollte sich zum Aufenthaltsort Neumanns nicht äußern. Das betreffe die Persönlichkeitsrechte, die Causa sei zumal Verschlusssache, so Sprecher und Oberstaatsanwalt Rene Ruprecht.

157
Schenkungs-
verträge
von Graf
soll es im
Zusammen-
hang mit
Verwandten,
Freunden
und früheren
Mitarbeitern
geben.

Ob jemand, gegen den ermittelt wird, grundsätzlich ins Ausland darf, sei pauschal nicht zu beantworten, sondern eine Einzelfallentscheidung. „Wenn jemand nicht in Haft ist, ist seine Bewegungsfreiheit grundsätzlich nicht eingeschränkt.“ Eine mögliche Ausnahme wäre Fluchtgefahr. „Darüber, ob jemand in Untersuchungshaft zu nehmen ist, entscheidet das Gericht“, so der WKStA-Sprecher.

Kein Beratervertrag mit Novomatic

Der Ainsworth-Deal in Australien war rund 300 Millionen Euro schwer, ist aber nicht so aufgegangen wie erhofft. Novomatic musste hohe Wertberichtigungen vornehmen. Durch den Zukauf in Australien verschaffte sich Novomatic aber Zugang zum wichtigen US-Markt.

Neumann war schon Ende Februar 2020 als Novomatic-CEO zurückgetreten. Einen Beratervertrag habe er aber nicht, sondern er stehe im Rahmen einer „üblichen Auflösungsvereinbarung“ seines Vorstandsvertrages bei internationalen Projekten unterstützend zur Seite, hieß es in der Firmenzentrale in Gumpoldskirchen. ■ (apa)

„Die Presse“, 17.02.2021

Neumann ist in Australien

Novomatic. Ex-CEO saniert Branchenriesen. Beim österreichischen Glücksspielkonzern ist indes eine Steuerprüfung im Gange.

Wien. Harald Neumann, der frühere Vorstand des niederösterreichischen Glücksspielkonzerns Novomatic, ist „seit geraumer Zeit“ aus beruflichen Gründen in Australien, wie sein Anwalt Norbert Wess sagt. Laut „Kurier“ saniert er derzeit den australischen Branchenriesen Ainsworth Game Technology (AGT), dessen Übernahme er als Novomatic-Chef vorangetrieben hatte. Neumann stehe den Strafverfolgungsbehörden aber im Rahmen seiner Möglichkeiten selbstverständlich weiterhin zur Verfügung, betonte sein Anwalt. Neumann war Ende Februar 2020 als Novomatic-CEO zurückgetreten. Einen Beratervertrag mit Novomatic hat er aber nicht, sondern er stehe im Rahmen einer „üblichen Auflösungsvereinbarung“ seines Vorstandsvertrages bei internationalen Projekten unterstützend zur Seite, hieß es in der Firmenzentrale in Gumpoldskirchen. Die Frage, wie lange er noch an Bord bleibt, blieb unbeantwortet.

Dort, beim niederösterreichischen Glücksspielkonzern und seinen rund 20 österreichischen Tochterunternehmen,

findet derzeit eine Steuerprüfung im Auftrag der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) statt, berichtete der „Standard“. Ein Novomatic-Sprecher bestätigte die steuerliche Betriebsprüfung. Es sei „völlig üblich, dass Konzerne regelmäßig und durchgängig geprüft werden, so auch Novomatic“.

Ein Anlass der Prüfung sind die Schenkungen von Novomatic-Gründer Johann Graf. Zwischen April 2009 und März 2020 hat er früheren Medienberichten zufolge der Finanz 157 Schenkungsverträge gemeldet, bedacht hat er Verwandte, Freunde und Ex-Mitarbeiter. Die WKStA ermittelt gegen 21 Personen und einen Verband wegen Verdachts auf Abgabenhinterziehung, wie im August des Vorjahres bekannt wurde. Sie alle weisen die Vorwürfe zurück. Laut KPMG-Gutachten, das Graf vorlegte, stammt das Geld aus versteuerten Gewinnausschüttungen, die von 2009 bis 2019 rund 271 Mio. Euro betrugen und von denen er nach Steuern rund zwei Drittel verschenkt habe, das wären also rund 130 Mio. Euro. (red/APA)



Schenkten sich gegenseitig nichts: FPÖ-Klubchef Herbert Kickl (l.) und ÖVP-Minister Gernot Blümel. [APN/Schlagner]

„Game over, Herr Blümel“ – aber das war es dann doch nicht

Nationalrat. Alle außer der ÖVP kritisierten den Minister. Beim Misstrauensantrag hielt die Koalition aber zusammen.

VON PHILIPP AICHINGER

Wien. Mit „allerehrenwerte österreichische Volkspartei“ sprach Herbert Kickl den einstigen Koalitionspartner an. Mit „Lieber Herbert“, wandte sich ÖVP-Finanzminister Gernot Blümel an den freizeitheligen Klubobmann. Das war es dann aber auch schon an „Nettigkeiten“ in einer Parlamentsdebatte, in der sich am Dienstag die Opposition und die ÖVP-Vertreter nichts schenken. Und die Grünen versuchten, irgendwo dazwischen durchzugleiten.

Die FPÖ hatte eine dringliche Anfrage mit dem Titel „Blümel hat sich verzockt – das Spiel der ÖVP ist aus!“ eingebracht. Und Kickl zeichnete das Bild einer ÖVP, die besessen von der Macht sei. Er erinnerte an die Pläne, die Sebastian Kurz und seine Vertrauten wie Gernot Blümel einst geschmiedet hätten, um erst innerhalb der Partei und dann innerhalb des Staates an die Macht zu kommen. So habe die ÖVP nach dem Motto „wir brauchen neue Gesichter, mit dem Wöginger gewinnen wir keinen Blumentopf!“ zum einen Quereinsteiger gesucht. Und zum anderen habe man die türkise Parole „wir brauchen Geld“ ausgegeben. Nun aber werde die ÖVP von diesem „Fluch des Bösen“ eingeholt. Das würden die Ermittlungen gegen Blümel – von Kickl als Kurz’ „politischer Lebensmensch“ titulierte – zeigen. „Machen Sie reinen Tisch, Game over, Herr Blümel, rien ne va plus“, sagte Kickl in der Sprache des Glücksspiels zu Blümel.

Blümel: Steht Kickl hinter der Anzeige?

Dieser wies Vorwürfe zurück, die ÖVP hätte von der Novomatic Geld genommen oder von anderen Stellen etwas unrechtmäßig erhalten. Und Blümel ging zum Gegenangriff auf den „lieben Herbert“ über. „Das Bemerkenswerte an deiner Rede war, dass du sehr genau aus einer anonymen Anzeige zitiert hast“, sprach Blümel. „So genau, wie das war, könnte man vielleicht annehmen, dass du sie selbst gestellt hast“, sagte der Minister zu Kickl. An all den Behauptungen stimme nur eines, meinte Blümel: Dass man als Politiker mit Unternehmen Kontakt habe.

89 Fragen der FPÖ musste Blümel beantworten. Ob das Finanzministerium in den Jahren 2017 und 2018 Handlungen im Zusammenhang mit der „Novomatic Italia“ gesetzt habe, sei ihm „derzeit nicht bekannt“, erklärte Blümel etwa. Die Ermittlungen der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) drehen sich ja darum,

dass ÖVP-Politiker im Gegenzug für eine Spende der Novomatic bei Steuerproblemen in Italien geholfen haben könnten. Und der Wiener ÖVP-Chef Blümel als Verbindungsmann fungiert haben soll. Eine der 89 Fragen war direkt an Blümel gerichtet und lautete: „Wann treten Sie zurück?“ Ein Rücktritt stehe nicht zur Debatte, antwortete dieser.

„Was glauben Sie, ist das?“

Das brachte SPÖ-Vizeklubchef Jörg Leichtfried auf die Palme. „Ja, was glauben Sie, was ist das hier für eine Debatte?“, sagte er zu Blümel. Man sei hier zusammengekommen, um über einen Rücktritt von Blümel zu debattieren. Wie auch die Neos unterstützte die SPÖ den blauen Misstrauensantrag gegen Blümel. Leichtfried betonte,

dass eine Demokratie sich dadurch auszeichne, dass alle Bürger dasselbe Recht hätten und man nur durch Wahlen etwas ändern könne. Wenn nun der Eindruck entstehe, dass manche Leute sich unabhängig von Wahlen Vorrechte erkaufen könnten, „dann ist das Gift für die Demokratie“, meinte Leichtfried.

„Treten Sie zurück, Herr Blümel“, appellierte Neos-Obfrau Beate Meisl-Reisinger. Die Verantwortung eines Politikers greife bereits vor dem Strafrecht. Und man müsse sich auch fragen, ob die „angeschlagene Wirtschaftsministerin“, der „angeschlagene Innenminister“ und der „bisweilen handlungsunfähige Gesundheitsminister“ noch im Amt bleiben sollten.

Von den türkisen Mandatären wurde Blümel verteidigt. Abgeordneter Andreas Hanger ging sogar so weit, einen „Vertrauensantrag“ für Blümel stellen zu wollen. Auch wenn er wisse, dass das laut der Geschäftsordnung gar nicht möglich sei.

Zwischen den Stühlen standen die Grünen. „Gernot Blümel ist als Beschuldigter geführt, aber das ist kein Urteil“, meinte Klubobfrau Sigrid Maurer. Die Faktenlage reiche nicht aus, um dem Misstrauensantrag zuzustimmen. Man erwarte aber, dass sich Blümel tatkräftig an der Aufklärung der Vorwürfe beteilige. „Ich tue mir echt schwer, gegen den Misstrauensantrag zu stimmen“, meinte der grüne Abgeordnete David Stögmüller. Und die ÖVP solle auch aufhören, die WKStA anzugreifen. Aber er, Stögmüller, stehe trotzdem weiter zur Koalition, damit andere Vorhaben wie das Transparenzpaket auf den Weg gebracht werden könnten.

Und so gab es keine Mehrheit für den Misstrauensantrag – und auch kein „Game over“ für Finanzminister Gernot Blümel.

„Ich tue mir echt schwer, gegen den Misstrauensantrag zu stimmen.“

Grün-Abgeordneter David Stögmüller

„Die Presse“, 17.02.2021

Fast sechs Millionen Euro Spenden - und keine Gegenleistung?

Volkspartei. Seit Sebastian Kurz Parteichef ist, gab es hohe Spenden. Der ÖVP sicherte das den Wahlkampf - aber was brachte es den Spendern?

VON MARTIN FRITZL

Wien. Nein, es habe keine Gegenleistung gegeben, sagte KTM-Chef Stefan Pierer am 20. Oktober des Vorjahres im Ibiza-Untersuchungsausschuss. Die 436.000 Euro, die der Industrielle an die ÖVP überwiesen hat, seien auch nicht geflossen, um Gesetze zu beeinflussen. Er habe „neuen Schwung und neue Ideen in die Politik bringen wollen“, begründete der Industrielle Klaus Ortner ebendort seine Zuwendungen an die Volkspartei in Höhe von fast einer Million Euro. Gegenleistung habe es dafür selbstverständlich keine gegeben.

Die ÖVP dementiert, Spenden des Glücksspielkonzerns Novomatic entgegengenommen zu haben, auch wenn inzwischen bekannt wurde, dass Novomatic-Chef Ha-

rald Neumann an Frühstücksterminen von Parteichef Sebastian Kurz mit potenziellen Großspendern teilgenommen hat. Andere Spenden sind dagegen unbestritten und in den Rechenschaftsberichten der Partei veröffentlicht: Fast sechs Millionen Euro hat die Partei von 2017 bis 2019 bekommen, vom Beginn der Obmannschaft von Sebastian Kurz bis der Nationalrat 2019 die Spenden begrenzt hat. Den größten Teil davon von Großspendern. Am spendabelsten, noch vor Ortner und Pierer, war die Milliardarin Heidi Horten.

Spende mit Interessen

Was bewegt zu einer derart großzügigen Unterstützung einer Partei? Reine Sympathie? Gegenleistungen werden von allen Seiten dementiert. Klar ist aber, dass die Großspender Interessen haben,

die eng mit dem politischen Betrieb verknüpft sind. Eine politische Bewegung zu unterstützen, die diese oder ähnliche Ziele ohnehin verfolgt, mag da sogar hilfreicher sein als der Versuch, direkt Gesetze zu kaufen.

In der türkis-blauen Regierung von 2017 bis 2019 gab es etliche Projekte, die mit den Interessen der Großspender aus der Industrie konform gingen. An erster Stelle zu nennen: die Flexibilisierung der Arbeitszeit, die davor etliche Jahre lang von den Sozialpartnern verhandelt wurde und an dem von der Gewerkschaft geforderten Preis, eine generelle sechste Urlaubswoche, scheiterte. Von Türkis-Blau gab es den Zwölf-Stunden-Tag und die 60-Stunden-Arbeitswoche ganz ohne Gegengeschäft.

Ebenfalls im Interesse der Industrie lagen die Kürzung der Bei-

träge zur Unfallversicherung sowie das Standortgesetz, das beschleunigte Genehmigungsverfahren für standortrelevante Infrastrukturprojekte bringen sollte. Und schließlich gab es noch den Wunsch nach einer Senkung der Körperschaftsteuer, was von Türkis-Blau im Zuge der Steuerreform angekündigt, aber aufgrund des Platzens der Koalition nicht mehr umgesetzt wurde.

Eine direkte Verbindung zwischen den Spenden und den politischen Projekten lässt sich in all diesen Fällen nicht herstellen. Wohl aber gab es ein generelles Wohlwollen der Kurz-ÖVP den Wünschen aus der Industrie gegenüber und vice versa eine hohe Bereitschaft zur Finanzierung der Partei.

Sehr wohl einen direkten Zusammenhang vermutet die Staatsanwaltschaft zwischen Spenden

der Uniqia-Tochter PremiQaMed und einer Änderung des Privatkanankenanstaltengesetzes. Ermittlungen laufen, wobei unter anderen der frühere Finanzminister Hartwig Löger als Beschuldigter geführt wird.

Spende im Aufsichtsrat

Die Opposition stellt auch einen Zusammenhang zwischen Spenden und manchen Postenbesetzungen her: So ist eine Hotelierin, die 15.000 Euro an die ÖVP spendete, in den Aufsichtsrat des ÖBB-Personenverkehrs berufen worden.

Iris Ortner, Tochter von Großspender Klaus Ortner, ist im Aufsichtsrat der Staatsholding Öbag - eine Unvereinbarkeit, meint Neos-Mandatarin Stephanie Krisper, wiewohl sie die Kompetenz der Aufsichtsrätin nicht anzweifelt.

„Standard“, 17.02.2021

Grantige Grüne stützen Blümel

Im Nationalrat ritt die Opposition heftige Attacken gegen die ÖVP und Finanzminister Gernot Blümel. Die Grünen attestierten ihrem Koalitionspartner ein „gestörtes Verhältnis zum Rechtsstaat“. Aber Blümel hält sich – vorerst.

Fabian Schmid, Sebastian Fellner, Renate Graber

Schon wieder eine Sondersitzung im Nationalrat, schon wieder ein Misstrauensantrag gegen einen türkisen Minister – und schon wieder Kritik der Grünen am eigenen Koalitionspartner, ohne sich endgültig von ihm zu verabschieden. Wer am Dienstag die Parlamentsdebatte beobachtete, konnte ein leichtes Déjà-vu erleiden. War es nicht erst wenige Tage her, dass die Opposition Innenminister Karl Nehammer (ÖVP) in den Nationalrat zitierte und ihn die grünen Abgeordneten zwar ermahnten, um dann aber doch regierungstreu abzustimmen?

Dieses Mal war es jedenfalls Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP), der im Zentrum der Diskussionen stand. Seine Lage ist deutlich heikler als jene seines Kollegen im Innenministerium: Wurden bei Nehammer Demo-Untersagungen und Behördenfehler kritisiert, steht Blümel selbst im Visier der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA).

Dadurch wurde auch der Ton der Opposition deutlich rauer. „Was bilden Sie sich eigentlich ein, dass Sie in diesem Amt bleiben können?“, fragte der rote Vize-Klubobchef Jörg Leichtfried mehrfach in Richtung Blümel. FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl sprach davon, dass der „türkise Hut lichterloh brennt“ und konstatierte: „Game over, Herr Blümel.“ Neos-Chefin Beate Meisl-Reisinger analysierte, dass die ÖVP „torpediert, sabotiert und diskreditiert“.

Türkis-grüner Deal

Mit der Zustimmung zu großflächigen Reformen in den Bereichen Parteienfinanzierung, Unabhängigkeit der Justiz und Kontrollmechanismen haben sich die ÖVP und Blümel allerdings Zeit erkaufte. Schon „in den nächsten Wochen“ sollen entsprechende Gesetze in Begutachtung geschickt werden, versprach die grüne Klubobfrau Sigrid Maurer. Dem Koalitionspartner attestierte sie ein „gestörtes Verhältnis zum Rechtsstaat“. Die Hausdurchsuchung bei Blümel sei „gerechtfertigt, sogar notwendig“ gewesen, sagte Maurer in einer Pressekonferenz. Wenn Blümel angeklagt werden sollte oder sich neue Verdachtsmomente ergeben, würden auch die Grünen dessen Rücktritt fordern.

Schrittweise wurden in den vergangenen Tagen mehr Details zur Beziehung zwischen Blümel und dem einstigen Novomatic-Chef Harald Neumann bekannt. Dieser hat in Chatnachrichten im Sommer 2017 immer wieder

Die grüne Klubobfrau Sigrid Maurer hält die Hausdurchsuchung bei Gernot Blümel für „notwendig“

über den Wahlkampf der ÖVP gesprochen. So beschwerte er sich bei Blümel über die Kandidatenauswahl der Volkspartei. Besonders zwei Quereinsteiger ärgerten Neumann, einen davon bezeichnete der Manager gegenüber Blümel als „echten Opportunisten“. „Sorry für die offenen Worte, aber der Oktober ist zu wichtig! LG Harald“, beendete Neumann die Nachricht.

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft verdächtigt Blümel und Neumann der Bestechung, es gilt die Unschuldsvermutung. Ausgangspunkt ist eine Nachricht, die Neumann am 12. Juli 2017 an Blümel schickte. Darin bittet er den Obmann der Wiener ÖVP, einen Termin beim damaligen Außenminister Kurz zu besorgen: wegen „erstens Spenden, zweitens eines Problems das wir in Ita-

lien haben“. Die Novomatic kämpfte dort gegen eine Steuernachzahlung in Millionenhöhe.

Unmoralisches Angebot

Die WKStA vermutet in der Kombination von Spendenangebot und „Problem“-Besprechung ein Bestechungsangebot, die Beteiligten weisen das strikt von sich – auch dass je eine Spende an die ÖVP oder die ÖVP Wien geflossen sei. Für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung.

„Sorry für die offenen Worte, aber der Oktober ist zu wichtig!“

Novomatic-Chef Neumann beschwert sich bei Blümel über Kandidaten der ÖVP

Auch nach dieser Nachricht blieben Blümel und Neumann in regelmäßigem Kontakt – vor allem rund um die Nationalratswahl am 15. Oktober 2017. So findet sich im Terminkalender von Neumann ein Termin mit dem Betreff „Blümel“ am 6. Oktober 2017, also neun Tage vor der Nationalratswahl. Am 16. Oktober – also einen Tag nachdem die ÖVP als klarer Sieger aus der Wahl hervorgegangen war – meldete sich Neumann am frühen Vormittag bei Blümel: „Können wir uns irgendwann in der ersten Novemberhälfte zusammensetzen! Möchte ein paar Punkte mit Dir durchgehen! Wenn du willst kann auch jemand vom GenSek (Generalsekretariat, Anm.) dabei sein! LG Harald“. Blümel antwortete: „Termin gerne! Vorschlag kommt!“

Worum ging es da? Neumanns Anwalt Norbert Wess sagt auf Anfrage des STANDARD, dass sein Mandant „punktuelle und aus dem Zusammenhang herausgelöste E-Mail-Kommunikationen, die im Übrigen auch noch mehr als drei Jahre zurückliegen und überdies aus einem Verschussakt der WKStA stammen, medial nicht kommentieren wird“. Allerdings sei klar festgehalten, dass sich Neumann „nichts vorzuwerfen und keinerlei – schon gar kein strafrechtlich relevantes – Fehlverhalten gesetzt“ habe.



Foto: APA/Schlager

„Standard“, 17.02.2021

Justiz wehrt sich gegen die Vorwürfe des Kanzlers

Richter, Staatsanwälte und namhafte Juristen stellen sich hinter die Korruptionsstaatsanwaltschaft – Kurz verhalte sich „gefährlich“

Katharina Mittelstaedt

In der Justiz herrscht seit Montagabend helle Aufregung. Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) hatte zuvor in einer Pressekonferenz – eigentlich zum Thema Lockdown – die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) angegriffen. Konkret formulierte er in Bezugnahme auf die Anklagebehörde: „Es hat so viele Verfehlungen gegeben, dass ich glaube, dass es dort dringenden Änderungsbedarf gibt.“ Die Korruptionsstaatsanwaltschaft ermittelt derzeit gegen Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP), einen engen Vertrauten von Kurz.

Richter, Staatsanwälte und namhafte Juristen stellen sich nun hinter die Anklagebehörde und wehren sich gegen die Anschuldigungen.

„Der Vorwurf des Fehlverhaltens ist völlig unangebracht und zurückzuweisen“, sagt Sabine Matejka, Präsidentin der österreichischen Richter-

vereinigung, zum STANDARD. „Dass eine Staatsgewalt eine andere Staatsgewalt auf eine solche Art anschwärzt, würde man sich in einem Land wie Österreich eigentlich nicht erwarten.“ Jeder Beschuldigte, auch der Finanzminister, habe das Recht auf eine gerichtliche Überprüfung der Maßnahmen einer Staatsanwaltschaft, erklärt Matejka. „Aber diese inhaltliche Kontrolle ist die Aufgabe der unabhängigen Gerichte, nicht der Politik.“

Ähnliches ist von der Präsidentin der Vereinigung österreichischer Staatsanwälte zu hören: „Diese pauschalen Unterstellungen durch den Kanzler sorgen bei uns für Entrüstung“, sagt Cornelia Koller.

Kurz hatte Beispiele für Fehler der Korruptionsankläger angeführt – etwa die rechtswidrige Hausdurchsuchung im Bundesamt für Verfassungsschutz (BVT) und die Anzeige gegen eine Journalistin. „Die Hausdurchsuchung im BVT

war nicht korrekt, aber das wurde aufgearbeitet“, sagt Koller. Die Anzeige gegen die Journalistin wertet auch sie als Grenzüberschreitung, die aber von der Staatsanwaltschaft Wien sofort korrigiert worden sei. Zu einem Verfahren kam es nie. „Das zeigt doch, dass das System funktioniert und nicht das Gegenteil“, erläutert Koller. „Bei den Vorwürfen stimmen die Fakten nicht.“

Behörde delegitimiert

Und in Bezug auf die Causa Blümel betonen Koller wie auch andere Staatsanwälte, mit denen DER STANDARD gesprochen hat: „Ein Skandal wäre es, wenn eine Staatsanwaltschaft Vorwürfe gegen einen Finanzminister nicht prüfen würde – egal, was schlussendlich dabei herauskommt.“

Der Verfassungsjurist Heinz Mayer geht noch einen Schritt weiter: Dass ein Kanzler eine Staatsanwaltschaft angreife, „weil ein Freund

von ihm mit ihr Kontakt hat“, bezeichnet er als „schamlos, durchsichtig und gefährlich“. Denn dadurch werde eine unabhängige Behörde delegitimiert. „Gerade Spitzenpolitiker müssen sich hier zurückhalten“, sagt Mayer. Den immer wieder aufkommenden Vorwurf der parteipolitischen Motivierung der Korruptionsankläger hält er für aus der Luft gegriffen: „Fast alle Staatsanwälte der WKStA sind unter ÖVP-Ministern ernannt worden.“

Auch Koller hält fest: „Ich arbeite seit 14 Jahren als Staatsanwältin, seit zehn Jahren in der Standesvertretung und habe in der Zeit gesehen, dass schon Politiker aus allen Parteien drangekommen sind.“

Die Justiz – aber insbesondere die Korruptionsstaatsanwaltschaft – ist in den vergangenen Jahren immer wieder in negativem Zusammenhang in den politischen Fokus gerückt worden. In Justizkreisen sorgt das generell für Unwohlsein. Ein

hochrangiger Vertreter der Justiz sagt dazu: „Inmitten dieser bedenklichen Entwicklung kann man die Äußerungen des Kanzlers als Höhepunkt bezeichnen.“

Gleichzeitig wird in der Justiz die Ankündigung begrüßt, dass nun ein Bundesstaatsanwalt etabliert werden soll. Grüne und SPÖ fordern seit Jahrzehnten, dass eine solche unabhängige Person anstelle des Justizministers an der Spitze der Weisungskette stehen soll. Die ÖVP hatte sich immer dagegen gewehrt, am Montag ist Kurz dann umgeschwenkt.

Auch Matejka ist über den Schritt erfreut, stellt aber klar: Über die konkrete Ausgestaltung des Amtes müsse noch viel diskutiert werden, damit die Unabhängigkeit in der Funktion dann auch wirklich gewährleistet sei. „Einmischung der Politik in laufende Verfahren muss ausgeschlossen werden“, sagt die Präsidentin der Richtervereinigung.

„Österreich“, 17.02.2021

Sechs Staatsanwälte durchforsten Daten ++ SPÖ will Causa im Ibiza-U-Ausschuss weiter verfolgen

Ermittlungen gegen Blümel dauern noch Monate



SPÖ-Fraktionsführer Jan Krainer will mehr Zeugen.

Nach Hausdurchsuchung: Staatsanwälte werten Dokumente noch monatelang aus.

Wien. Das Misstrauensvotum ist für Finanzminister Gernot Blümel überstanden. Die Ermittlungen im Fall der Novomatic gehen noch lange weiter. Die Staatsanwaltschaft nimmt an, dass der Konzern Spenden an die ÖVP bot, um im Gegenzug Hilfe bei einem Problem in Italien zu bekommen. Blümel dementierte mehrmals. Für alle Beteiligten gilt die Unschuldsvermutung. Span-

nend wird es heute und morgen im Ibiza-U-Ausschuss: „Wir werden ergänzende Akten beantragen“, sagt Jan Krainer, SP-Fraktionsführer. Er will weitere Dokumente aus dem Finanzministerium zur Novomatic aus dem Jahr 2017 anfordern, erklärt er im Gespräch mit ÖSTERREICH, „und wir diskutieren gerade die Ladung weiterer Auskunftspersonen in der Causa“.

„Frühstück.“ Für Aufsehen sorgt derzeit die Aussage der Unternehmerin Gabriela Spiegelfeld im Online-

Magazin zackzack.at: Sebastian Kurz habe Novomatic-Chef Harald Neumann mehrmals zum „Frühstück“ getroffen. Kurz habe viele Termine wahrgenommen, sagt jedenfalls das Kanzleramt dazu.

Ermittlungen. In der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) laufen die Ermittlungen auf Hochtouren. Sechs Staatsanwälte durchforsten alle bei der Hausdurchsuchung gefundenen Unterlagen und Datenträger. Das wird noch Monate dauern.



WKStA: Hier werden die Datenträger untersucht.



Beschuldigt: Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann.

„Falter“, 17.02.2021

DIE NOVOMATIC

Ein Glücksspielkonzern wird von der
Korruptionsstaatsanwaltschaft gefilzt.
Warum?

„Tu es für

Der Glücksspielkonzern sponserte nicht nur parteinahe Vereine, er warb auch Ex-Politiker ab oder schaltete Inserate in parteinahen Medien. All das folgt einem „Masterplan“. Politiker sollten Bühnen bekommen, die die Novomatic bezahlt. Im Gegenzug sollten sie sich für Konzerninteressen einsetzen. Die Razzien bei der Novomatic erhellen nun dieses Geschäftsmodell. Der CEO des Konzerns, Harald Neumann, nahm den Hut. Er hatte der ÖVP laut Korruptionsbehörden Spenden angeboten und zugleich um Interventionen gebeten



Novomatic-Chef Neumann:
Erstens Spende. Zweitens Problem

Harald Neumann ist ein reicher Mann, aber auch er hat seine kleinen und großen Sorgen. In persönlichen „To do“-Listen hat er sie immer wieder notiert. Der Hüftspeck muss weg. Er will endlich einmal eine Million im Jahr verdienen. Die Freundin will versorgt sein. Und in Italien steht eine Steuernachzahlung des damals von ihm geführten Glücksspielkonzerns Novomatic in der Höhe eines zweistelligen Millionen-Euro-Betrags an.

„Guten Morgen, sag mal eine Frage“, schrieb Neumann deshalb am Morgen des 6. Dezember 2017 an den Wiener ÖVP-Chef Gernot Blümel, der damals am Sprung ins Kanzleramt als Medienminister war. „Meine Freundin (ich glaube Du hast sie einmal im Fitnessclub gesehen) würde eventuell einen Job brauchen. Glaubst Du gibt es eine Möglichkeit [...] im Bereich der Kabinetten [sic]?“

Blümel antwortete: „Sie soll mir ihren Lebenslauf schicken und ich schau mal.“

Ein Kuss-Smiley

Blümel an Schmid: „Bitte ruf den Neumann zurück. Tu es für mich. Danke!“

Dazu ein Kuss-Herzler-Smiley.

So geschah es auch. Blümel bedankte sich bei Schmid am Abend per SMS. Und der schrieb mit Smiley zurück: „Bei 40 Mio Steuer Nachzahlung würde ich mich auch anscheissen :-“

Neumann war damals ziemlich nervös, wie sichergestellte Mails zeigen. Er beschimpfte in internen Memos seinen Finanzvorstand, der auf den Steuerbescheid der Italiener warten wollte, statt politische Connections spielen zu lassen. „Mir fehlt schön langsam das Vertrauen in Dich!“, blaffte er ihn an. Denn: „Du setzt nicht alle Hebel und Beziehungen ein, die wir im Unternehmen haben!“

Die „Hebel und Beziehungen“ der Novomatic. Was war damit gemeint?

Etwa der ehemalige SPÖ-Kanzler und nunmehrige Unternehmensberater Alfred

Blümel, der Slim-fit-Philosoph und Kurz-Vertraute. Neumann, der Glücksspielmanager im Nadelstreif: ein merkwürdiges Paar, das sich gerne half.

Das Italien-Problem

Neumann hatte auch noch dieses Problem mit Italien: 40 Millionen Euro sollte sein Konzern nachzahlen, Fahnder der Guardia di Finanza hatten die italienische Tochter des Konzerns gefilzt und festgestellt, dass konzernintern verrechnete Lizenzgebühren einem Fremdvergleich nicht standhielten. Steuerbetrug also, so der Verdacht.

Da schrieb Neumann am 12. Juli 2017 Blümel wieder eines seiner morgendlichen SMS. Der Politiker stand damals zwar im alles entscheidenden ÖVP-Wahlkampf von Sebastian Kurz, er war die rechte Hand des jungen Außenministers, der die große Koalition mit Christian Kern aufkündigte, um selbst Kanzler zu werden. Aber er hatte dennoch oder vielleicht auch deshalb ein offenes Ohr.

7.37 Uhr, SMS Neumann an Blümel: „Guten Morgen, hätte eine Bitte: bräuchte einen kurzen Termin bei Kurz (erstens wegen Spende) und zweitens bezüglich einen Problemes [sic!] das wir in Italien haben!“

Erstens Spende, zweitens Problem. Neumann war ungewöhnlich direkt, und Blümel wimmelte ihn nicht empört ab, im Gegenteil, er vernetzte ihn.

Eine Antwort Blümels auf dieses Ansinnen ist zwar nicht dokumentiert, aber drei Stunden später, um 10.18 Uhr nervte Blümel einen wichtigen Mann im Finanzministerium damit: Thomas Schmid, den damaligen Generalsekretär des damaligen Finanzministers Hans-Jörg Schelling und heutigen Chef der Bundesbeteiligungsgesellschaft. Die Öbag verwaltet die Staatsanteile an Konzernen wie den Casinos oder der OMV.

Gusenbauer, der im Aufsichtsrat einer Novomatic-Tochter sitzt und „bitte asap Herrn Brodi kontaktieren“ sollte, wie Neumann befahl? Gemeint war offenbar der ehemalige Ministerpräsident Romano Prodi. „Gusi“ sollte sein altes rotes Netzwerk ausspielen. Doch Prodi nützte im konkreten Fall nichts. Seine Partei war aufgespalten, der anvisierte Finanzminister saß im falschen Flügel.

Also wandte sich Neumann an Blümel, damit dieser Kurz in Bewegung setze, Österreichs damaligen Außenminister. Der solle in Italien für den mutmaßlichen Steuerhinterzuger Novomatic intervenieren, so Neumanns Wunsch. Kurz, der Steuerberater.

Die mysteriöse „Spende“

Schon am nächsten Tag rotierte das Finanzministerium. Dort behandelte man Neumann wie einen VIP, und das war er als Teilaktionär der teilverstaatlichten Casinos AG in gewisser Hinsicht ja auch: „Haben ein paar gute Kontakte auf Beamtenbene. Und einen ins Kabinett. Sind unterwegs“, schrieb Finanz-Generalsekretär Schmid an Neumann, der um Hilfe bat. Der bedankte sich und schickte Schmid sofort eine Zusammenfassung seines Steuerproblems. Schmid: „Wir versuchen unser Bestes!“

Sieht man die Sache kritisch, könnte man meinen, das österreichische Finanzministerium agierte als persönliche Steuerberatungskanzlei eines Milliardenkonzerns und half diesem, Steuern zu sparen.

Interpretiert man sie wohlmeinend, könnte man sagen: ein ganz normaler Bürgerservice der Regierung für ein österreichisches Milliardenunternehmen, das zehntausende Arbeitsplätze garantiert und hier Millionen an Steuern zahlt.

Aber was ist nun mit der „Spende“?

Neumanns Anwalt Norbert Wess schreibt: „Mein Mandant hält fest, dass es

weder von ihm persönlich noch von Seiten der Novomatic AG Spenden an politische Parteien, sohin auch nicht an die ÖVP, gegeben hat. Eine etwaige Spende wurde von meinem Mandanten – insbesondere in Zusammenhang mit einer allfälligen Thematik mit Italien – zu keiner Zeit versprochen, angeboten oder auch nur in Aussicht gestellt.“

Und auch Gernot Blümel legte am Freitag – frisch frisiert – eine eidesstattliche Erklärung vor. Weder er noch die ÖVP noch parteinahe Vereine hätten Geld bekommen. Die Sache lasse sich schnell aufklären. Die Grünen wurden leiser.

Unternehmenspraxis

Doch die WKStA bleibt misstrauisch, nicht nur weil Heinz-Christian Strache in Ibiza das berühmte Sätzchen „Die Novomatic zahlt alle drei“ aussprach. In tausenden Chats, die die Staatsanwälte auf Straches Handy, aber auch auf Festplatten von Tho-

die Novomatic schon im Jahr 2005 von einem Mitarbeiter des Lobbyisten Peter Hochegger hat ausarbeiten lassen – ein „Drehbuch für Korruption“ nennt der in der Buwog-Affäre verurteilte Lobbyist das Papier heute selbst.

Politikern sollte eine „Bühne“ geboten werden, steht darin geschrieben, und der Konzern solle sie für ihre Zwecke einspannen. Man solle nach „Win-win-Situationen“ suchen, Gesetzesvorschläge ausarbeiten und Politiker umgarnen.

„Verbündete Politiker stellen eine schnelle Einbindung in den Gesetzgebungsprozess sicher“, schrieb der Verfasser des Papiers, denn: „Politiker werden in der Regel erst dann tätig, wenn sie für sich einen konkreten Nutzen darin sehen.“

Mögliche Nutzen-Beispiele sind „Schaffen einer medialen Bühne, konkrete Sponsoring-Projekte in einem Wahlkreis etc.“. Im Jahr 2017, so die Vermutung, habe auch Kurz Geld gebraucht. Für die „Ope-

DAS KUSS-HERZ-EMOJI

Gernot Blümel und Thomas Schmid geraten ins Visier der Korruptionsermittler. Zu Recht?

r mich

Was wirft die Korruptionsbehörde Finanzminister Gernot Blümel vor? Wie hart sind die Beweise? Wieso wird die ÖVP nervös? Und was steht in den Akten? Ein Überblick

BERICHT: FLORIAN KLENK

mas Schmid und anderen ÖVP-Politikern gefunden haben, zeigt sich eine etwas andere Unternehmenspraxis.

Immer wieder sponserte die Novomatic parteinahe Vereine „am Rechnungshof vorbei“, und das mit stattlichen Summen. Das Institut für Sicherheitspolitik des ehemaligen FPÖ-Abgeordneten Markus Tschank bekam 200.000 Euro, große Teile davon leitete Vereinsvorstand Tschank als „Regiekosten“ in seine eigene Tasche um. Derweil setzte sich die FPÖ für Online-Lizenzen ein, und die Novomatic versorgte ihren Bezirksrat mit einem Posten im Casinos-Aufsichtsrat, ein „Hintergrunddeal mit den Blauen“, wie ÖVP-Finanzminister Hartwig Löger gegenüber dem Casinos-Aufsichtsrat und Raiffeisen-Generalanwalt Walter Rothensteiner gesagt haben soll.

In der schwarzen Reichshälfte profitierte etwa jahrelang das Alois Mock Institut des heutigen Nationalratspräsidenten Wolfgang Sobotka von der Novomatic, wie man im Ibiza-U-Ausschuss erfuhr. 120.000 Euro bekam sein „Think-Tank“ und immerhin 8000 Euro das von ihm dirigierte Orchester. Immer wieder sponsert die Novomatic auch Feste privater Vereine, die in Wahrheit nur dem Zweck dienen, ÖVP-Politikern eine Bühne zu bieten.

All das habe wohl System, glaubt die WKStA, es folge einem „Masterplan“, den

ration Ballhausplatz“ (siehe den damaligen Falter-Artikel dazu).

Kriminell oder österreichische Landschaftspflege?

Aber ist das kriminell? Oder nur österreichische Landschaftspflege? Die WKStA will es genau wissen. Denn das „In-Aussicht-Stellen“ eines Vermögensvorteils für ein Amtsgeschäft ist schon im Versuchsstadium strafbar, heißt es im Gesetz. Und jeder, der dabei mitmacht, hängt als Beitragstäter mit drin. Die WKStA hat daher eine Frage zu prüfen: Hat Gernot Blümel, der heutige Finanzminister, einen Beitrag dazu geleistet, dass Kurz ein Vorteil für ein Amtsgeschäft angeboten worden ist? Was bedeutete sein Satz „Tu es für mich“ genau? Was hatte Blümel persönlich davon, wenn Schmid Neumann anruft? Wieso lag ihm die Intervention so am Herzen? Und was genau wusste Kurz?

Die WKStA muss den Neumann-Blümel-Chat, den sie im sichergestellten Handy von Neumann gefunden hatte, also penibel aufklären, so verlangt es das Gesetz. Und deshalb beantragte die Anti-Korruptions-Behörde beim Landesgericht für Strafsachen erfolgreich einen Hausdurchsuchungs-



Thomas Schmid soll fast einen Nervenzusammenbruch bekommen haben, als er erfahren hat, dass die Korruptionsermittler rund 300.000 Chats beschlagnahmt hatten. Das lag nicht an den privaten Nachrichten (die wurden gelöscht), sondern an seiner jahrelang verschrifteten Kommunikation mit dem Who's who der Wiener Polit-Szene. Schmid, einst Finanz-Generalsekretär, heute Chef der Bundesbeteiligungsagentur, wurde auch auf Bitten Gernot Blümels in der Novomatic-Causa aktiv



Blümel intervenierte für die Novomatic bei Thomas Schmid: „Tu es für mich“

Fortsetzung nächste Seite

Ibiza-Staatsanwältin Jilek im Wortlaut: „Unabhängige Aufklärung ist nicht möglich“



Christina Jilek, 40, war die Ibiza-Staatsanwältin. Vor dem U-Ausschuss offenbarte sie massive Interventionen

„Christina Jilek ermittelte als Staatsanwältin der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) federführend im Ibiza-Verfahren. Es geht darin um Bestechung, Gesetzeskauf – und die Rolle der ÖVP. Jilek schmiss ihren Job hin, weil sie sich gegängelt fühlte. Vergangenen Mittwoch hielt sie als Zeugin im Ibiza-U-Ausschuss eine Rede über die Zustände in der Korruptionsbekämpfung. Sie war derart bemerkenswert, dass wir sie als Zeitdokument abdrucken.“



Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich war über 13 Jahre Staatsanwältin mit Leib und Seele. Ende 2020 habe ich mich von der WKStA und der Strafschutz schweren Herzens verabschiedet. Das ist mir alles andere als leicht gefallen. Aber für mich war das alternativlos.

Mein Anspruch war, das Ibiza-Verfahren zügig, ergebnisoffen und frei von politischer Einmischung zu führen. Ich bin zu der Erkenntnis gelangt, dass das unter den aktuellen systemischen und personellen Rahmenbedingungen nicht geht. Die vollständige und unabhängige Aufklärung des Sachverhaltes innerhalb einer vertretbaren Verfahrensdauer ist nicht möglich. Es gibt zu viele Störfeuer.

Ich habe alle in meiner Position vorhandenen und rechtlich zulässigen Möglichkeiten ausgeschöpft, um die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Irgendwann musste ich erkennen, dass den Personen in den Schlüsselpositionen der Wille für die notwendige Veränderung fehlt. Und dann muss man sich die Gewissensfrage stellen, das habe ich für mich gemacht. (...) Ich bin nicht bereit, ein Feigenblattverfahren zu führen.

Der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat, war eine dienstrechtliche Maßnahme des Leiters der Oberstaatsanwaltschaft Wien, Johann Fuchs, vom 11. September 2020, die das Justizministerium zunächst mitgetragen hat. Eine sogenannte „Ausstellung“. Eine Ausstellung kommt in den Personalakt, sozusagen als Minuspunkt.

Und warum die Maßregelung? Weil bei tausenden Aktenseiten und rund 30 Akten und Tagebüchern im Ibiza-Komplex ein einziges E-Mail im vermeintlich falschen Tagebuch liegen soll. Und wissen Sie, welches Mail? Die Information, dass Ihnen – dem parlamentarischen U-Ausschuss – der Schredder-Akt über Weisung der Oberstaatsanwaltschaft Wien nicht vorzulegen ist! Der Vorwurf war schon inhaltlich völlig haltlos. Aber damit Sie verstehen, wie

außergewöhnlich so eine Ausstellung ist, müssen Sie wissen, ich habe so etwas in 13 Jahren noch nie gesehen. Ich habe auch mit vielen Kollegen gesprochen. Niemand kennt so etwas. Im Übrigen gibt es dagegen auch keine Rechtsmittel.

Anstatt mich voll auf die Arbeit konzentrieren zu können, bin ich zu einem Rechtsanwalt gegangen und habe mich dagegen auf eigene Kosten zur Wehr gesetzt. Fuchs musste die Maßnahme über Weisung des Ministeriums zurücknehmen. Das war kein einmaliger Vorfall, sondern nur der traurige Höhepunkt einer ganzen Reihe von Vorgängen, wo man mir oder meinen Kollegen zu Unrecht dienstrechtliche Vorwürfe gemacht hat. Dieser Disziplinierungsversuch hat mir jedenfalls eines sehr deutlich vor Augen geführt: Es wird sich nichts ändern. (...)

Wie gesagt, das war der letzte Tropfen. Aber das Fass war ohnehin übertoll. Wodurch hat es sich gefüllt?

Einerseits durch mehrere ganz außergewöhnliche Vorgänge im Zusammenhang mit Weisungen, Berichtsaufträgen oder im Zusammenhang mit der Polizei. Und durch Umstände, die dazu geführt haben, dass ich das Vertrauen in meinen Vorgesetzten Oberstaatsanwalt Fuchs vollständig und unwiederbringlich verloren habe, und durch die ich den Eindruck gewinnen musste, dass Fuchs mir gegenüber die Dienst- und Fachaufsicht befangen ausübt. (...)

Ich habe intern alles versucht, um eine Lösung zu finden. Leider ohne Erfolg. Wichtig ist mir festzuhalten, dass es nicht um einzelne Personen oder persönliche Befindlichkeiten geht, sondern um das aktuelle staatsanwaltschaftliche System, in dem diese Dinge möglich sind. Meine tiefste Überzeugung aufgrund meiner Erfahrung als Oberstaatsanwältin – und auch als Staatsbürgerin – ist es, dass eine effektive, schlagkräftige und zügige Korruptionsbekämpfung systembedingt nicht möglich ist, solange die justizielle Antikorruptionsbehörde WKStA unter politischer Aufsicht steht. Solange die ermittelnde Polizei unter politischer Aufsicht steht. (...)

Meiner Ansicht nach besteht dringender Handlungsbedarf. Und das bringt mich zu meinem Appell, den ich als Staatsbürgerin an Sie als Gesetzgeber richten möchte: Sie haben es in der Hand. Bitte schaffen Sie die Rahmenbedingungen dafür, dass die WKStA ihre Rolle vollständig erfüllen kann und in diesem Verfahren und auch in allen anderen Verfahren vollständig aufklären kann. Befreien Sie die WKStA aus ihrem politischen Korsett! Stellen Sie die WKStA unter die unabhängige und kritischste Kontrolle, die wir haben: die ausschließliche Kontrolle durch unabhängige Gerichte.



Oberstaatsanwalts-Chef Johann Fuchs und Sektionschef Christian Pilnacek haben all diese Vorwürfe zurückgewiesen. Die grüne Justizministerin Alma Zadić wurde bereits im Mai 2020 informiert. Jetzt ist Jilek Richter in Graz.

Fortsetzung von Seite 13

befehl, und zwar bereits am 23.12.2020. Rechtsschutzrichterin Julia Rudisch hält so – wie die WKStA – aufgrund der Chats fest, es bestehe der Verdacht, Harald Neumann habe Sebastian Kurz in dessen Eigenschaft als Außenminister für die pflichtwidrige Vornahme eines Amtsgeschäfts zu bestechen versucht, und es bestehe weiters der Verdacht, Gernot Blümel sei dazu angestiftet worden, Kurz diesen Vorteil anzubieten.

Die WKStA formuliert erstaunlich zurückhaltend, sie tastet sich langsam vor. Sie nimmt Kanzler Kurz aus dem Schussfeld. „Es kann derzeit nicht festgestellt werden, ob Sebastian Kurz das Angebot angenommen hat. Es gibt derzeit keine konkreten Anhaltspunkte dafür, dass Sebastian Kurz aufgrund des Angebots in seiner Funktion als Außenminister Handlungen setzte“, schreiben die Staatsanwälte. „Derzeit.“

Die WKStA recherchiert also noch. Die Opposition wertet den Hausdurchsuchungsbefehl gegen Harald Neumann und Gernot Blümel bereits wie eine Anklage gegen die beiden. Neos, FPÖ und SPÖ fordern den Rücktritt. Die Grünen fordern einen unabhängigen Generalbundesanwalt. Kurz bezeichnete die Anklagebehörde in einem Hintergrundgespräch vor einem Jahr ja einmal als „linkes Netzwerk“, weil sie gegen Hartwig Löger ermittle, Blümels Vorgänger.

Zu dünn sei die Suppe, zu hart die Ermittlungsmaßnahmen, streuen die schwarzen Spindoktoren, und einige Tageszeitungen verbreiten es unkritisch. Die WKStA habe die Oberbehörden zudem zu spät informiert, sie wolle sich der Kontrolle widersetzen, so ein weiterer Vorwurf. Aber immerhin. Am Montag kündigte die ÖVP an, sich einer weisungsfreien Korruptionsstaatsanwaltschaft nicht mehr zu verschließen (siehe Kommentar Seite 6).

Der Aufschrei der Oberstaatsanwältin

Tatsächlich platzte die Hausdurchsuchung in einen offenen Machtkampf, den die WKStA seit eineinhalb Jahren mit ihren Vorgesetzten führt. Erst vergangene Woche eskalierte der Konflikt, wie man im Ibiza-U-Ausschuss miterleben konnte. Da trat Christina Jilek in den Zeugenstand, eine resolute Oberstaatsanwältin, die eineinhalb Jahre gegen Neumann, Strache und Co ermittelte. Ihr Eingangsstatement (siehe Kasten) war eine Abrechnung.

Eine zügige und unbefangene Ermittlung sei im Ibiza-Komplex nicht mehr möglich, beklagte sie. Die Untersuchungen würden von Vorgesetzten torpediert. Sie folge nun ihrem Gewissen und schmeiße den Job hin. Zu massiv sei der Druck auf sie geworden – und zwar seitens der ÖVP. Die WKStA brauche mehr Freiheit. Wenn die Politik von Ermittlungen betroffen sei, dürfe nicht die Politik die Korruptionsermittlungen kontrollieren. Die Grünen verloren zu Jileks Anklage kein Wort – aus Koalitionsrason. Alma Zadić und ihr Karenzvertreter Werner Kogler verhalten sich auffallend still.

Nicht nur der Ibiza-Komplex, auch die neue, fast 600 Seiten starke Akte Blümel („Amtsvermerk über weitere Erkenntnisse aus der Datenauswertung im Zusammenhang mit den Funktionären der ÖVP“) bietet Einblicke in einen Sumpf. Die WKStA gräbt sich immer tiefer ins Machtzentrum der ÖVP vor, sie hinterfragt immer hartnäckiger, wer die ÖVP finanziert und was Spender dafür bekommen. Und die Behörde agiert dabei immer selbstbewusster.

Die Akte Blümel ist aber auch abseits der strafrechtlichen Dimension einmal mehr ein Sittenbild, wie eng verflochten Österreichs größter Glücksspielkonzern mit der ÖVP, aber auch mit anderen politischen Parteien und Persönlichkeiten dieser Republik ist. Akribisch hat der in dem Fall federführende Staatsanwalt Chats, Kalendereinträge und E-Mails wie ein Puzzle zu einer sehr österreichischen Erzählung montiert. Sie zeigt, wie ein Glücksspielkonzern, der Zehntausende in die Spielsucht und in die Kriminalität trieb, von der ÖVP und auch von Kanzler Kurz hofiert wird – und umgekehrt.

Im Mai 2017 beginnt die Auswertung der Chats. Als Sebastian Kurz zum Sprung auf den ÖVP-Chefsessel ansetzt, plaudert Novomatic-Chef Neumann mit seinem Pressesprecher Bernhard Krumpel über die Geldnot der Partei. „Kurz wird seine [politischen, Anm.] Forderungen bekommen“, analysiert Krumpel, „Er hat aber einen ganz wichtigen Punkt vergessen: die Finanzierung der Bundespartei. Dort ist es nämlich ziemlich trist, werden von Landesparteien sehr kurz gehalten.“ Tatsächlich ist die Partei fast pleite, die Länder zahlen ihre Beiträge nicht.

Was auffällt: Immer wieder sucht der Konzern in dieser Zeit die Nähe zu Kurz oder anderen Ministern und umgekehrt. Mai 2017: „War heute übrigens bei Kurz“, schreibt Krumpel und ist enttäuscht. „Hat eingeladen. Das wird nix. Er tut sich schwer mit Inhalten. Nix mit ÖVP neu.“ Auch Neumann sucht die Nähe zum damaligen Außenminister und findet sie. Eine Kurz-Lobbyistin, die für den Kanzler offenbar Geld für den Wahlkampf aufstellt, lädt Neumann etwa im Mai 2017 zum „Frühstück mit Se-

bastian Kurz“ ein, wie ein beschlagnahmtes Mail zeigt.

Nur drei Monate später, im August 2017, folgt schon der nächste exklusive Termin, Neumann wird umgarnt. Die Unternehmensberaterin Antonella Mei-Pochtler, Chefin des Kurz-Think-Tanks „Think Austria“ lädt Neumann in den noblen Innenstadti Italiener Fabios zum Dinner mit dem Thema „Politische Prioritäten von Sebastian Kurz“. Neumann schreibt: „Komme gerne und freue mich.“

Wieso wird einer wie Neumann ständig von den Beratern und Spendenkeilern von Kurz eingeladen? Und wieso sucht die ÖVP seine Nähe?

Die WKStA stellt in ihrem Bericht eine wichtige Frage: „Erfolgte eine Spende durch die Novomatic-AG?“ Eine Antwort bleibt aus, die Behörde schreibt aber: „Erwähnenswert ist, dass Mag. Neumann nur 12 Tage nach dem Spendenchat zwischen ihm und Mag. Blümel und nur einen Tag vor dem Termin mit dem Betreff ‚KURZ‘ mit dem Konzernsprecher über Parteispenden räsoniert.“

Das liest sich so: Konzernsprecher Krumpel an Neumann: „Hahaha. Pierer [Kurz-Spender und KTM-Chef Stefan Pierer, Anm.] verdoppelt alle ÖVP-Spenden, die bis 31.7. eingelangt sind.“ Neumann: „Wir haben noch etwas besseres vor ;)“ hat dir stefan [Stefan Krenn, heute Konzernsprecher, Anm.] schon erzählt???

Krumpel: „Ja... FP hat mich angerufen, tschank ist alter freund von mir...bin da voll eingebunden: hab u.a. gerade den brief an die parteien entworfen und stefan geschickt“.

Solche Chats machen die WKStA miss-trauisch. Was meinte Neumann mit „Wir

haben noch etwas besseres vor“, und wieso erwähnt Krumpel im Zusammenhang mit Parteispenden Markus Tschank, den Vorstand jenes Vereins, dem die Novomatic 200.000 Euro überwiesen hatte – während sie diesem ihre Wünsche für eine Online-Casino-Lizenz vortrug?

War es wieder so wie bei Blümel: „Ers-tens Spende“, „zweitens Problem“? Und was ist der „Termin KURZ“? Ein Treffen zwischen Novomatic-Boss Graf mit seiner gleichnamigen Aufsichtsrätin, wie Graf beteuert?

Wurde auch an die ÖVP über Vereine gespendet? In einer anonymen Anzeige, die die gesamte Casinos-Affäre ins Rollen brachte, wird dieser Verdacht ausgesprochen: „Wer nicht direkt an die Partei spenden wollte, wurde an das Alois Mock Institut oder an die Julius Raab Stiftung verwiesen. Dort sind Vertraute und ehemalige Mitarbeiter von Kurz tätig.“

Die WKStA wird sich wohl auch dort hineingraben müssen, sofern sie die Oberstaatsanwaltschaft Wien frei ermitteln lässt. Es gibt ja noch viel zu tun. Auf einer Festplatte von Thomas Schmid fanden die Staatsanwälte ein Backup seines Handys und rund 300.000 Chats. Die Nachrichten werden gerade ausgewertet und versetzen die ÖVP in Unruhe. Sie werden einen Lichtstrahl werfen ins Innerste der Volkspartei und wohl auch zu Kurz.

Die Novomatic zahlte am Ende übrigens nur 20 Millionen Euro Steuern nach. Ob das Finanzministerium in Italien intervenierte, konnte Blümel nicht sagen. Das las-se er recherchieren. Vielleicht finden sich ja entlastende Beweise auch auf den am Donnerstag sichergestellten privaten Festplatten von Blümel.



„Hahaha. Pierer verdoppelt alle ÖVP-Spenden, die bis 31.7. eingelangt sind“ –

„Wir haben noch etwas besseres vor;)“

**NOVOMATIC-
SPRECHER UND
SEIN CHEF
IM CHAT**

Wiener Kehrtwende

Nach Ermittlungen gegen einen Minister ist Kanzler Kurz nun offen für eine Justizreform

Wien – Schon wieder mussten Österreichs Grüne in einer Sondersitzung des Parlaments einem ÖVP-Minister aus der Bredouille helfen. Vor Kurzem stimmten sie gegen einen Misstrauensantrag, mit dem die Opposition Innenminister Karl Nehammer ins Visier genommen hatte. Am Dienstag galt der Misstrauensantrag Finanzminister Gernot Blümel, und wieder stimmten die Grünen mit ihrem Koalitionspartner. In der Debatte zeigten sich Regierung und Opposition offen für eine Justizreform, mit der die Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft gestärkt werden soll. Die ÖVP hatte sich dieser Forderung erst vor wenigen Tagen angeschlossen.

Denn Blümel wird, das ist seit wenigen Tagen öffentlich bekannt, von der Wirtschafts- und Korruptionstaatsanwaltschaft (WKStA) als Beschuldigter in einem Verfahren geführt, in dem es um mögliche verdeckte Parteispenden als Dankeschön für eine politische Intervention gehen könnte. Bekannt ist, dass der Glücksspielkonzern Novomatic, der 2017 Ärger mit den italienischen Behörden hatte, und dem bis zu 60 Milliarden Euro Steuernachzahlungen drohten, bei Blümel nachfragte, ob der mit entsprechenden Kontakten helfen könne. Dieser, damals noch nicht Minister, sondern ÖVP-Chef in Wien, aber ein Bekannter von Novomatic-Chef Harald Neumann, sorgte für eine Kontaktaufnahme aus dem Finanzministerium. Er bestreitet aber, dass dafür im Gegenzug eine Spende an die ÖVP

oder einen parteinahen Verein geflossen sei.

Blümel legte dazu auch eine eidesstattliche Versicherung vor und drohte, er werde jeden, der weiterhin Gegenteiliges behauptet, verklagen. Eine Ministeriumssprecherin sagte später, man habe bereits mehr als ein Dutzend entsprechende Anzeigen erstattet. Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) stellte sich hinter Blümel, der einer seiner engsten Vertrauten ist. Es habe "viele Verfehlungen gegeben", so Kurz bei einer Pressekonferenz am Montag. Der Kanzler warf der WKStA unter anderem vor: eine rechtswidrige Hausdurchsuchung im Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) und eine Anzeige gegen eine Journalistin; außerdem kritisierte er das Abhören und die gegenseitigen Anzeigen, die Ausfluss eines Machtkampfs zwischen den Korruptionsermittlern, der Oberstaatsanwaltschaft und einem Abteilungsleiter im Justizministerium waren.

Kurz beklagte auch, von 40 000 Beschuldigten, gegen welche die WKStA ermittelt habe, seien nur 400 überführt worden. Viele der zu Unrecht Beschuldigten hätten in der Öffentlichkeit gestanden; ihre Karrieren seien zerstört worden. Eine Sprecherin des Justizministeriums stellte später klar, dass die genannten Zahlen so nicht stimmen, weil zu den 40 000 Personen nicht nur Beschuldigte, sondern auch alle Verdächtigen im Laufe von zwölf Jahren gehörten. Kurz zeigte sich bei der Pressekonferenz über-

raschenderweise offen für eine Idee, welche die Opposition schon lange verfolgt und die auch die Grünen fordern: eine politisch unabhängige Staatsanwaltschaft und die Installation eines Generalstaatsanwalts, wie er etwa in Deutschland existiert. Die ÖVP sei lange gegen diese Reform gewesen, so Kurz, habe nun aber ihre Meinung geändert.

Die Fraktionschefin der Grünen im Parlament, Sigrid Maurer, betonte derweil bereits vor der Sondersitzung am Dienstag, eine eidesstattliche Erklärung, wie sie Blümel abgegeben habe, sei "kein Beweis, sondern nur eine Behauptung". Man stütze Blümel nur, solange keine Anklage erhoben sei. Zudem übte Maurer scharfe Kritik am Koalitionspartner. Die ÖVP habe ein "gestörtes Verhältnis zur unabhängigen Justiz", der Kanzlerpartei attestierte sie ein "selektives Verhältnis zum Rechtsstaat". Die Attacken von Kurz und auch ÖVP-Fraktionschef August Wöginger auf die WKStA seien sehr durchsichtig, so Maurer. Für die Einrichtung eines Bundesanwalts oder eines Generalstaatsanwalts gebe es viele gute Gründe. Die ÖVP sehe die Funktion dieses Amtes aber falsch: In ihren Augen solle es vor allem dazu dienen, die ÖVP vor Ermittlungen zu schützen.

CATHRIN KAHLWEIT

Die ÖVP habe ein "selektives Verhältnis zum Rechtsstaat", sagt die Grünen-Fraktionschefin

Erste Probe überstanden

Wiens Koalition ringt um Einigkeit im Fall Blümel

lów. WIEN. Die Korruptionsermittlungen gegen den österreichischen Finanzminister Gernot Blümel haben die ohnehin schon erheblichen Spannungen in der "türkis-grünen" Koalition in Wien weiter verstärkt. Doch die Opposition hat am Dienstag im Parlament vorerst keine Sollbruchstelle gefunden. Das Bündnis hat ein erstes Hindernis überwunden: Die Grünen haben gegen einen Misstrauensantrag gegen Blümel gestimmt. Der ÖVP-Politiker ist ein enger Gefolgsmann von Bundeskanzler und ÖVP-Chef Sebastian Kurz.

Freilich versah Sigrid Maurer, Vorsitzende des Klubs (Fraktion) der Grünen, das Abstimmungsverhalten mit einer Einschränkung. "Das ist nicht in Stein gemeißelt." Sollten neue Fakten auftauchen, werde man die Lage neu bewerten. Auch sonst sparte die Anführerin der grünen Parlamentarier nicht mit Kritik am Koalitionspartner: Die ÖVP habe ein zwiespältiges Verhältnis zur Unabhängigkeit der Justiz. Der Ton ist rauh geworden zwischen Grünen und der ÖVP, seit zu Jahresbeginn eine Familie nach Georgien abgeschoben wurde - zwar rechtlich einwandfrei, aber "unmenschlich", wie Grünen-Politiker bis hinauf zum Parteivorsitzenden und Vizekanzler Werner Kogler an die Adresse der ÖVP und insbesondere Innenminister Karl Nehammer ausrichteten.

Jetzt geht es um Ermittlungen der Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) wegen Vorgängen aus dem Jahr 2017. Damals hatte Kurz im Mai

die Spitze der ÖVP übernommen und sie in vorgezogenen Wahlen zu einem Wahlsieg geführt. Die Ermittler sind nun in einer anderen Causa auf eine Kurznachricht gestoßen, die der frühere Chef des Glücksspielunternehmens Novomatic, Harald Neumann, im Juni 2017 an Blümel schickte. Er bat um ein Gespräch mit Kurz, damals Außenminister, wegen einer "Spende" und eines "Problems" seiner Firma in Italien. Auch weil beim Novomatic-Eigentümer Graf kurze Zeit später ein Termin mit "Kurz" im Terminkalender stand, sah die WKStA genügend Anlass zu Ermittlungen gegen Blümel und führte vergangene Woche eine Hausdurchsuchung durch.

Die Opposition fordert deswegen, dass Blümel zurücktritt. Die SPÖ verwies darauf, dass Österreich in diesen schwierigen Zeiten einen handlungsfähigen Finanzminister benötige. "Sie sind nicht mehr handlungsfähig und anerkannt", befand der sozialdemokratische Klub-Obmann Jörg Leichtfried. Die FPÖ sah einen Zusammenhang zwischen Kurz' Übernahme des Parteivorsitzes und Absprachen in "dunklen Hinterzimmern" zur Finanzierung der Partei. "Ohne Geld ka Musi", sagte der Fraktionschef der rechten Partei, Herbert Kickl. Die Chefin der liberalen Neos, Beate Meinel-Reisinger, sah eine "krasse Unvereinbarkeit" darin, dass der Finanzminister fachlich für die Aufsicht über das Glücksspiel zuständig ist. Blümel selbst wies wie schon in den Tagen zuvor alle Verdächtigungen zurück und

versicherte, es seien weder an ihn noch an die Partei noch an Vereine, in denen er Verantwortung getragen habe, Novomatic-Spenden geflossen.

Der Finanzminister versicherte zwar, er habe volles Vertrauen in die Justiz, dass sie seine Unschuld binnen kurzem bestätigen werde. Hinter den Kulissen ist in der ÖVP allerdings erhebliche Kritik am Vorgehen der WKStA zu hören. Blümel sei nicht darüber informiert worden, dass er als Beschuldigter geführt wird, sondern habe das aus den Medien erfahren, in die das durch ein wie auch immer geartetes Leck geraten war. Der angebliche Termin von Kurz bei Graf habe nie stattgefunden und beruhe auf einem Missverständnis: Grafs Schwiebertochter heißt zufällig auch Kurz. Dass Kurz Neumann bei mehreren Veranstaltungen der ÖVP getroffen hat, ist unbestritten.

Eine ÖVP-Abgeordnete stellte eine parlamentarische Anfrage ans Justizministerium. Blümels Rechte seien verletzt worden. "Ist es nicht problematisch, dass die Basis für die Ermittlungen und die Hausdurchsuchung ein Termin und eine Spende sind, obwohl es weder eine Spende noch einen Termin gegeben hat?" Und: "Wer trägt für die Verfehlungen die Verantwortung und was sind die Konsequenzen?" Das wiederum haben die Grünen als Angriff auf sich angesehen. Kogler selbst vertritt derzeit die grüne Justizministerin wegen einer Baby-pause.

„www.zackzack.at“, 17.02.2021



Die wichtigsten FRAGEN und ANTWORTEN zum FALL BLÜMEL

DIE WICHTIGSTEN FRAGEN UND ANTWORTEN ZUM FALL BLÜMEL

Am 11. Februar durchsuchten Ermittler der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft die Wohnung von Finanzminister Gernot Blümel. Seitdem ist ein Kampf um die Deutungshoheit über die Ermittlungen entbrannt. Hier sind die wichtigsten Fakten:

Frage: Um welche Sache geht es eigentlich?

Antwort: Die Ermittlungen gegen Blümel gehören zur „Causa Casinos“. Das sind unterschiedliche Ermittlungen rund um mutmaßliche Korruption und Postenschacher im Zusammenhang mit dem Glücksspielkonzern Novomatic und den Casinos Austria (CASAG). Die Causa ist auch wichtigstes Thema im Ibiza-Untersuchungsausschuss. Zu den Beschuldigten in den verschiedenen Ermittlungen gehören neben Blümel: HC Strache, CASAG-Chefin und Ex-ÖVP-Vizechefin Bettina Glatz-Kremsner, Ex-ÖVP-Finanzminister Hartwig Löger und Raiffeisen-General Walter Rothensteiner.

Frage: Was wirft die Staatsanwaltschaft Gernot Blümel vor?

Antwort: Blümel soll geholfen haben, Spenden der Novomatic an das Umfeld von Sebastian Kurz im Tausch gegen politische Unterstützung einzufädeln. Unter anderem geht es um den Verdacht, Kurz habe als Außenminister in Italien interveniert, um eine Steuerschuld der Novomatic in Höhe von 40 Millionen Euro beim italienischen Fiskus verschwinden zu lassen. Novomatic-Chef Harald Neumann schrieb Blümel eine Nachricht, in der er um einen Termin bei Kurz bat. Es ging um „eine Spende“ und ein „Problem, das wir in Italien haben“. Acht Tage später traf Kurz seinen italienischen Amtskollegen. Italien reduzierte später die Steuerschuld um die Hälfte. Die WKStA ermittelt gegen Blümel nun wegen Untreue, Bestechlichkeit und Missbrauch der Amtsgewalt.

Frage: Wären Spenden an die ÖVP nicht leicht nachvollziehbar? Sie müssen doch dem Rechnungshof gemeldet werden?

Antwort: Im Prinzip ja. Sebastian Kurz und Gernot Blümel betonten in den letzten Tagen auch immer wieder, dass es keine Spende der Novomatic an die Bundes-ÖVP oder die Landespartei Wien gegeben habe. Von so einer plumpen Spende gingen die Ermittler allerdings auch niemals aus. Eine Möglichkeit, „am Rechnungshof vorbei“ zu spenden (HC Strache auf Ibiza), wären ÖVP-nahe Vereine. In mehreren davon war Blümel Vorstand. Blümel gab eine eidesstattliche Erklärung ab, dass auch über diese Vereine nichts gespendet wurde. Die Ermittler interessieren sich aber vor allem für einen ganz anderen Bereich. Sie vermuten, dass über Umwege (Schein-)Aufträge an ÖVP-nahe PR-Agenturen und Unternehmen vergeben wurden – sogenannte Kickback-Deals. Solche verdeckten Zahlungen sind sehr schwer nachzuvollziehen, vor allem, wenn zusätzlich Stiftungen involviert sind.

Frage: Woher hat die WKStA ihre Informationen?

Antwort: Bei zwei Hausdurchsuchungen stieß die WKStA im Zuge der Ermittlungen auf wahre Goldadern. Die erste war das Handy von HC Strache. Darauf fanden sich tausende Whatsapp-Nachrichten über türkisblauen Postenschacher.

Die zweite war das Handy von ÖBAG-Chef Thomas Schmid. Schmid hatte offenbar Wind von der bevorstehenden Hausdurchsuchung bekommen, denn er setzte sein Handy in letzter Minute auf Werkseinstellungen zurück – löschte also alle Daten. Was Schmid nicht ahnte: Mithilfe eines israelischen Entschlüsselungsprogramms konnten die Ermittler die Daten wiederherstellen. Sie fanden sage und schreibe 300.000 Textnachrichten, die ihnen einen tiefen Einblick in die Chats des innersten Kreises um Sebastian Kurz ermöglichen.

Im Rahmen der Hausdurchsuchung bei Blümel wurde auch dessen Handy sichergestellt. Auch einen Laptop fanden die Ermittler übrigens.

Frage: Wie lief die Hausdurchsuchung ab?

Antwort: Von der unrühmlichen und rechtswidrigen Razzia im BVT mithilfe einer FPÖ-nahen Polizeieinheit einmal abgesehen, ist die WKStA dafür bekannt, Hausdurchsuchungen möglichst im Einvernehmen mit den Betroffenen durchzuführen. Das war bei Strache, der den Beamten selbst sein Handy entspernte so, und auch im Fall Blümel. Die Ermittler besprachen die Hausdurchsuchung mit Blümel bei einem Termin vorab und gaben ihm Zeit, seine Familie zu informieren. Dann gingen sie gemeinsam zu Fuß von den Räumlichkeiten der WKStA zur nahegelegenen Wohnung Blümels im dritten Wiener Gemeindebezirk. Zeitgleich wurden Blümels niederösterreichischer Zweitwohnsitz und Räumlichkeiten der Novomatic durchsucht.

Die richterliche Genehmigung für die Durchsuchung hatten die Ermittler bereits im Dezember erhalten. Stattfinden sollte sie aber erst Ende Februar. Bis dahin wollte die WKStA weiter verdeckt ermitteln. Durch eine bürokratische Verwicklung wurden jedoch einige Investigativjournalisten darauf aufmerksam, dass Blümel als Beschuldigter geführt wurde. Die Ermittler mussten die Durchsuchung vorziehen.

In Fällen von öffentlichem Interesse ist die WKStA durch einen Erlass verpflichtet, der Oberstaatsanwaltschaft (OStA) von wichtigen Ermittlungsschritten wie einer Durchsuchung drei Tage vorab zu berichten. Ex-Korruptionsermittlerin Christina Jilek äußerte die Vermutung, dass ÖVP-nahe Beamte in der OStA in der Vergangenheit Durchsuchungen verrieten. Im Fall Blümel konnten sich die Ermittler keine drei Tage mehr Zeit lassen. Sie klärten ihr Vorgehen dennoch mit der OStA ab und erhielten die Genehmigung für die Durchsuchung. Auch das Justizministerium sagte im Nachhinein: Alles in Ordnung.

Frage: Warum wusste Blümel nichts von seinem Beschuligtenstatus?

Antwort: Das ist völlig normal. Beschuldigte müssen „so bald wie möglich“ informiert werden, wie es im Gesetz heißt. Das bedeutet normalerweise: Wenn alle geheimen Ermittlungsschritte abgeschlossen sind. Würde man Beschuldigte zu früh auf laufende Ermittlungen gegen sie hinweisen, könnten sie versuchen, Spuren zu verwischen. Typischerweise erfahren daher Beschuldigte erst bei ihrer ersten Einvernahme von den Ermittlungen gegen sie. Genauso war es auch bei Blümel.

Frage: Beruhte die Hausdurchsuchung bei Blümel auf einer Namensverwechslung?

Antwort: Nein. Kanzler Kurz und andere ÖVP-Politiker behaupteten das, auch zahlreiche regierungsfreundliche Medien veröffentlichten diese Falschnachricht. In der Anordnung der Hausdurchsuchung bei Blümel findet sich ein Hinweis auf einen Termin mit „Kurz“ im Kalender von Novomatic-Besitzer Johann Graf.

Die ÖVP behauptete, der WKStA sei ein Fehler unterlaufen. Denn auch die Schwiegertochter Grafs, zum damaligen Zeitpunkt im Novomatic-Aufsichtsrat, heißt mit Nachnamen Kurz. Eine Verwechslung liegt aber definitiv nicht vor. In einem über 500 Seiten starken Aktenvermerk zu den Ermittlungen weist die Staatsanwaltschaft selbst darauf hin, warum sich ihrer Ansicht nach der Kalendereintrag auf Sebastian und nicht Martina Kurz bezieht. Wer tatsächlich gemeint war, ist bisher nicht geklärt, doch eine irrtümliche Verwechslung durch die Ermittler ist ausgeschlossen.

Für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung.

„www.neuezeit.at“, 16.02.2021



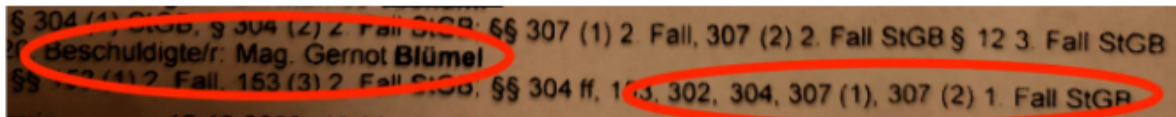
Steckt Sebastian Kurz im Spenden-Sumpf? Der Kanzler traf den Novomatic-Chef zu Spender-Terminen

Jetzt könnte es auch für Sebastian Kurz ungemütlich werden. Der Kanzler traf den damaligen Chef des Glücksspiel-Konzerns Novomatic, Harald Neumann, mehrmals zum gemeinsamen Frühstück. Thema bei den Treffen waren offenbar unter anderem Wahlkampf-Spenden für die ÖVP, berichtet das Online-Magazin „ZackZack“. Die Frühstückstermine sind brisant, denn die Korruptions-Staatsanwaltschaft ermittelt gerade gegen Finanzminister Gernot Blümel. Sie prüft, ob die ÖVP Gegenleistungen für Novomatic-Parteispenden versprach. Kurz und Co dementieren weiterhin, dass Spenden geflossen sind. Für alle Beteiligten gilt die Unschuldsvermutung.

Medienbericht: Sebastian Kurz traf den Novomatic-Boss zu Spender-Frühstücken

Es gab schon bessere Tage für die ÖVP. Zuerst wurde bekannt, dass Finanzminister Gernot Blümel als Beschuldigter einer Ermittlung der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) geführt wird und sogar eine Hausdurchsuchung bei ihm stattfand (es gilt die Unschuldsvermutung). Und jetzt kommt in der Causa Novomatic auch noch Bundeskanzler Sebastian Kurz persönlich ins Spiel: **Recherchen des Online-Magazins „ZackZack“** zeigen, dass der Kanzler den Ex Novomatic-Chef Harald Neumann mehrmals zum Frühstück getroffen hat. Thema der Treffen dürften unter anderem Wahlkampf-Spenden für die ÖVP gewesen sein.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt, ob der Glücksspiel-Konzern Novomatic Spenden an die ÖVP in Aussicht stellte und dafür politische Gegenleistungen verlangte. Die Frühstücks-Treffen zwischen Kurz und dem Novomatic-Chef sind also äußerst brisant. Ein Sprecher des Bundeskanzlers meint in **einer ersten Stellungnahme**: Bei den Zusammentreffen habe es sich um größere Veranstaltungen gehandelt. Es seien keine Novomatic-Spenden an die ÖVP geflossen. Der Reihe nach.



Das brachte alles ins Rollen: Der Dossier-Journalist Ashwien Sankholkar veröffentlichte ein Dokument, aus dem hervorgeht: Die Korruptions-Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Finanzminister Gernot Blümel. // Faksimile: Dossier / Twitter/Ashwien Sankholkar

Novomatic hat Steuerprobleme in Italien – und bittet die ÖVP um Hilfe

Alles begann im Sommer 2017. Harald Neumann ist Chef des Glücksspiel-Konzerns Novomatic. Und er hat ein Problem: Seinem Unternehmen drohen in Italien Steuernachzahlungen **zwischen 40 und 60 Millionen Euro**. Also greift der Novomatic-CEO zum Handy und schreibt eine SMS an Gernot Blümel:

““

„Guten Morgen, hätte eine Bitte: bräuchte kurzen Termin bei Kurz (erstens wegen Spende und zweitens bezüglich eines Problem, das wir in Italien haben!“

Blümel reagiert nur drei Stunden nach der SMS und tippt selbst eine Nachricht in sein Handy. Er bittet den damaligen Generalsekretär im Finanzministerium, Thomas Schmid, den Novomatic-Chef anzurufen. „Tu es für mich“, schreibt Blümel und fügt noch einen Kuss-Smiley hinzu.

Nur 20 statt 40–60 Millionen Euro Steuernachzahlungen

Jetzt ermittelt die Korruptions-Staatsanwaltschaft, ob Novomatic an die ÖVP spendete und dafür eine politische Gegenleistung zugesagt bekam – also Hilfe bei den Steuernachzahlungen in Italien. Blümel und die ÖVP bestreiten, dass es zu einer Spende kam. Ob tatsächlich Geld an die Partei direkt geflossen ist, spielt für den **Tatbestand der Bestechung** aber gar keine Rolle. Es ist schon strafbar, wenn der Vorteil Dritten zukommt, also etwa karitativen Vereinen.

Dass Novomatic zumindest an ÖVP-nahe Vereine spendete, ist bereits ausreichend dokumentiert. Der Glücksspiel-Konzern unterstützte etwa das **Alois-Mock-Institut** in den vergangenen Jahren mit mehr als 100.000 Euro. Präsident des Instituts ist ÖVP-Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka.

Von den drohenden 40 bis 60 Millionen Euro Steuern an den italienischen Fiskus musste Novomatic schlussendlich „nur“ rund **20 Millionen Euro** zahlen. Ob das in Zusammenhang mit getätigten oder versprochenen Spenden an die ÖVP steht, ist wohl Teil der laufenden Ermittlungen. Für alle Beteiligten gilt die Unschuldsvermutung.

„Neumann (damals Novomatic-Chef, Anm.) war bei einigen Frühstücksterminen mit Kurz“

Sebastian Kurz wird, soweit bekannt, in den Ermittlungen nicht als Beschuldigter geführt. Allerdings sind jetzt öffentlich gewordene Frühstückstermine mehr als ungemütlich für den Kanzler. Es geht immer noch um das Jahr 2017. Die ÖVP unter NEO-Parteichef Kurz ist hoch verschuldet und braucht dringend Geld für den Nationalrats-Wahlkampf im Herbst. Also engagieren die Türkisen die PR-Beraterin Gabi Spiegelfeld – sie soll Spenderinnen und Spender an Land ziehen. Dazu organisiert die Beraterin regelmäßige Frühstückstermine zwischen Kurz und potenziellen Großspendern. Auch der damalige Novomatic-Chef Harald Neumann soll mit Sebastian Kurz im Wiener Hotel „Sacher“ gefrühstückt haben – sogar mehrmals, wie PR-Beraterin Spiegelfeld dem Online-Magazin „ZackZack“ sagt: „Neumann war bei einigen Frühstücksterminen mit Kurz“. Der ÖVP-Chef traf also offenbar im Zuge von Spenden-Terminen wiederholt mit dem Novomatic-Boss zusammen.

Währenddessen geht Kurz in die Offensive und lässt über einen Sprecher ausrichten: Die Zusammenkünfte seien Veranstaltungen gewesen, „eine davon mit bis zu 100 Personen“, keine „vertraulichen Gespräche. Außerdem habe die ÖVP keine Spenden von Novomatic empfangen.

Kurz stellt sogar die Ermittlungsfähigkeit der unabhängigen Staatsanwaltschaft in Frage und sagt in Richtung WKStA: „Ja, da hat es in letzter Zeit so viele Verfehlungen gegeben“. Einige Beobachter werten die Angriffe auf die Justiz als Zeichen der Nervosität des Kanzlers. Die Korruptions-Staatsanwaltschaft wird trotzdem weiter ermitteln. Im März steht die Causa auch auf der Tagesordnung im Ibiza-Untersuchungsausschuss.

„www.zackzack.at“, 16.02.2021



Fellner:

KURZ WEGEN ZACKZACK-BERICHT FUCHSTEUFELSWILD, DROHT MIT KLAGE

Bundeskanzler Sebastian Kurz ist „fuchsteufelswild“ auf ZackZack. „Österreich“-Herausgeber Wolfgang Fellner zitierte den wutentbrannten Kanzler am Dienstagmorgen, nachdem Details zu den „Frühstückstreffen“ mit Ex-Novomatic-Chef Neumann publik wurden. Kurz drohe jetzt „allen mit Klage“.

Wien, 16. Februar 2021 | Der am Montag veröffentlichte ZackZack-Bericht über die **Treffen von Ex-Novomatic-Chef Harald Neumann und Bundeskanzler Sebastian Kurz im Hotel Sacher** schlug ein. PR-Beraterin Gabi Spiegelfeld, die, die Frühstücks-Treffen im Hotel Sacher organisierte, bestätigte diese gegenüber ZackZack am Montag: „Neumann war bei einigen Frühstücksterminen mit Kurz.“

Kanzler „fuchsteufelswild“

Bereits am Montag reagierte Kurz auf die veröffentlichten Details aus seinem Treffen bei der Corona-Presskonferenz. Am Dienstagmorgen gab „Österreich“-Herausgeber Wolfgang Fellner Einblicke über die Stimmungslage des Kanzlers. Dieser sei „fuchsteufelswild“ nach dem ZackZack-Bericht. Der Kanzler bestätigte laut Fellner, dass die Treffen mit Neumann im Hotel Sacher stattfanden. Laut Fellner sei dies „nur die halbe Wahrheit“.

Die Treffen fanden „im Rahmen einer größeren Frühstücksrunde“ statt. Dies sei „kein Vier-Augen-Gespräch“ gewesen. Dass es sich um Vier-Augen-Gespräche gehandelt haben soll, steht allerdings nicht im Bericht. Der Kanzler wehrt sich somit gegen etwas, das gar nicht im Artikel zu lesen ist.

Weil der Kanzler nun „fuchsteufelswild“ ist, „droht er nun allen mit Klage, die ihm unterstellen, er hätte mit Neumann über Spenden gesprochen“, gab Fellner bekannt.

„www.zackzack.at“, 16.02.2021

Angebliche Verwechslung widerlegt

Seit Tagen erzählt Bundeskanzler Sebastian Kurz öffentlich, die Korruptionsermittler der WKStA hätten ihn verwechselt, als sie einen Termin mit „Kurz“ im Kalender von Novomatic-Besitzer Johann Graf entdeckten. Doch das ist falsch. Die Ermittler wussten Bescheid und haben das auch im Akt vermerkt.



Wien, 16. Februar 2021 | „Zahlreiche Verfehlungen“ warf Bundeskanzler Sebastian Kurz der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) bei einer Presskonferenz am Montag vor. Unter anderem sei die ehemalige Novomatic-Aufsichtsrätin Martina Kurz mit ihm, Sebastian Kurz verwechselt worden. Ein Termin mit „Kurz“ im Kalender von Novomatic-Besitzer Johann Graf interessiert die Korruptionsermittler. Es geht um den Vorwurf von Spenden im Austausch gegen politische Unterstützung. Martina Kurz ist Grafs Schwiegertochter.

Bereits in den vergangenen Tagen hatten Bundeskanzler Kurz selbst, seine Sprecher sowie weitere ÖVP-Politiker behauptet, die WKStA hätte die beiden Kurz verwechselt.

Doch das stimmt gar nicht. Aus dem über 500 Seiten starken Akt der Staatsanwaltschaft geht eindeutig hervor, dass die Ermittler sich der Namensgleichheit bewusst waren. Sie hatten trotzdem Gründe anzunehmen, dass es sich bei dem Termin um einen mit Sebastian Kurz handelte.

Wörtlich heißt es im Akt: *„Angemerkt wird, dass zum Zeitpunkt des Termins Mag. Martina Kurz Mitglied im Aufsichtsrat der Novomatic AG war. Es findet sich jedoch bis auf diesen Termin kein anderer Termin mit „Kurz“. Nach derzeitigem Kenntnisstand ist daher kein Bezug zur Aufsichtsrätin Mag. Kurz erkennbar.“*

Angemerkt wird, dass zum Zeitpunkt des Termins Mag. **Martina** KURZ Mitglied des Aufsichtsrats der NOVOMATIC AG war. Es findet sich jedoch bis auf diesen Termin kein anderer Termin mit „Kurz“. Nach derzeitigem Kenntnisstand ist daher kein Bezug zur Aufsichtsrätin Mag. KURZ erkennbar.

Bild: Faksimile

Mehrere Medien gaben die Falschmeldung von der Verwechslung ohne Kenntnis des Aktes weiter. Kannte Kanzler Kurz am Montag dessen Inhalt immer noch nicht, obwohl sein enger Freund Finanzminister Gernot Blümel als Beschuldigter Akteneinsicht hat?

ZackZack konfrontierte das Büro des Bundeskanzlers mit der Eintragung im Akt und fragte, ob Kurz nun seine falschen Äußerungen richtigstellen werde. Der Kanzler gab keine Antwort.

„Reuters“, 16.02.2021

ÖSTERREICH/KOALITION (KORREKTUR)

Österreichs Grüne - Stimmen Misstrauensantrag gegen Finanzminister nicht zu

(Korrigiert Funktion Maurers im zweiten Satz; Fraktionschefin, nicht Chef)

Wien, 16. Feb (Reuters) - Österreichs Grüne üben nach den Bestechungsvorwürfen um Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) scharfe Kritik an ihrem Koalitionspartner, einem Misstrauensantrag der Opposition wollen sie aber nicht zustimmen. "Wir Grüne werden Gernot Blümel heute nicht das Misstrauen aussprechen", sagte Grünen-Fraktionschefin Sigrid Maurer am Dienstag. Die Faktenlage reiche für eine Zustimmung nicht aus. "Sollten sich die Vorwürfe aber weiter erhärten und sollte Anklage erhoben werden, muss er sofort gehen", fügte sie hinzu.

Österreichs Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Blümel wegen des Verdachts der Bestechung und führte in der vergangenen Woche eine Hausdurchsuchung bei dem Minister durch. Untersucht wird, ob es politische Gegenleistungen für eine mögliche Spende des Glücksspielkonzerns Novomatic gab. Blümel und Novomatic weisen die Vorwürfe zurück. Einen Rücktritt schloss der Minister aus.

Für die Opposition ist Blümel als Minister nicht mehr tragbar. Die rechtspopulistische FPÖ will daher noch am Dienstag in einer Sondersitzung des Parlaments einen Misstrauensantrag gegen den Finanzminister einbringen. Die Sozialdemokraten (SPÖ) und die liberalen Neos wollen den Antrag unterstützen. Eine Zustimmung der Grünen hätte wohl die seit gut einem Jahr amtierende Regierung ins Wanken gebracht. (Reporter: Alexandra Schwarz-Goerlich redigiert von Alexander Ratz Bei Rückfragen wenden Sie sich an die Redaktionsleitung unter den Telefonnummern +49 30 2201-33702 (für Unternehmen und Märkte) oder +49 30 2201-33711 (für Politik und Konjunktur)

„dpa Deutsche Presse-Agentur“, 16.02.2021

Misstrauensantrag gegen Blümel abgelehnt) Österreichs Grüne mit scharfer Kritik am Partner ÖVP

Wien (dpa) - Die Grünen in Österreich haben im Zusammenhang mit den Korruptionsvorwürfen gegen Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) scharfe Kritik an ihrem Koalitionspartner ÖVP geübt. "In den letzten Tagen mussten wir leider den Eindruck gewinnen, dass die ÖVP ein gestörtes Verhältnis zur unabhängigen Justiz hat", sagte Fraktionschefin Sigrid Maurer am Dienstag in Wien. Die Attacken der ÖVP gegen die Staatsanwaltschaft nach der Hausdurchsuchung bei Blümel zeigten, dass die "Kanzler-Partei ein sehr selektives Verhältnis zum Rechtsstaat hat." Bei kritischen Entscheidungen werde die Justiz von der ÖVP ohne Rücksicht auf Verluste kritisiert, sagte Maurer. "Es gibt offensichtlich eine sehr große Nervosität innerhalb der ÖVP."

Dennoch stimmten die Grünen zusammen mit der ÖVP am Nachmittag einem Misstrauensantrag der FPÖ gegen Blümel nicht zu. "Der Beschuldigten-Status ist kein Urteil", sagte Maurer. Ein Rücktritt von Blümel, einem engen Vertrauten von Kanzler Sebastian Kurz, wäre aber spätestens bei einer Anklage zwingend, meinte die Fraktionschefin der Grünen.

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft führt Blümel als Beschuldigten in Ermittlungen rund um den Glücksspielkonzern Novomatic. Es besteht der Verdacht der Bestechung und Bestechlichkeit. 2017 soll ein Manager des Konzerns Parteispenden angeboten haben - im Gegenzug für Hilfe angesichts drohender Steuernachforderungen im Ausland. Blümel hatte sich zuletzt mit einer eidesstattlichen Erklärung gegen die Vorwürfe gewehrt. Darin bestreitet er Parteispenden seitens der Firma an die Wiener ÖVP seitdem er dort Landesvorsitzender ist. Auch der Konzern hat den Verdacht zurückgewiesen.

"Saubere Politik ist ein zentraler Eckpfeiler dieser grünen Regierungsbeteiligung", meinte Maurer. In den nächsten Wochen sollen entsprechende Schritte zur Stärkung einer unabhängigen Justiz auf den Weg gebracht werden. Die ÖVP will entgegen ihrer bisherigen Haltung nun doch der Einrichtung eines parteiunabhängigen Bundesstaatsanwalts nach dem Vorbild Deutschlands und der Schweiz zustimmen.